

mit 12 seiten antianti- feminismus

Kenne deinen Feind

Weltweit kämpfen Feminist_innen für Gleichberechtigung und Selbstbestimmung. Es ist nicht nur ein Streiten für und Ringen um Verbesserungen, sondern oft die Abwehr von Verschlechterung und Restriktion. Deshalb schauen wir zum feministischen Kampftag dorthin: Mit welchen Strategien versuchen Antifeminist_innen, queerfeministische Ziele zu sabotieren?

Oft ist Antifeminismus subtil. Wie wir ihn entlarven können, wird auch klar, wenn wir uns mit ihm auseinandersetzen: Welche Formen nimmt er an? Wer sind die Akteur_innen? Und wie können wir ihm begegnen? Diese Fragen stellen wir uns in diesem Dossier zum 8. März.

Expertin Sandra Ho erklärt, warum Antifeminismus eine Gefahr für die Demokratie ist und wie er rechtsextremen Positionen ein Scharnier in die „Mitte der Gesellschaft“ bietet. Historikerin Ute Planert zeigt im Interview mit der stellvertretenden Chefredakteurin Katrin Gottschalk auf, dass er kein aktuelles Phänomen ist, sondern schon im Kaiserreich eine – letztlich erfolglose – Reaktion auf die erste Frauenbewegung war.

Susan Faludi stellte schon vor 30 Jahren fest, dass die von ihr genannten „Backlashes“ gegen emanzipatorische Errungenschaften ein System haben. Redakteurin Waltraud Schwab hat den Bestseller von damals noch einmal gelesen und entdeckt aktuelle Beispiele, die sich mit Faludis Werkzeugkasten analysieren lassen.

Wir schauen außerdem in die Türkei, die aus der Istanbul-Konvention zum Schutz von Frauen vor Gewalt ausgetreten ist, zeigen, was Antifeminismus mit Kolonialismus zu tun hat oder wie er dazu führt, dass trans Personen im Sport ausgeschlossen werden.

Mit Blick auf Afghanistan fragen wir uns: Was macht es mit einem Land, wenn die Frauen fehlen? „Viele Frauen, deren Familien es erlaubt haben, sind auf die Straße gegangen. Ich war bei jedem Protest dabei“, erzählt die Kabulerin Soma Safi der Redakteurin Ann Esswein. Safi wie auch andere Afghaninnen beweisen unglaublichen Mut und sind Vorbilder, die gegen Antifeminismus aufbegehren – ebenso wie die Menschen im Iran.

Die Revolte im Iran ist natürlich auch Teil unserer Ausgabe: Ein Vorabdruck aus Gilda Sahebi Buch „Unser Schwert ist Liebe“ zum Thema beschäftigt sich mit der sogenannten Kopftuchdebatte: Im Iran gehe es nicht um das Kopftuch, schreibt Sahebi, sondern um die systematische Unterdrückung von Frauen. Weil das Thema so komplex scheint, halten sich auch viele europäische Linke mit ihrer Solidarität zurück. Doch wer, wenn nicht die Menschen im Iran, zeigt, welche Kraft sich entfaltet, wenn gegen verstaatlichten Antifeminismus aufgebeht wird?

Redaktion: Gemma Terés Arilla, Linda Gerner, Nicole Opitz und Dinah Riese
Foto: Nadine Torneri. Layout: Sonja Trabant

Den Hass vom Platz fegen



Das Rugbyteam der Berlin Bruisers spielt in der Regionalliga. Die Mannschaft ist offen für trans Personen – als einziges Frauenteam bundesweit Foto: Doro Zinn

Jetzt bloß nicht spalten lassen – es gilt zusammenzustehen: gegen rechts, gegen Antidemokrat*innen und religiöse Fundamentalist*innen. Feminismus ist Teamarbeit

2–12

Solidarität

Jeden Tag aufs Neue: Feminist*innen den Rücken frei halten

3

Freiheit

Gilda Sahebi über die Proteste im Iran – und wie sie vereinnahmt werden

7

Attacke

Antifeminismus organisierte sich früh, sagt Historikerin Planert

9

Die taz wird ermöglicht durch
22.519

GenossInnen, die in die Pressevielfalt investieren. Infos unter geno@taz.de oder 030 | 25 90 22 13
Aboservice: 030 | 25 90 25 90 fax 030 | 25 90 26 80 abomail@taz.de
Anzeigen: 030 | 25 902 -130 / -325 anzeigen@taz.de
taz Shop: 030 | 25 90 21 38
Redaktion: 030 | 259 02-0 fax 030 | 251 51 30, briefe@taz.de taz

Postfach 610229, 10923 Berlin
twitter.com/tazgezwitscher
facebook.com/taz.kommune

www.taz.de

Ausgabe Berlin
Nr. 13077
€ 3,20 Ausland
€ 2,60 Deutschland



20610

VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren!

Es geht um Befindlichkeiten, es geht ums Gefühl, um Vertrauen und Ehrlichkeit: Wie würden sich Christian (Lindner) und Robert (Habeck) anschauen, wenn Olaf (Scholz) endlich die Pforten zum Meseberger Schlossgarten öffnete und die kleine Selbsthilfegruppe wieder sich selbst überließe? Nun, wir sind erleichtert:

Die Ampel schaltet auf Grün.

Long Covid

Die Studienlage zu Corona-Spätfolgen ist dünn. Warum ist das so? 14

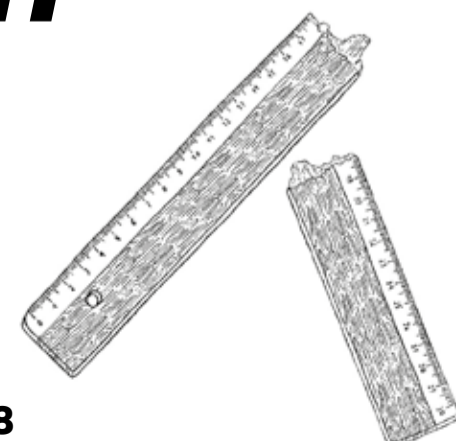
Vergessenes Leid

An der polnisch-belarussischen Grenze sterben seit zwei Jahren Menschen 19



#Bildung
#Hauptschulabschluss

von Paula Troxler



18

Licht ins Dunkelfeld

Seit Februar gibt es in Deutschland eine Meldestelle, die Vorfälle von Antifeminismus aufnimmt. Vor allem geht es um Fälle unter dem strafrechtlichen Radar

Antifeminismus ist alltäglich – aber noch viel zu oft ungesehen. Nicht nur feministische Aktivist_innen, auch das Bundeskriminalamt geht von einer hohen Dunkelziffer bei geschlechtsspezifischer Gewalt aus. Das soll sich nun ändern: Seit Februar gibt es eine Meldestelle, die Betroffene dabei unterstützt, bereits bestehende Hilfsangebote in Anspruch zu nehmen.

Schon seit 2022 gibt es das Verbundprojekt „Antifeminismus begegnen – Demokratie stärken“, das über Antifeminismus informiert und Handlungsmöglichkeiten aufzeigt. Seit Februar operiert innerhalb dieses Projekts nun die neue Meldestelle – und soll Licht ins Dunkelfeld bringen. Dazu nimmt die Meldestelle vor allem Vorfälle auf, die unter dem sogenannten strafrechtlichen Radar laufen.

Beispiele dafür sind etwa Gehsteigbelästigungen, die Abtreibungsgegner_innen vor Schwangerschaftskonfliktberatungen durchführen – und dafür bislang nicht strafrechtlich belangt werden. Auch queerfeindliche Narrative, die zum vermeintlichen „Kinderschutz“ herangezogen werden, gehören dazu.

Wer einen Vorfall melden möchte, kann unter antifeminismus-melden.de angeben, wann und wo der Vorfall stattgefunden hat. Expert_innen der Meldestelle prüfen die Meldungen – denn nicht jeder sexistische Übergriff ist auch antifeministisch. Viel-

Dass das Projekt nötig ist, zeigen schon die Reaktionen konservativer Medien

mehr lasse Antifeminismus „organisiertes Vorgehen“ beziehungsweise eine „dahinterliegende politische Strategie“ erkennen, heißt es auf der Webseite.

Wer einen antifeministischen Vorfall nur beobachtet hat, ist dazu angehalten, den Vorfall ohne Namen zu melden. Falls Betroffene selbst Antifeminismus melden, können sie auf Wunsch an passende Unterstützungsangebote weiterverwiesen werden. Wer antifeministische Hasskommentare abbekom-

men hat, kann sich an Civic wenden, wer neben Antifeminismus auch Rassismus erlebt hat, findet Unterstützung bei DaMigra, dem Dachverband der Migrantinnenorganisationen. Momentan gehen dem Projekt zufolge täglich Meldungen ein. In einem jährlichen Lagebericht sollen diese Meldungen anonymisiert veröffentlicht werden. Auch soll es eine Chronik auf der Homepage geben.

Schon länger gibt es in einzelnen Bundesländern eigene Monitorings, die auch Antifeminismus erfassen, etwa mobirex in Baden-Württemberg oder das Berliner Register. Die neue Meldestelle ist das erste Projekt auf Bundesebene. Geleitet wird es von der Amadeu Antonio Stiftung, dem Gunda Werner Institut und dem Dissens-Institut für Bildung und Forschung. Das Bundesfamilienministerium fördert das Verbundprojekt im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“.

Dass das Projekt nötig ist, zeigen schon die Reaktionen: In Berichten vor allem konservativer Medien ist wahlweise von „staatlich finanziertem Pranger“, „Anschwärz-Portal“ oder „Denunziation“ die Rede. Dabei liegt die Gefahr für die Demokratie bei den Antifeminist_innen selbst. *Nicole Opitz*

Auch digitale Gewalt ist echte Gewalt

Rechte und frauenfeindliche Gruppen attackieren Menschen im Netz. HateAid hilft, sich zu wehren

Sich austauschen zu einem gemeinsamen Hobby, politisch Gleichgesinnte finden, Netzwerke knüpfen, obwohl man räumlich weit voneinander entfernt ist. Das Internet ist ein Raum der tausend Möglichkeiten – eigentlich. Denn allzu oft werden Menschen aus diesem an sich so großen Raum herausgedrängt: Ihnen begegnen Hass und Drohungen, und das nicht nur von Einzelpersonen, sondern oft in Form organisierter Onlinemobs.

Digitale und analoge Gewalt seien eng verknüpft, erklärt die Organisation HateAid. Doch es gibt auch Unterschiede: Digitale Gewalt könne rund um die Uhr geschehen, vor einem riesigen Publikum und mit anonymen Täter_innen. Oft zeichne sie sich durch gezielt geplante Angriffe aus.

Dieser digitalen Gewalt entgegenzutreten und Betroffene zu unterstützen ist das Ziel von HateAid. „Wir stehen an deiner Seite“, heißt es ganz oben auf der Webseite. „Denn Menschenrecht gilt auch digital.“ HateAid bietet Betroffenen Beratung und rechtliche Unterstützung. „Wir wollen, dass Gerechtigkeit nicht vom Geldbeutel abhängt“, erklärt das Projekt seine Pro-



Der vergangene CSD in Berlin hatte das Motto „United in Love! Gegen Hass, Krieg und Diskriminierung“ Foto: AdoraPress/C. Spicker

Berlin registriert's

Das Berliner Register erfasst in allen Stadtteilen Alltagsfeindlichkeit und Angriffe. Seit 2021 gibt es zusätzlich zu Meldungen von LGBTIQ*-feindlichen Vorfällen auch die Kategorie Antifeminismus

Sonnenschein, klare Luft, ein Spaziergang durch den Treptower Park. Dann wird die Idylle gestört: Am Laternenpfahl prangt ein Aufkleber mit der Aufschrift „Homo-Propaganda stoppen“. Der Sticker ist vom Layout so peinlich wie generell die Aussagen der rechtsextremen Neonazipartei III. Weg. Wütend macht er trotzdem. Wut ist gut, um den Sticker schwungvoll abzureißen. Durch das Berliner Register kann man zusätzlich noch andere Menschen für derartige Propaganda sensibilisieren. Auf www.berliner-register.de kann die Alltagsfeindlichkeit online schnell dokumentiert werden.

In die Chronik werden Vorfälle aufgenommen, die rassistisch, antisemitisch, LGBTIQ*-feindlich, antiziganistisch, extrem rechts, sozialchauvinistisch, ableistisch oder antifeministisch sind. Die Hinweise kommen von Berliner Bürger*innen, Mitarbeitenden des Registers oder auch durch Pressemeldungen der Polizei. Die Gewaltstatistiken der Berliner Polizei darf das Berliner Register aus Datenschutzgründen nicht mehr einarbeiten.

Die gemeldeten Vorfälle werden in einer Chronik veröffentlicht und einmal im Jahr ausgewertet. Für jeden Berliner Bezirk gibt es außerdem eine eigene Chronik, sodass sichtbar wird, an welchen Orten der Stadt es häufiger zu Diskriminierungen, etwa

durch die ansässige rechte Szene, kommt. Als Gegenaktion können gezielt Kiezspaziergänge dort organisiert werden, wo es besonders viele diskriminierende Sticker zu entfernen gibt. Eine Verifizierung der Vorfälle findet durch Fotos oder persönliche Nachfragen statt.

„Wir haben die politische Relevanz erkannt, die hinter der antifeministischen Ideologie steckt, und wollen diese abbilden“

Kati Becker, Projektleiterin

Berlin ist mit dem vom Senat geförderten Melderegister schon einen ganzen Schritt weiter als viele andere Städte. Eingerichtet wurde das erste Register 2005 in Berlin-Pankow. Seit 2016 gibt es Register in allen Berliner Bezirken. Diese verweisen die Betroffenen oder die Meldenden, wenn gewünscht, auch an über 100 weitere Anlauf- und Beratungsstellen.

2021 nahm das Berliner Register „Antifeminismus“ als einzelne Kategorie auf: „Wir haben die politische Relevanz erkannt, die

hinter der antifeministischen Ideologie steckt, und wollen diese abbilden“, sagt Projektleiterin Kati Becker. Für 2021 wurden 26 antifeministische Fälle gemeldet, 2022 bewegt sich die Zahl in einem ähnlichen Rahmen.

Allerdings werden auch Angriffe auf LGBTIQ*-Personen einzeln erfasst, die häufig zudem antifeministisch sind, so Becker. 2021 wurden 198 dokumentiert. Das Gleiche gilt für rassistische, ableistische oder antisemitische Vorfälle. Eine Meldung, ein Eintrag. Doppelt gezählt wird beim Berliner Register nichts. Zu den antifeministischen Meldungen aus dem Jahr 2022 zählten etwa der „Marsch für das Leben“ oder antifeministische Graffiti an einem Kiezladen. Sensibilität für Anfeindungen zu schaffen ist eines der Ziele des Berliner Registers. Deshalb bietet die Seite auch ein ausführliches Glossar mit Begriffserklärungen und (Zahlen-)Codes von rechten Gruppen.

Unter „Antifeminismus“ weist das Glossar auf die sich häufenden antifeministischen Kampagnen hin, etwa in den sozialen Netzwerken gegen Politikerinnen wie Renate Künast, Sawsan Chebli oder Annalena Baerbock. Auch die Drohbriefe „NSU 2.0“, die vorrangig an in der Öffentlichkeit stehende Frauen gingen, zeigten laut Becker, wie wichtig es sei, antifeministische Angriffe besser zu dokumentieren. *Linda Gerner*

Vernetzen, melden, wehrhaft sein

Was tun bei Antifeminismus? Dabei gibt es sicher keinen Königinnenweg, aber wer Hilfe sucht, findet sie

zesskostenfinanzierung. Außerdem gibt es einen Ratgeber zu digitaler Gewalt mit Strategien für (potenziell) Betroffene.

HateAid will Politik und Gesellschaft für Gewalt im Netz sensibilisieren. Betroffene müssten besser geschützt, Strafrecht und Strafverfolgung an die Realität des Internets angepasst werden. „Wir treten an, um die digitale Welt für alle zu einem positiven Ort zu machen“, erklärt HateAid: „Unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Religion und vielem mehr.“ Zwar kann digitale Gewalt alle treffen, aber das Internet ist nicht für alle Menschen gleichermaßen (un)sicher.

Frauen erleben sehr viel häufiger digitale Gewalt als Männer – vor allem, wenn sie sich zu politischen Themen positionieren. Ebenso im Fokus stehen Queers, Personen of Color, muslimische oder jüdische Menschen – jene Gruppen, die ohnehin Diskriminierung erfahren. Ganz besonders trifft es jene, die zu mehreren dieser Gruppen zählen oder von anderen gezählt werden.

Deutlich wird das am Beispiel der Journalistin Sibel Schick. Seit Jahren wird sie als linke Frau of Color massiv im Netz angegriffen und bedroht. 2021 ging sie mithilfe von HateAid vor Gericht: Auf Facebook hatte ein Mann sie als „Volksschädling“ bezeichnet. Er musste 5.400 Euro Geldstrafe zahlen. Ein Sieg zwar, aber ein „Tropfen auf den heißen Stein“, wie Schick schrieb. Gewalt im Netz werde zu selten bestraft.

„Mit HateAid hatte ich realisiert, dass üble Nachrede nichts ist, was ich mir einfach so gefallen lassen muss – auch nicht als ehrenamtliche Kommunalpolitikerin“, schreibt auch die Potsdamer Stadtverordnete Anna Lüdcke (CDU) auf der Webseite des Projekts. „Das Stellen der Strafanzeige hat mich irgendwie wieder stärker und wehrhafter gemacht.“ *Dinah Riese*



Vor dem US-Supreme-Court: Menschen protestieren im Sommer 2022 für den Schutz des Abtreibungsrechts
Foto: Jemal Countess/UPI/laif

Ein Kampf für die Demokratie

Das gezielte Sabotieren feministischer Ziele ist ein Angriff auf die plurale Gesellschaft. Antifeminismus ist ein Scharnier, das Rechte, dogmatische Religiöse und Ultrakonservative verbindet. Umso wichtiger ist es, gemeinsam gegenzuhalten

Von **Sandra Ho**

Kommt Ihnen diese Situation bekannt vor: Die beste Freundin postet etwas über tolle Periodenunterwäsche in den sozialen Medien. Daraufhin schreibt „TradWife8“ sexistische Kommentare und betont, dass „richtige“ Frauen über „sowas“ lieber schweigen sollten. „Adleralbert“ heizt dabei gut mit an.

Oder das: Die neue „DragRace“-Staffel ist raus und ein paar Freund*innen treffen sich zum Public Viewing in einer Bar. Eine kleine Gruppe Menschen beklebt die Fenster von außen mit Stickers: „Stoppt den Gaga!“ Sie behaupten, queere Sichtbarkeit in den Medien sei eine Gefahr für Kinder.

rende wollen Ihre Hausarbeiten nicht annehmen, weil sie in geschlechtergerechter Sprache geschrieben sind.

All das ist ätzend und verletzend. All das ist sexistisch, frauenfeindlich oder queerfeindlich. All das ist antimanzipatorisch, abwertend und wendet sich gegen den Alltag von vielen Menschen. All das ist: antifeministisch.

Nun mögen sich einige fragen, ob man dafür nicht lieber etablierte Begriffe wie Sexismus oder Trans- und Homophobie nutzen sollte. Ja, auch, denn sie sind Teil von Antifeminismus. Insbesondere Sexismus bietet die Grundlage für Antifeminismus. Sexismus beschreibt die Diskriminierung aufgrund des (zugeschriebenen) Geschlechts. Egal ob individuell, institutionell oder strukturell – Sexismus ist in einer patriarchalen Welt irgendwie überall.

Doch nicht alles Sexistische ist antifeministisch. Die genannten Alltagsbeispiele zeigen: Hinter antifeministischen Angriffen stecken fast immer organisierte Akteur*innen, die eine politische und ideologisch motivierte Botschaft senden. Auch wenn „TradWife8“ wirkt wie eine wütende Einzelperson: Die Unterstützung von anderen, ähnlich tickenden User*innen ist kein Zufall. Cyber- oder Trollmobs können sich hervorragend organisieren und dabei anonym bleiben.

Was hat „TradWife8“ noch mit den Sticker-Menschen oder Gegner*innen des Genders gemein? Vermutlich reiben sie sich gern an einem oder mehreren der folgenden Themen: an Geschlechtergerechtigkeit, sexueller und geschlechtlicher Vielfalt, körperlicher und geschlechtlicher Selbstbestimmung oder selbstbestimmten Lebens- und Lebensformen. Das in einer Manier, die meist bewusst strategisch und pauschalisierend ist. Zielscheibe sind oft Menschen oder Organisationen, die sich für die genannten Themen starkmachen.

Diese schwierige, da sehr feine Unterscheidung zwischen Sexismus und Antifeminismus

ist notwendig, um bestimmte Phänomene präziser erkennen und analysieren zu können. Antifeminismus kann in zugespitzter Form den Weg für Gewalttaten und Hassverbrechen ebnet. Er hat ein beachtliches Radikalisierungspotenzial, online wie auch analog.

Das zeigt sich nicht zuletzt bei Attentaten der letzten Jahre. So versuchte im Jahr 2019 ein 27-jähriger Neonazi, in Halle an der Saale am höchsten jüdischen Feiertag Jom Kippur die Synagoge zu stürmen. Er scheiterte und tötete stattdessen die Passantin Jana Lange und den Gast eines naheliegenden Döner-Imbisses, Kevin Schwarze. Zahlreiche Menschen wurden bedroht und verletzt.

Der Attentäter streamte seine Tat live und auf Englisch im Internet. Er veröffentlichte ein Manifest – so wie schon andere Attentäter vor ihm, die ihn inspirierten. Mehrere von ihnen bezogen sich auf die Verschwörungserzählung des „großen Austauschs“, in der Juden*Jüdinnen, Feminismus und Migration Schuld an der sinkenden (weißen) Geburtenrate im Globalen Norden haben.

Wie so oft verschränkte sich auch im Fall Halle Antifeminismus mit anderen demokratiefeindlichen Phänomenen: Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit – you name it. Doch wird ein antifeministisches Tatmotiv bisher viel zu selten erkannt und benannt.

Dabei ist diese Verschränkung kein Nebeneffekt, sondern zentral. Antifeministische Akteur*innen imaginieren in der Regel eine Bedrohung von außen durch „andere“. Stabilität finden sie, indem sie an eigenen traditionellen Normen festhalten, während die Schuld für die eigene Verunsicherung projiziert wird: auf etwas, das von diesen Normen abweicht. Deshalb funktioniert Antifeminismus besonders gut in Krisenzeiten.

Antifeminismus ist vor allem charakteristisch für die Ideologie der extremen Rechten. Diese nutzt antifeministische Politikern als strategisches Vehikel:

Starre binäre Geschlechter- und Rollenvorstellungen wieder evogue machen, um damit gegen alte Feindbilder zu hetzen. Wenn die antifeministischen Ideen der Rechten gesellschaftsfähig werden, werden beispielsweise auch Trans- oder Homofeindlichkeit oder rassifizierte Geschlechter gesellschaftsfähiger.

Wer aber jeden Antifeminismus allein in die rechte Ecke schiebt, macht es sich zu einfach. Man kann sich Antifeminismus als antiliberaler und demokratiefeindliche Brücke vorstellen, als Scharnier oder Kleber, der zum Beispiel Rechte mit religiösen Fundamentalist*innen zusammenbringt. Er verbindet extrem gut, auch transnational,

Antifeminismus funktioniert besonders gut in Krisenzeiten

und schafft durch gemeinsame Feindbilder ein kollektives Gefühl. So können verschiedenste Akteur*innen unterschiedlicher Ideologien einen gemeinsamen Nenner in ihren antifeministischen Einstellungen finden.

Wissenschaftler*innen, die auf längst widerlegten Biologismen beharren, teilen mit rechten Politiker*innen cis-heteronormative Geschlechtervorstellungen, die Geschlechterrealitäten außerhalb gewisser traditioneller Normen diskriminieren. Manche dogmatisch Religiöse beharren auf dem Gedanken, Frauen hätten gegenüber Männern bestimmte dienende Funktionen zu erfüllen, zum Beispiel Kinderkriegen – und dürften deswegen keinesfalls selbst über das Austragen oder Abbrechen einer Schwangerschaft entscheiden. Auch sogenannte Incels tauschen sich in Onlineforen gerne darüber aus, dass Frauen ihnen zustünden und Dienstleistungen zu erbringen hätten. Sie nennen es Sex.

Don't get it wrong. Bei Antifeminismus geht es nicht um banale Meinungsverschiedenheiten oder unterschiedliche

Weltanschauungen. Vielmehr geht es um Diskursverschiebungen hin zu Menschenfeindlichkeiten und gewaltvollen Aussagen, die letztlich bestimmte Menschengruppen abwerten. Diese Einsicht kann ziemlich ohnmächtig machen. Trotzdem ist es wichtig, dass jene, die sich für Antidiskriminierung, Menschenrechte und Demokratie einsetzen, auch bei Antifeminismus am Ball bleiben.

Wichtig ist eine gesamtgesellschaftliche Sensibilisierung für dieses Thema. Aber das allein reicht nicht. Es braucht Solidarität. Antifeministische Akteur*innen wollen bewusst jene Stimmen mundtot machen, die sich kritisch, emanzipiert oder feministisch in der Öffentlichkeit äußern. Sie wollen sie zum Rückzug drängen. Besonders hart trifft der Silencing-Effekt jene, die ohnehin mehrfach marginalisiert werden – Frauen of Color zum Beispiel oder trans Personen. Im Fokus stehen insbesondere Einzelpersonen und kleinere Organisationen der offenen demokratischen Zivilgesellschaft.

Antifeminismus konstruiert eine breite Palette an Betroffe-

nengruppen zu Feindbildern. Doch darin liegt auch ein empowerndes Potenzial, und zwar für ebenso breite demokratische Bündnisse. Zusammen lässt sich eben einfacher Haltung zeigen.

Das kann übrigens auch geschehen, indem man emanzipatorische und (intersektional-)feministische Ideen einfach nur befürwortet. So bekommen die scheinbar vereinzelt Stimmen Rückenwind aus der breiten Masse – und der Nährboden für antifeministische Angriffe wird kleiner.

Man muss nicht selbst Aktivist*in sein, um sich für eine vielfältige und demokratische Gesellschaft einzusetzen. Denken, die sich aktiv einbringen, den Rücken freizuhalten: Auch das ist wichtige Arbeit gegen Antifeminismus.

Sandra Ho ist im Gunda-Werner-Institut Referentin im Verbundprojekt „Antifeminismus begegnen – Demokratie stärken“. Zuvor hat sie in unterschiedlichen Kontexten zu (Anti-)Feminismus, Antirassismus, Geschlecht, Intersektionalität und Medien gearbeitet.

Anzeige

MÖSEN-MASSAGE
DAS HANDBUCH

SEXCLUSIVITÄTEN.DE

Vielleicht erkennen Sie auch diese Situation wieder: Sie starten einen offenen Brief an die Hochschulleitung mit dem Ziel, geschlechtergerechte Sprache einzuführen, damit alle Menschen sprachlich repräsentiert sind. Nach einer Woche hat sich eine mehrköpfige Gegeninitiative durch Angestellte organisiert, die Ihnen den Studi- alltag zur Hölle machen wird. Wütende E-Mails fluten Ihre Postfächer und manche Dozie-

Anzeige

Wir an eurer Seite:
Im Betrieb, auf der Straße, im Parlament.

Für mehr Zeit.

Mehr Geld.

Mehr Respekt.

Am internationalen Frauentag – und jeden Tag!

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Erbfall Diskriminierung

Viele Staaten übernahmen nach der Unabhängigkeit die Kriminalisierung von Homosexualität aus dem britischen Rechtssystem. Doch die Zeiten ändern sich: Indien etwa diskutiert nun über die Ehe für alle

Von **Natalie Mayroth**, Mumbai



Menschen feiern auf der Delhi Queer Pride Parade im Januar. Foto:imgago

Die Coronapandemie hatte es unmöglich gemacht, doch seit Kurzem ruft die queere Community in Indien wieder zu Märschen auf die Straße. Die Hauptstadt Delhi feierte erst im Januar die Queer Pride Parade. Es ging um ganz grundlegende Forderungen für Toleranz und gleiche Rechte, denen Indien Stückweise näherkommt.

Vor vier Jahren erst hat das Land gleichgeschlechtlichen Sex entkriminalisiert. Indien ist damit die erste Nachfolgenation Britisch-Indiens, die den aus der Kolonialzeit stammenden Gesetzesabschnitt Paragraf 377 für ungültig erklärt hat. Schon seit 1994 hatten Menschen in einer Reihe von Petitionen die Abschaffung des 1861 von den Briten eingeführten „Anti-Sodomie-Gesetzes“ des indischen Strafgesetzbuches gefordert. Es verbot sexuelle Handlungen „gegen die Natur“ und wurde häufig in Bezug auf gleichgeschlechtliche Beziehungen angewandt. Im September 2018 dann urteilte der Oberste Richter Dipak Mishra, das Gesetz sei „irrational, unverträglich und offensichtlich willkürlich“.

„Nach der Unabhängigkeit Indiens 1947 wurde der Abschnitt, der Homosexualität unter Strafe stellt, aus dem bisherigen Strafgesetzbuch übernommen. Es gab einen moralischen Konsens gegen Homosexualität“, sagt der indischstämmige deutsche Historiker Benjamin Zachariah. In Singapur, ebenfalls früher britische Kolonie, wurde der äquivalente Paragraf 377 a erst im Januar dieses Jahres vollständig aufgehoben. Sri Lanka ist diesen Schritt bisher noch nicht gegangen. Es stehe nicht auf der Agenda der etablierteren Parteien, sagt der

Filmemacher und politische Aktivistin Visakesa Chandrasekaram. „Es ist nicht nur das Gesetz gegen sogenannte unnatürlichen Sex, das in der kolonialen Ära gegen die Bevölkerung verwendet wurde“, sagt Visakesa. Vielmehr wurde auch ein Verbot des „Herumlungerns“ genutzt, um gegen Bettler, aber eben auch gegen Sexarbeiter, Schwule oder trans Personen vorzugehen. Auch dieses Gesetz existiert noch immer.

Weder in der Mythologie noch in der Tradition Indiens gab es Verfolgung wegen sexueller Vielfalt

Im Vereinigten Königreich selbst wurden die entsprechenden Paragraphen ab 1967 abgeschafft. Im Jahr 2018 entschuldigte sich die damalige Premierministerin Theresa May für Großbritannien historisches Erbe an antihomosexuellen Gesetzen im Commonwealth. Auch das christlich geprägte Konzept, wonach Geschlechtsverkehr allein der Fortpflanzung dienen soll, kam erst zusammen mit den britischen Kolonialherren und ihrer viktorianischen Sexualmoral in viele damalige Kolonien.

Indien sei historisch gesehen liberal gegenüber sexuellen Unterschieden gewesen, argumentierte schon 2018 der oppositionelle Politiker Shashi Tharoor von der Kongresspartei. Weder in der Mythologie noch in der Tradition Indiens gebe es Verfolgung wegen sexueller

Vielfalt. Ähnlich sehen das queere Aktivist:innen. Es sei vielmehr so, dass Transsexualität in Indien eine lange Tradition habe – im Kamasutra wird ein drittes Geschlecht erwähnt, der Begriff „Hijras“ für trans und inter Personen existiert seit Jahrhunderten. Erst die Kolonialzeit habe Angehörige des dritten Geschlechts an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Die Briten kriminalisierten die Hijras und betrachteten sie als „Verstoß gegen den öffentlichen Anstand“.

Das soziale Stigma umgab nicht-binäre Hijras noch lange nach dem Ende der Kolonialzeit. Doch allmählich ändert sich das. Ein Meilenstein war dabei 2014 die Anerkennung des dritten Geschlechts in Indien. „In den vergangenen Jahren hat sich so viel verändert“, sagt die queere Unternehmerin Susan Dias aus dem westlichen Mumbai mit Blick auf die fortschreitenden Liberalisierungen. Die kulturelle Veränderung sei spürbar, sagt die 35-Jährige. Doch „hoffentlich geht es auch rechtlich bald weiter“. Im kommenden Monat verhandelt der Oberste Gerichtshof über Anträge zur Legalisierung der Ehe für alle.

Schon seit 2022 sind gleichgeschlechtliche Paare in Indien per se gleichberechtigt – auch das dank eines Urteils des Obersten Gerichtshofs. Sollte es nun einen Durchbruch bei der Ehe für alle geben, wäre das Land neben Taiwan und Israel eines der wenigen in Asien, die diesen Weg beschritten haben. Beobachter:innen sehen das als nicht unwahrscheinlich an. Laut Medienberichten haben Hindupriester in Indien und im Ausland bereits gleichgeschlechtliche Eheschließungen durchgeführt, und zwar schon seit den späten 1980er Jahren.



Einst Prinzessin, später kurzzeitig Außenministerin Ugandas: Elizabeth Bagaya im Jahr 1974. Foto: getty

„Wir müssen unsere Geschichte neu schreiben“

Der Kolonialismus habe das Wissen über die Rolle afrikanischer Frauen ausgeradiert, sagt Wissenschaftlerin Florence Ebila. Mit ihren Studierenden will sie das ändern

Interview **Simone Schindwein**

taz: Frau Ebila, Uganda war ab 1894 britisches Protektorat. 1962 wurde es unabhängig. Welches antifeministische Erbe haben die Kolonialherren dem Land hinterlassen?

Florence Ebila: Die Kolonialherren haben es geschafft, die Frauen aus der Politik und damit auch aus den Geschichtsbüchern auszuradiieren. In ihrer Wahrnehmung hat es in Afrikas Politik anscheinend keine Frauen gegeben. Neben der Staatsebene hatten Frauen auch in kleineren Institutio-

nen wie der Familie oder einem ganzen Clan die Führung inne. Auch ihre Geschichten gingen verloren, weil sie nur mündlich überliefert wurden.

Gibt es Wege, dieses verlorene Wissen wiederherzustellen?

Wir erforschen in den Genderstudien, welche Rolle Frauen in der afrikanischen Geschichte gespielt haben. In den von den Europäern verfassten Büchern wurde wenig über Frauen in Afrika geschrieben. Deswegen forsche ich als Literaturwissenschaftlerin in den Autobiografien von Frauen. Zum Beispiel in der von Elizabeth Bagaya,

der Prinzessin des Toro-Königreichs in Westuganda: In der Zeit des britischen Protektorats spielte die Monarchie eine wichtige Rolle. Bagayas Eltern regierten Toro von 1928 bis zum Tod ihres Vaters im Jahr 1965, ihm folgte ihr Bruder. Die Königin war damals eine einflussreiche Person in Toro, doch von den Briten wurde sie fast nicht wahrgenommen. Prinzessin Elizabeth selbst war die wichtigste Beraterin ihres Bruders während seiner Regentschaft und galt als einflussreichste Frau Ugandas. Doch aus den Geschichtsbüchern ist ihre

rolle während dieser Zeit fast völlig ausgelöscht.

War das Ausblenden der Frauen nach Kolonialherrschaft beendet?

Nein, im Gegenteil. Es wurde zunächst eher schlimmer. Vor der Kolonisierung brauchten Frauen keine Bildung, keine Englischkenntnisse, um sich einen Platz in der Gesellschaft zu sichern. In den Familien, den Clans und den Königstümen wurde jeweils in der eigenen Sprache kommuniziert. Doch nach dem Ende der Kolonialzeit mussten Frauen gut Englisch sprechen, um auf lokaler Ebene gewählt zu werden und politisch zu regieren. Weil aber Frauen nur selten zur Schule gingen, waren sie aus dem politischen Leben fast völlig ausgeschlossen.

War dieser Ausschluss dauerhaft?

Ugandas Historiker sagen, dass Frauen in der Politik erst wieder wahrgenommen wurden, als unsere derzeitige Regierung unter Präsident Yoweri Museveni 1986 an die Macht kam und laut Verfassung auch Frauenvertreterinnen ins Parlament gewählt werden sollten. Ich möchte argumentieren, dass es vor 1986 begann: In den 1970er Jahren organisierte Präsident Idi Amin eine Frauenkonferenz. Elizabeth Bagaya schreibt in ihrer Autobiografie, wie sie dort die Frauen Ugandas repräsentierte. Sie sehen: Auf diese Weise können wir die Beteiligung von Frauen auf der politischen Ebene nachvollziehen, obwohl wir nichts davon in den Geschichtsbüchern finden.

Viele Frauen haben einen wichtigen Beitrag im Kampf zur Befreiung von der Kolonisierung geleistet, einige waren sogar Rebellenführerinnen. Ist das ein vergessenes Kapitel afrikanischer Geschichte?

Nein, keineswegs. Das Gute ist, dass wir jetzt auch Wissenschaft fördern, die über die Betrachtung der schriftlichen Archive hinausgeht. Wir untersuchen gezielt die mündlichen Überlieferungen. Melinda Otunga etwa führte ihrer Autobiografie zufolge eine Rebellion in Westuganda an. Aber in Tansania, Ruanda und Uganda wird sie lediglich als spirituelle Führerin ohne politische Ziele erinnert. Eine meiner Studentinnen untersucht nun, welche Rolle diese Rebellion im Freiheitskampf gegen die Kolonialisten spielte. Sie hat dabei sehr

interessante mündliche Erzählungen und Lieder in Westuganda gefunden. Diese lassen darauf schließen, dass die Rebellion entscheidend war für den Befreiungskampf – von den Kolonialherren aber als Sekte stigmatisiert wurde.

Welche Rolle spielen solche Erkenntnisse für die junge Generation?

Erst vergangene Woche habe ich darüber mit meinen Studentinnen gesprochen. Sie wollen in ihre Gemeinden auf dem Dorf zurückkehren, um herauszufinden, welche Rolle Frauen dort bei der Führung ihrer Gemeinschaften gespielt haben. Denn oft entspricht das, was im Geschichtsbuch geschrieben steht, nicht dem, was als Erzählung in unseren Gemeinden vorhanden ist. Das liebe ich am Lesen und Schreiben über Frauengeschichte: Es zwingt uns, die vorhandene Erzählung infrage zu stellen. Wir müssen unsere Geschichte neu schreiben.

In vielen europäischen Ländern ist Dekolonisierung ein großes Thema. Müssen in diesem Zuge auch in Afrika die Geschichtsbücher umgeschrieben werden?

Die kolonialen Erzählungen müssen getilgt werden, damit die Wahrheit ans Licht kommt. Wir müssen das Wissen ausgraben, das in unseren Gemeinschaften verfügbar ist. Aber schauen Sie sich die akademische Wissenschaft an: Wer gibt die Finanzierung, wer legt die Agenda fest? Meist sind es Stipendien aus westlichen Ländern, die an dieser Geschichtsschreibung nicht besonders interessiert sind. Doch die Zeit drängt: Die Zeitzeugen sind inzwischen sehr alt, immer mehr von ihnen sterben.



Florence Ebila ist Sozial- und Literaturwissenschaftlerin. Sie unterrichtet an der Makerere-Universität in Ugandas Hauptstadt Kampala Gender-Studien. Mit ihren Studentinnen untersucht sie die Rolle von Frauen in der afrikanischen Geschichte.

Haft nach Fehlgeburt

El Salvador hat eines der striktesten Abtreibungsverbote weltweit. Doch die Wurzeln dieses Gesetzes liegen in Europa

Von **Sarah Ulrich**

Kaum ein Land bestraft Abtreibung so hart wie El Salvador. Das zentralamerikanische Land ist eine von weltweit sieben Nationen, in denen sie ausnahmslos illegal sind. Bis zu 30 Jahre Gefängnis drohen Frauen, die eine Schwangerschaft beenden – egal ob freiwillig oder durch eine Fehlgeburt. Sie werden oft für Mord oder Totschlag verurteilt und sitzen ihre Haftstrafe unter häufig unmenschlichen Bedingungen ab.

Doch das Gesetz hat seine Wurzeln nicht in El Salvador. Vielmehr ist es ein Beispiel dafür, wie stark die Kolonialisierung und die damit einhergehende Christianisierung reproduktive Rechte und Frauenbilder in Lateinamerika verändert haben. Tatsächlich war Schwangerschaftsabbruch dort eine jahrhundertalte Praxis. Untersuchungen belegen ihre Durchführung seit dem 6. Jahrhundert. In Mexiko etwa führten die Tlamatquicitl, also die Medizinerinnen der Azteken, Schwangerschaftsabbruch mithilfe von Tees oder Kräutern durch – wirksam, mitunter aber eine Gefahr für die Gesundheit.

Abbrüche waren für die Tlamatquicitl ein Weg, den normalen Menstruationszyklus wiederherzustellen. Im Fokus stand die Frage, ob die Schwangere gerade Mutter werden will – oder eben nicht. Zwar gibt es für El Salvador hierzu keine explizite Überlieferung. Die Historikerin Frieda Bequeath aber ist „fest davon überzeugt, dass es diese Form des Widerstands in der Vergangenheit gab und dass sie bis heute anhält“.

Erst mit der Kolonialisierung Lateinamerikas durch Spanien im 15. Jahrhundert sowie dem Import spanischer Strafgesetze wurde der Schwangerschaftsabbruch in El Salvador illegalisiert. Die Missionare importierten das Christentum und mit ihm patriarchale Vorstellungen von Sexualität und Reproduktion. Indigene Gemeinden wurden unterworfen, ein Großteil ihres medizinischen Wissens wurde durch westliche Medizin ersetzt.

Koloniale Ideen blieben
Im Jahr 1821 wurde El Salvador unabhängig. Doch viele koloniale Gesetze und auch Ideen lebten weiter. Im Kalten Krieg hatten die USA ein Interesse daran, die mehrheitlich linksdemokratischen Regierungen in der Region zu sabotieren. Mit militärischen Interventionen und der Unterstützung von Militärschiffen griffen sie in die Politik lateinamerikanischer Länder ein. In El Salvador führte das zu einem blutigen Bürgerkrieg, 70.000 Menschen starben. Tausende Indigene wurden ermordet – und mit ihnen ihr Wissen. Emanzipatorische Bestrebungen rückten immer weiter in den Hintergrund. Zwar gab es in den 1960er und 1970er Jahren durchaus feministische Bewegungen in Lateinamerika – in El Salvador lag der Fokus jedoch auf dem Widerstand gegen die Diktatur.

Erst in den 1990er Jahren rückte das Thema reproduktive Rechte stärker in den Blick der dortigen Frauenbewegung. Die Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen wurde als Forderung in die Friedensverhandlung nach dem 12-jährigen Bürgerkrieg eingebracht.



Vicente Ferrer
Stiftung für sozialen Wandel in Indien

Spenden Sie ein Fahrrad – Schenken Sie Bildung zum Weltfrauentag!

Mit einem Fahrrad für nur 60€* ermöglichen Sie einem indischen Mädchen den Schulbesuch und schenken ihm die Chance auf eine erfolgreiche Schulbildung und ein selbstbestimmtes Leben.

Spenden Sie ein Fahrrad und setzen Sie ein Zeichen gegen Zwangsehen und Kinderschwangerschaften.

Online spenden unter:
www.vfstiftung.de/bildung

Wenn Sie eine Spendenbescheinigung wünschen, geben Sie bitte auch Ihre Postanschrift im Verwendungszweck an.

Vicente Ferrer Stiftung gGmbH
Wollankstraße 131 a, 13187 Berlin
Tel. 030 22 00 86 - 81

*inkl. 15% Verwaltungskosten. Wir sind Unterzeichnerin der Initiative Transparente Zivilgesellschaft.

Spendenkonto
DE61 3605 0105 0008 1039 21
Stichwort: Frauentag





Mitarbeiterinnen des World Food Program helfen Frauen in Kabul
Foto: Kiana Hayeri/The New York Times/laif

Land ohne Frauen

Nach der gewaltsamen Machtübernahme der Taliban im Sommer 2021 werden die Rechte der Frauen in Afghanistan immer stärker eingeschränkt. Drei Protokolle

„Das Arbeitsverbot überschreitet die rote Linie“

Reshma Azmi ist stellvertretende Länderchefin der gegen Armut und Hunger engagierten NGO Care in Afghanistan. Die Taliban hatten Ende Dezember ein Arbeitsverbot für NGO-Mitarbeiterinnen verkündet

Meine Mitarbeiterinnen brachen am Telefon zusammen. Wir haben bei Care fast 900 Mitarbeiter, davon sind etwa 300 Frauen. Ihnen mussten wir verkünden, dass sie zu Hause bleiben müssen, bis wir mehr Klarheit haben.

Seit dem Tag der Taliban-Übernahme war klar: Es geht nicht um mich. Wenn ich mich entscheide, die neuen Regeln nicht mitzutragen, bringt das andere Mitarbeiterinnen in Gefahr. Also haben wir versucht, die Protokolle der Taliban zu befolgen. Von der Kleiderordnung, dass wir einen Hidschab tragen sollten, über getrennte Büros und Fahrzeuge für Männer und Frauen bis hin zu Kameras für das weibliche Personal im Einsatz vor Ort. Alles, weil wir ein größeres Ziel vor Augen hatten: die Frauen in Not zu erreichen. 90 Prozent unserer Begünstigten

sind Frauen, die wir nur über unsere Mitarbeiterinnen mit lebensrettenden Maßnahmen erreichen können. Etwa mit Bargeldhilfen, damit Familien überwintern können, oder mit Versorgung von akut unterernährten Kindern. Das NGO-Arbeitsverbot überschreitet unsere rote Linie. Als Care-Sprecherin sehe ich das auch als einen Kampf für die Rechte der Frau. Deshalb habe ich offen gesagt, dass wir nicht weitermachen werden, bis die Taliban erlauben, unsere weiblichen Mitarbeiter wieder arbeiten zu lassen. Beamte aus den Provinzen baten uns, die Verhandlungen wieder aufzunehmen. Sie haben verstanden, dass es vor Ort einen großen Bedarf gibt und wir ihn decken können. Dass sie das Verbot später gelockert haben, habe ich als persönlichen Erfolg gewertet. Aber unsere Schulklassen für Mädchen unter sechs Jahren liegen immer

noch auf Eis. Das macht uns Sorgen, denn ihnen rennt die Zeit weg. Wenn die Schülerinnen nicht zum Unterricht gehen, ist die Konsequenz oft eine Zwangsheirat.

Wir beginnen langsam wieder mit der Arbeit und versuchen zu verstehen, was genau die Bedenken der Taliban sind. Die Verordnungen sind widersprüchlich. Klar ist: Frauen werden seit der Übernahme immer mehr eingeschränkt. Wir überlegen jeden Tag, wie wir mit dieser Situation umgehen können. Unser Team ist widerständig, da wir vor allem weibliche Kolleginnen sind. Für sie ist es nicht nur ein Job. Ich schöpfe meinen ganzen Mut aus ihrer unermüdlchen Art und Weise. Wir sprechen über verschiedene Strategien, wie wir die Frauen in Not aus der Ferne unterstützen können. Sie sind müde, aber sie haben nicht aufgegeben.

Protokoll: Ann Esswein

„Die Mädchen stecken in einer Grube wie Leichen“

Mahsa Falah (26) ist Künstlerin und Autorin. Sie gründete 2018 in Herat eine Galerie und Kunstschule für Mädchen. 2021 kam sie dank des Hilfsprogramms Artists at Risk nach Deutschland

Der Roman, den ich schreibe, handelt von einem afghanischen Mädchen, das all seine Träume in einer einzigen schwarzen Nacht begraben hat. Aber sie wurden in die Erde gesät und keimen nun. Die Zeit wird dies beweisen.

Die afghanischen Mädchen stecken jetzt ungewollt in einer Grube fest wie Leichen. Sie dürfen nicht aufgeben. Sie müssen lernen, auch wenn die Schultore für sie geschlossen sind. Lasst sie lernen! Den Frauen und Mädchen Afghanistans sollte kein Ende gesetzt werden.

Zusammen mit meiner Schwester habe ich 2018 eine Galerie und Kunstschule für Frauen in der Provinz Herat gegründet. Ich wusste, dass viele Mädchen ihren inneren Gefühlen eine laute Stimme geben und ihre Talente zeigen wollten. Ich wollte ihnen die Möglichkeit dazu geben.

Die Kosten für die Galerie zahlten zunächst wir. Ich war Studentin an der Wirtschaftsfakultät und arbeitete in der Finanzabteilung eines Handelsunternehmens. Mit der Zeit konnten wir mehr Gemälde verkaufen und unterrichten. Die Menschen in Afghanistan lieben Kunst. Vor der Machtübernahme der Taliban schickten viele Familien ihre jungen Töchter zu einem Kunststudium.

Die Galerie ließen wir offen bis zu dem Tag, an dem die Regierung stürzte. Als die Taliban in die Stadt kamen, schlossen wir sie für immer. Ich brachte noch einige der Gemälde mit nach Hause – das hätte mich das Leben kosten können. Die Taliban kamen zur Galerie und stellten Fragen. Ich habe sie nicht gesehen, ich hätte es nicht ertragen, den Feinden meiner Träume zu begegnen. Ich beschloss auszuwandern und

ging in den Iran. Ein paar Monate lebte ich dort, bis ich schließlich auf Einladung der deutschen Regierung offiziell als Künstlerin hierhergekommen bin.

Meine Familie ist in Afghanistan geblieben. Ich bin besorgt, die Lebensbedingungen sind schlecht im Schatten dieses Regimes. Die Taliban verbieten den afghanischen Frauen und Mädchen alles, was sie selbstbewusst, unabhängig, erfolgreich oder auch kämpferisch machen würde. Es ist eine extremistische Gruppe, die im Namen des Islams Fatwas erlässt.

Kunst können afghanische Frauen und Mädchen nur heimlich machen. Sobald sie ihren Schrei der Unterdrückung öffentlich zum Ausdruck bringen, kostet sie dies ihr Leben. Aber der Zweck der Kunst besteht doch darin, der Welt eine Botschaft zu vermitteln.

Protokoll: Sophie Jung

„Meine Zukunftspläne sind zerstört“

Soma Safi ist 23 Jahre alt. Bis Dezember 2022 studierte sie in Kabul Computerwissenschaften

Der 21. Dezember 2022 war der letzte Tag, an dem ich die Universität betreten habe. Eigentlich wollen wir an diesem Tag unser Physik-Examen schreiben. Weil wir Angst hatten, trugen wir lange schwarze Kleider und waren vollständig bedeckt. Plötzlich kamen die Taliban. Sie trugen Waffen und zwangen uns, die Universität zu verlassen. Wir fingen an zu weinen, auch die Lehrerinnen mussten weinen, überall war eine Menge Chaos. Zu Hause hat sich meine Familie große Sorgen gemacht.

Unter uns vier Geschwistern bin ich die Einzige, für die genug Geld da war, um zu studieren. Mein Vater ist seit der Machtübernahme in den Iran geflohen. Früher habe ich meine Studiengebühren mit Teilzeitjobs an einer Privatschule bezahlt, aber die Taliban haben die Schulen zerstört. Ich habe hart dafür gekämpft, irgendwie meine Studiengebühren für dieses Jahr zu beschaffen. Die Universität hat uns gesagt, dass sie strenge Anweisungen haben, dass Studentinnen ab sofort nicht mehr das Universitätsgelände betreten dürfen. Unsere Noten bekamen wir in einer Whatsapp-Gruppe geschickt. Kurz gab es Kurse, zu denen wir stundenweise gehen konnten. Aber schon nach wenigen Tagen ordneten die Taliban an, dass Mädchen auch diese nicht mehr besuchen dürfen. Das war der Punkt, an dem wir

alle Hoffnungen verloren. Eine meiner Kommilitoninnen hat sich vom fünften Stock eines Gebäudes gestürzt. Viele meiner Mitstudierenden sind psychisch angeschlagen und verstört. Ich wiederhole zu Hause die Fächer aus dem alten Lehrplan und unterrichte Mädchen aus der Nachbarschaft, um etwas Geld zu verdienen.

Eigentlich wäre ich dieses Jahr mit dem Studium fertig geworden. Mein Traum war es, bei einem IT-Unternehmen zu arbeiten und in eine gute Position zu kommen. Damit wollte ich meine jüngeren Geschwister unterstützen. Jetzt weiß ich nicht, ob alles monstros geworden ist. Nicht einmal, ob ich für die zwei Jahre, in denen ich studiert habe, irgendeine Art von Anerkennung oder ein Zeugnis bekommen werde.

Viele Frauen, deren Familien es erlaubt haben, sind auf die Straße gegangen. Weil das Risiko irgendwann zu groß geworden ist, haben wir angefangen, uns heimlich in Häusern zu treffen und nächste Schritte zu planen, wie wir unsere Stimme erheben können. Die Taliban haben meine Zukunftspläne zerstört. Sie haben kein Problem mit der Kleidung, wie sie vorgeben, sondern mit der Frau an sich, denn sie haben Angst vor Frauen. Sie denken, dass eine gebildete Frau sich niemals einem Mann unterordnen würde und dass sie für ihre Rechte eintreten wird.

Protokoll: Ann Esswein

Anzeige

Gegen Antifeminismus!

Antifeminismus ist eine zentrale Denkweise und Ideologie im Rechtspopulismus, in demokratiefeindlichen Gruppierungen und reicht bis in die Mitte der Gesellschaft. Er schwächt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und untergräbt die Demokratie.



Antifeminismus begegnen – Demokratie stärken

Das Projekt

- sensibilisiert, informiert und klärt auf
- bietet Fort- und Weiterbildung
- stellt vielfältige Materialien in einer Mediathek bereit

- vernetzt und unterstützt Akteur*innen im Kampf gegen Antifeminismus
- ist Anlauf- und Dokumentationsstelle für Betroffene antifeministischer Angriffe

[antifeminismus-begegnen.de](#)



Leipziger Autoritarismusstudie 2022:

Antifeminismus – antimoderne Brückenideologie und politische Restauration

Kapitel 8 zum Download



Podcastreihe
Our Voices, our Choices

Die internationale, geschlechterpolitische Podcast-Reihe. Hier werden Geschichten über Frauen- und LGBTI-Menschenrechte erzählt, von Menschen, deren Stimme nicht oft gehört und deren Rechte eingeschränkt werden z.B. zu:

- reproduktiver Gerechtigkeit
- feministischer Entwicklungspolitik
- W7-Gipfel
- Kritik der binären Narrative



HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Die grüne politische Stiftung | Schumannstr. 8 | 10117 Berlin
@info@boell.de
www.boell.de

f @boellstiftung
Heinrich-Böll-Stiftung



Lächeln, als sie die Kamera sehen: Zwei Teheranerinnen auf ihrem Weg ins Stadtzentrum
Foto: Morteza Nikoubaz/mago

Es geht um so viel mehr als das Kopftuch

Während Rechte die feministischen Proteste im Iran instrumentalisieren, zögern Linke mit Solidarität. Beides sagt viel aus über den Westen und seine Vorurteile, schreibt Gilda Sahebi in „Unser Schwert ist Liebe“. Ein Vorabdruck

Von **Gilda Sahebi**

Die Proteste im Iran, die brennenden Kopftücher, der Kampf gegen die Islamische Republik – all das ist für manche Menschen im Westen schwer zu verdauen. Nicht, weil sie grundsätzlich gegen feministische Kämpfe wären, sondern weil die Proteste im Iran liebgelebte Haltungen, man möchte sagen: Vorurteile, durcheinanderwerfen. Vorurteile und Vorstellungen über „den Islam“ und „das Kopftuch“.

Diejenigen im Westen, die schon immer gesagt haben, dass der Islam frauenverachtend und das Kopftuch Ausdruck der misogynen Struktur des Islams sei, fühlen sich bestätigt: Seht her, die Frauen im Iran nehmen das Kopftuch ab, sie verbrennen es sogar! Ihre Botschaft an alle „Islamverstehler“ im Westen: Seid nicht so naiv und hört auf, den Islam zu verherrlichen. So beschwerte sich ein Publizist nach Beginn der Proteste auf Twitter, dass „Menschen, die seit Jahren nicht den Mut aufbringen, den politischen Islam zu kritisieren, plötzlich in Sachen Iran deutlich geworden sind“. Oder anders: Wenn ihr das Kopftuch im Iran kritisiert, kritisiert es gefälltigt auch hier bei uns.

Auf der anderen Seite gibt es nicht wenige, die sich, sagen wir, zurückhalten, wenn es um die Solidarität mit den Frauen im Iran geht. In politisch linken Kreisen gibt es die Argumentation, es sei eine „westliche“ Idee, dass das Abnehmen des Kopftuchs im Iran Freiheit für die Frau bedeute. Das Kopftuch sei doch Teil der Kultur in Ländern wie dem Iran, und wenn man sich gegen das Kopftuch ausspreche, so glauben sie, sei das islamophob. Dieses Narrativ, das auch vom iranischen Regime propagiert wird, füttern westliche Politikerinnen, wenn sie bei Staatsbesuchen im Iran ein Kopftuch tragen. Sie halten sich, so kann man annehmen, für besonders tolerant, glauben, dass sie die iranische „Kultur“ respektieren, wenn sie sich verschleiern.

In beiden Fällen wird der Kampf der Frauen im Iran für die eigene Ideologie instrumen-

talisiert. Und: Sowohl dieser Kulturrelativismus als auch die Dämonisierung des Islams sind von einer rassistischen Denkstruktur geprägt. Der Rassismus der rechten Seite ist leicht erkennbar. Hass gegen Muslim*innen ist nicht erst seit 9/11 im Westen angekommen, hat sich seitdem aber extrem intensiviert. Terroranschläge wie in Christchurch und in Hanau sind ideologisch fest mit rassistischen Verschwörungserzählungen verbunden. Eine ganze Partei, die inzwischen im Bundestag sitzt, definiert sich zu großen Teilen durch ihren Hass auf alles, was mit dem Islam zu tun hat. Eine der Abgeordneten dieser Partei sprach im Deutschen Bundestag offen von „Messermännern“ und „Kopftuchmädchen“ und meinte damit Muslim*innen.

Es sind in dieser Revolte nicht nur Frauen aktiv, die kein Kopftuch tragen wollen, sondern auch solche, die es gerne tragen

Schnell waren die Rechten dabei, die Bilder aus dem Iran, den Kampf der Frauen für ihre eigenen Zwecke zu nutzen. Eine rechtsextreme Vereinigung von Abgeordneten im EU-Parlament sprach sogar einen Freiheitspreis für die iranischen Frauen aus. Völlig absurd, wenn man bedenkt, dass in ihrer rechtsextremen Ideologie alle aus Europa geworfen werden sollen, die nicht in den europäischen „Kulturkreis“ passen, und dass diese Gruppen seit Jahr und Tag gegen Geflüchtete aus der Region des sogenannten Nahen Ostens hetzen. Dass es keinen von diesen Leuten um die Menschen im Iran geht, ist klar. Es geht nur darum, Bilder von brennenden Kopftüchern dafür zu nutzen, die eigene Ideologie voranzutreiben.

Auf der anderen Seite heißt es von links: Das Kopftuch als Symbol der Frauenunterdrückung sei eine „westliche“ Erzählung; die Idee, dass Frauen sich vom Kopftuch befreien müssten, um frei zu sein, sei imperialistisch und kolonialistisch. Westliche Feminist*innen würden sich auf den Kopftuchzwang versteifen und dabei „westliche“ Vorstellungen von Feminismus und Gleichberechtigung quasi kolonialistisch durchdrücken. Man müsse die „Kultur“ der Menschen in islamischen Ländern respektieren. Und: Die Rechten nutzen die iranische Revolution für ihre muslimfeindliche Agenda, heißt es aus linken Kreisen. Also Vorsicht.

Ob in den USA, in Europa oder in Deutschland: Die Linke, die einen feministischen Kampf wie im Iran eigentlich als historisch feiern müsste, hält sich auffällig zurück. In den USA, wo die demokratische Partei als Partei des Feminismus gelten will, wird „Frau, Leben, Freiheit“ gänzlich ignoriert. Dort gibt es schon genug Probleme mit Islamhass, denken sich, so scheint es, viele. Bei Teilen von linken Parteien in Deutschland sieht es nicht anders aus.

Seit Beginn der Proteste im September 2022 wurde schon oft gesagt und geschrieben: Es geht nicht um das Kopftuch. Es geht um so viel mehr. Um die systematische Unterdrückung der Frau im Iran. Ausgerechnet diejenigen, die vorgeben, anti-kolonialistisch und anti-imperialistisch zu denken, verfallen in eine in der Konsequenz rassistische Argumentation. Denn wenn die Befreiung vom Kopftuch eine „westliche“ Idee ist, sind auch die Selbstbestimmung der Frau und die Gleichberechtigung der Geschlechter „westliche“ Werte. Kulturrelativismus bedeutet eben auch einen Relativismus der Werte. Bestimmte Werte gibt es in dieser Logik nur im Westen, Frauen im sogenannten Nahen Osten haben damit nicht dasselbe Bedürfnis nach Freiheit wie Frauen im Westen. Während der Feminismus im Globalen Norden dafür kämpft, dass „Nein heißt nein“ gilt und dass der Schwangerschaftsabbruch legalisiert wird, soll der Feminismus im Globalen Süden ein rückständiger sein; Frauen sollen sich nicht so haben mit dem Kopftuch. Vor allem sollen Frauen im Iran nicht den Islamhassern im Westen glauben, dass das Kopftuch ein Symbol der Frauenunterdrückung sei. Denn das zu denken, ist islamophob. Das nutzen Rechte nur aus. Ja, das stimmt, das tun sie. Nur ist das wirklich nicht das Problem der Menschen im Iran. Das ist unser Problem, hier im Westen. Um den Rassismus in unserer Gesellschaft müssen wir uns kümmern.

Solche Einstellungen von links und rechts zeigen nur, dass das Wissen um den iranischen Kontext fehlt oder bewusst vernachlässigt wird. Das Kopftuch im Iran hat eine vollkommen andere Bedeutung als das Kopftuch in westlichen Staaten. „Nur wenige Tage nachdem Ajatollah Ruhollah Chomeini aus einer Air-France-Maschine entstieg war, seinen Fuß auf iranischen Boden gesetzt hatte, erhob er das Schwert seiner Revolution als Erstes gegen die Frauen“, schreibt Golineh Atai in ihrem 2021 erschienenen Buch „Iran – Die Freiheit ist weiblich“. Und weiter: „Fast alle Gesetze, die fünf Jahrzehnte sozialer Gewinne für die Frauen bedeuteten, sollten seiner Idee des Islam zum Opfer fallen.“

Als Erstes kam der Verschleierungszwang, von einem Tag auf den anderen. Dann folgten bald die frauenfeindlichen Gesetze, mit denen das Leben aller Frauen im Iran entwertet wurde. Im Oktober 2022 machte ein Video in den sozialen Netzwerken die Runde, in dem eine Frau im Tschador auf eine Mauer schreibt „Frau, Leben, Freiheit“; im Hintergrund sagt eine weibliche Stimme: „Wir verschleiern Frauen von Maschhad unterstützen Frau, Leben, Freiheit.“ Es sind in dieser Revolte nicht nur Frauen aktiv, die kein Kopftuch tragen wollen, sondern auch solche, die es gerne tragen, auch weiter tragen wollen. Weil es um weit mehr geht als um das Kopftuch.

Das Kopftuch, der Hidschab, ist im Iran ein Symbol. Ein Sym-

bol für die Unterdrückung von Frauen durch eine ideologisch extremistische Machtelite, aus Männern bestehend, die den Islam als eine Art Universalerklärung für all ihre Frauenrechts- und Menschenrechtsverbrechen nutzt. Die Friedensnobelpreisträgerin Shirin Ebadi, ebenfalls gläubige Muslimin, war bei den iranischen Klerikern auch deshalb so verhasst, weil sie mit ihrem Einsatz für Menschenrechte und ihrer Arbeit als Anwältin immer wieder erklärte, dass die Machthaber ihre eigene Religion nicht verstünden.

Eine der mutigsten feministischen Stimmen im Iran ist Fatemeh Sepehri. Im September 2022 wurde sie verhaftet. Sie ist gläubige Muslimin und trägt nicht nur ein Kopftuch, sondern einen Tschador, einen Ganzkörperschleier. Sie kämpft dafür, dass junge Frauen wie ihre Töchter die Freiheit haben zu entscheiden, ob sie ein Kopftuch tragen wollen oder nicht. Sie fordert schon lange den

Rücktritt von Revolutionsführer Chamenei – und sagt das auch noch ganz offen. Auch mit ihr hat Golineh Atai für ihr Buch gesprochen, lange vor Beginn der Protestbewegung. Sie zitiert Fatemeh Sepehri mit den Worten: „Ich will, dass die Islamische Republik gründlich weggefegt wird. Ich verlange, dass der Iran eine säkulare Demokratie wird. Ein Staat, der die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte endlich achtet.“

Der Kampf gegen das Kopftuch im Iran hat nichts mit Islamophobie, sondern mit Frauenunterdrückungsphobie zu tun. Der Kampf der Menschen und der Frauen im Iran ist kein Spielfeld für Instrumentalisierungen, ob von rechts oder von links. So einfach ist es mit „dem Islam“ und „dem Kopftuch“ eben nicht.

„Unser Schwert ist Liebe“ von Gilda Sahebi erscheint am 8. März bei Fischer. 256 Seiten, 24 Euro.

Anzeige

ANTIFEMINISMUS SICHTBAR MACHEN!

antifeminismus-melden.de

Antifeminismus begegnen – Demokratie stärken

AMADEU ANTONIO STIFTUNG

Ideologie macht Schule

Sie verteufeln Abtreibung und werben für Enthaltensamkeit bis zur Ehe: Pro-Life-Gruppen nutzen die Sozialarbeit, um Jugendliche mit christlich-fundamentalistischen Inhalten in Kontakt zu bringen. Ihre Angebote verfangen gerade in Krisenzeiten

Aus Leipzig Sarah Ulrich

Alexandra Linder zeigt ein Bild eines Zellhaufens in die Kamera. Acht Kreise, aneinandergeliebt in einer kleinen, mit Flüssigkeit gefüllten Kugel. Mediziner*innen sagen dazu Blastozyste, Alexandra Linder sagt: „Das hier ist ein vollständiger Mensch.“

Linder ist Bundesvorsitzende des Vereins Aktion Lebensrecht für Alle (Alfa) und eine bekannte Pro-Life-Aktivistin in Deutschland. An diesem Tag hält sie für den Jugendverband Jugend für das Leben (JfDL) einen Onlinevortrag.

Ihre Botschaft an die 14 vor allem jungen Zuhörenden: Abtreibung, das sei eine „vorgeburtliche Kindstötung“. Linder spricht von Gewalt und Brutalität. Wo die Medizin sagt, dass der Fötus bis zur 19. Schwangerschaftswoche noch keine Schmerzen empfinden kann, formuliert Linder: „Das Kind wird entmenschlicht und zerquetscht.“

Hinter Linder und Alfa steckt ein bundesweites christlich-fundamentalistisches Netzwerk. Das Ziel ist es, Jugendliche für ihre Ideologie zu gewinnen. Mit Infoveranstaltungen wie dieser, dem Verteilen von Goodie-Bags, „Pro Life“-Touren durch Deutschland,

Argumentationsworkshops oder Mitmachaktionen sprechen sie vor allem Jugendliche an, die Orientierung suchen.

Die Inhalte, die die sogenannten Lebensschützer verbreiten, sind zwar oft wissenschaftlich falsch, werden von der Organisation jedoch als neutrale Informationen verkauft. So beruft sich Linder in ihrem Vortrag an keiner Stelle auf Gott oder die Schöpfung. Für junge Menschen, die die ideologischen Hintergründe nicht kennen, ist der fundamentalistische Grundtenor ihres Vortrags schwer zu erkennen. „Diese Aktionen sind bewusst erlebnisorientiert“,

sagt Len Schmid. Schmid ist Sozialarbeiter*in und Sexualwissenschaftler*in und beschäftigt sich als Projektreferent*in der Fachstelle „mobirex – Monitoring, Bildung, Information“ in Baden-Württemberg schwerpunktmäßig mit organisiertem Antifeminismus und den Schnittstellen zur (extremen) Rechten.

Soziale Arbeit bei Jugendlichen durch antifeministische Akteure ist eines der Kernthemen Schmidts. Der Fokus liege hier auf der Anti-Choice-Arbeit und der Informationsverbreitung gegen reproduktive und sexuelle Selbstbestimmung. Bei der christlich-fundamentalistischen Sozialarbeit identifiziert Schmid drei Säulen: Beratungsstellen, Jugendarbeit und Sexualerziehung.

Die Beratungsstellen konzentrieren sich vor allem auf das Thema Schwangerschaftskonfliktberatung. Dabei geht es aber nicht etwa um eine psychologische Beratung, wie sie Pro Familia beispielsweise leistet, sondern vielmehr darum, den Aufsuchenden zu vermitteln, dass Schwangerschaftsabbruch nicht nur ethisch falsch, sondern auch traumatisierend für alle Beteiligten sei. Das vermeintliche Post-Abortion-Syndrom, wie es die Abtreibungsgegner*innen nennen, ist jedoch medizinisch nicht nachweisbar.

Anti-Choice-Aktivist*innen sprechen gezielt Schulen an, um dort Workshops zu geben

Bei der zweiten Säule, der Jugendarbeit, gibt es vor allem Mitmachaktionen wie die Pro-Life-Tour. Die dritte Säule, die Sexualerziehung, geht mit den anderen beiden Hand in Hand. Anti-Choice-Aktivist*innen sprechen auch gezielt Schulen an, um dort Workshops zu geben. Mithilfe christlich-fundamentalistischer Literatur, wozu auch das Buch „Schwanger mit 16“ gehört, das die Alfa-Bundesvorsitzende Cornelia Kaminski geschrieben hat, werden Moralvorstellungen wider die sexuelle Selbstbestimmung vermittelt.

Ein Beispiel daraus: Ein Klecks Handcreme wird unter den Schüler*innen verteilt. Kurze Zeit später fordert die Lehrkraft sie auf, die Handcreme wieder zurückzugeben, weil die Lehrkraft bemerkt hat, dass sie zu viel weggegeben hat. Das soll zeigen, dass etwas, was man weggegeben hat (also Sex), nicht mehr zurückgenommen werden kann.

„Es geht sehr stark darum, eine christliche Sexualmoral zu verbreiten“, sagt Len Schmid. So werden antifeministische Thesen durch vermeintliche Aufklärung unter Jugendliche gebracht, die ihren Zugang zur Sexualität gerade erst ausbilden.

Ein prominenter Redner, der von Alfa an Schulen vermittelt wird, ist der Arzt Paul Cullen, der auch im Bundesverband Lebensrecht tätig ist. Cullen äußert sich nicht nur immer wieder antifeministisch, sondern hat im Kontext der Pandemie auch Verschwörungserzählungen verbreitet und 2016 an einem antisemitischen Manifest mitgewirkt.

Immer wieder gibt es auch Verbindungen der Pro-Life-Bewegungen zu rechten bis rechtsextremen Akteuren, die sich antifeministisch und queerfeindlich, aber auch rassistisch äußern und entsprechend agieren. So ist es keine Seltenheit, dass AfD-Mitglieder wie Beatrix von Storch an „Märschen für das Leben“ teilnehmen. Auch wird positiv Bezug auf Staaten wie Ungarn oder Polen genommen, in denen immer mehr antidemokratische und antifeministische Gesetze verabschiedet werden.

Geht die Strategie der Vereinnahmung von sozialer Arbeit auf? „Für Jugendliche sind das attraktive Angebote“, sagt Expert*in Schmid. „In krisenhaften Zeiten bieten diese Gruppen etwas, woran sie sich festhalten können.“ Vor allem die niedrigschwellige Ansprache und der erlebnisorientierte Charakter der Veranstaltungen fördern das. Digitale Angebote wie die Veranstaltung der JfDL vereinfachen den Zugang noch. Allerdings gibt es keine Zahlen, die belegen können, wie erfolgreich die Rekrutierung Jugendlicher durch christlich-fundamentalistische Gruppen tatsächlich ist.

Um die Lücke zu schließen, die die Fundamentalist*innen bedienen, brauche es eine Stärkung der Kinder- und Jugendarbeit, die einem emanzipatorischen Ansatz folgt und zur Demokratieförderung beiträgt, sagt Len Schmid. Und: Aufklärungsarbeit, um die Ideologie hinter den Angeboten sichtbar zu machen. Bei Lehrkräften und Pädagog*innen ebenso wie bei Jugendlichen.

Bislang funktioniert solche Aufklärung nur wenig. So ist auf der vom baden-württembergischen Kultusministerium geförderten Bildungsmesse Didacta in diesem Jahr auch Alfa mit einem Infostand vertreten. Antifeministische, fundamentalistische Inhalte stehen auf diese Weise neben Biologiebüchern und Englischheften – als wären sie wissenschaftlicher Standard.



Demonstrierende beim „Marsch für das Leben“ protestieren gegen die Selbstbestimmung von Schwangeren
Foto: Sebastian Wells

Und ewig droht der Feminismus

Warum ist der christlich-konservative Kampf gegen die „Gender-Ideologie“ auch einer gegen Frauenrechte? Ein Gastbeitrag

Gunda Werner

In der Katholischen Wochenzeitung *Tagespost* erschien vergangenen November ein Artikel, der alle Vorbehalte und Ängste konservativ-christlicher Kreise gegen ihr gemeinsames Feindbild der „Gender-Ideologie“ in sich vereinte: „Gottlos“ und „atheistisch“ sei das Gender-Denken, es „manipuliere die Sprache“ und „unterwerfe“ Menschen einer Ideologie, in der nicht mehr die Beziehung zu Gott im Mittelpunkt stehe. Auch nicht die Liebe zwischen Mann und Frau, sondern allein die „ethisch zu gestaltende Beziehung der Sexualpartner untereinander“, bei der es weder auf die sexuelle Orientierung noch auf den Bund der sakramentalen Ehe ankomme.

Hier erreicht die Empörung einen ersten Höhepunkt.

Schlussendlich gipfelte die Kritik an Gender-Theorien in dem Vorwurf, es handele sich um den ultimativen

Angriff auf die Schöpfungsvorstellung. Gott habe den Menschen nun mal als Mann und Frau geschaffen. Hinter Anfeindungen gegen trans Personen fallen Bedenken gegenüber der sexuellen Orientierung zurück.

In Artikeln wie dem gerade zitierten erscheint die „Gender-Ideologie“ als sich verselbstständigende Bedrohung. Oder, um es mit den Worten von Gabriele Kuby zu sagen, als ein „Sauerteig, der die gesamte Gesellschaft durchsäuert und zerstört“.

Kern dieser auch transfeindlichen Abwertung ist bereits die schlichte Möglichkeit, dass sich geschlechtliche Identität jenseits der Binarität von Mann und Frau denken lassen könnte. Schon in dem bloßen Infragestellen von Sex und Gender lauert nämlich die vermeintliche Gefahr von Beliebigkeit und Relativismus, mit denen dazu Kinder und Jugendliche von früh an indoktriniert würden. Manche Autor*innen meinen darin gar den Mar-

xismus in neuem Gewand zu erkennen, der erneut das Christentum zerstören und eine Einheitsgesellschaft schaffen wolle, in der alle „natürlichen“ Differenzen der Geschlechter nivelliert seien und es keine Freiheit mehr gebe.

Manche meinen gar, den Marxismus in neuem Gewand zu erkennen

Spätestens hier zeigt sich, wie diese erregte Gender-Kritik und der spezifisch christlich-konservative Antifeminismus sich gegenseitig bedingen: Weil in der Bibel, genauer im 1. Buch Mose, zu lesen sei, dass Gott den Menschen als Mann und Frau geschaffen habe (Gen 1,27), und weil die so geschaf-

fenen Männer und Frauen (das steht allerdings nicht mehr in der Bibel) über „spezifisch männliche“ und „spezifisch weibliche“ Eigenschaften verfügten. Deswegen seien Frauen (und zwar von Gott gewollt) auf bestimmte Rollen festgelegt.

Gemäß göttlichem Willen und Auftrag, dass Frauen Kinder bekommen können, sei es das Wesen der Frau, dienend, aufopfernd, sorgend und nährend zu sein. Insbesondere in der katholischen Logik liegt darin keine Diskriminierung – schließlich ist dies Gottes besonderer Heils- und Schöpfungswille, universal gültig für „die“ Frau, deren „spezifisch weibliche“ Eigenschaften determinieren, was ihr guttut, was sie braucht, was sie sich wünscht und wie sie ihr Leben zu gestalten hat.

Und damit sind wir endgültig beim Antifeminismus angekommen: Der Ausschluss von Ämtern und Öffentlichkeiten, geringere Bezahlung und eine

prekäre Rente müssten nun mal in Kauf genommen werden, denn weil „die“ Frau als Mutter bei den Kindern und sorgend im Haus sein will, stellt sie die Familie an die erste Stelle. Auch wenn sie deswegen weniger verdient, keine Karriere macht und weniger Möglichkeiten hat, verwirkliche sie ihr Wesen als Frau.

Der erbitterte Kampf christlich-konservativer Kreise gegen die bloße Möglichkeit vielfältiger Geschlechteridentitäten offenbart, worum es geht: die Angst vor einer Welt, in der „spezifisch männliche“ und „spezifisch weibliche“ Eigenschaften eben nicht von Gott gewollt im Menschen angelegt sind. Denn damit wäre der biologischen Begründung männlicher Vorherrschaft in der Gesellschaft der Nährboden entzogen.

Gunda Werner, 51 Jahre, ist Professorin an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum

„Das Signal war: Die Roten kommen!“

Die Historikerin Ute Planert hat über Antifeminismus im Kaiserreich geforscht. Im Interview spricht sie über Erfolgsstrategien der Feministinnen und Parallelen zur Gegenwart

Interview **Katrin Gottschalk**

taz: Frau Planert, wer war zuerst da: die Feminist*innen oder die Antifeminist*innen?

Ute Planert: Antifeminismus ist eine Antibewegung, ist also gegen etwas, und deswegen ist natürlich das, wogegen man ist, zuerst da.

Wie kam es im deutschen Kaiserreich zur ersten Frauenbewegung?

Forderungen nach einer gleichberechtigten Gesellschaft erhoben die Frauen in dem Moment, in dem bürgerliche Partizipationsansprüche angemeldet wurden. In der Französischen Revolution sagten sie: Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit – und was ist mit uns Schwestern? In der Revolution von 1848/49 wollten sie „dem Reich der Freiheit Bürgerinnen werben“. Ab da gab es organisierte Aktivitäten, Versuche gewerkschaftlicher Frauenorganisation, Frauenzeitungen. Nach der Revolution verbot Preußen Frauen, sich politisch zu engagieren. Deshalb gingen sie an, auf anderen Feldern zu arbeiten: in der Bildung, der Erwerbsarbeit. Im Jahr 1908 wurde dieses Gesetz aufgehoben, da gab es schon eine breite Frauenbewegung, die größte in Europa.

Wie und ab wann genau organisierten sich die Antifeminist*innen?

Das entscheidende Jahr war 1912. Die SPD gewann die Reichstagswahlen. Das hatte keine politische Auswirkung, weil wir es nicht mit einer parlamentarischen Demokratie zu tun hatten, aber das Signal war: Die Roten kommen! Seit der Vereinsfreiheit 1908 begannen die Parteien ihre Frauen zu organisieren, die SPD, die Liberalen – ab 1912 selbst die Bastion der politischen Rechten, die Deutschkonservative Partei. Im Jahr 1912 wurde außerdem der Geburtenrückgang zum Thema. Den erlebten alle Industriegesellschaften, aber er wurde von nationalistischen Zeitgenossen als Gebärstreik wahrgenommen. Eine Universität nach der anderen wurde geöffnet für Frauen, es bildeten sich Stimmrechtsvereine. Der Trend ging in Richtung Erfolge für die Feministinnen, deshalb dachten die Antifeministen, sie müssten Alarm schlagen, bevor die Regierung noch das Frauenwahlrecht einführt. Im Jahr 1912 wurde der

Deutsche Bund zur Bekämpfung der Frauenemanzipation gegründet.

Wer waren die Antifeminist*innen, die sich im Bund vereinten?

Für meine Dissertation habe ich mir die Verbandszeitschriften des Deutschen Bundes zur Bekämpfung der Frauenemanzipation angeschaut. Ich habe ausgewertet, wer da auftaucht als Autor*in und in den Ortsgruppen. Da bin ich auf 375 Namen von Aktivist*innen gekommen, davon sind ungefähr 20 Prozent Frauen. Der ganze Bund hatte 300.000 Mitglieder, darunter Vereine von Angestellten und Lehrern, die weibliche Konkurrenz fürchteten.

Immerhin 20 Prozent, dabei ist das doch ein Widerspruch – Frauen in antiemanzipatorischen Gruppen ...

Ich habe mich auch gefragt, warum diese Frauen das machen. Manche waren mit einem Antifeministen verheiratet, aber es gab auch selbstständige Schriftstellerinnen. Ein wichtiger Punkt war für viele sicherlich, dass dem traditionellen Frauenbild die Legitimation entzogen wurde. Wenn immer mehr Frauen gebildet sein sollen, arbeiten und studieren, dann fühlt sich die „Nurhausfrau“ weniger wert. Und dann kommt das Weltbild dazu, das

die Frauen teilten: Diese Antifeministen waren weit in der rechten Ecke, modern gesprochen: rechtsradikal, das waren Nationalisten, die waren völkisch, die waren antisemitisch und antimodern. In diesem deutschvölkischen Weltbild hat die Frau zu Hause zu sein und Kinder zu kriegen fürs deutsche Volk.

Aus welchen Bevölkerungskreisen kamen diese Leute?

Das waren vorwiegend Bildungsbürger, meist protestantisch, eher preußisch-norddeutsch und aus der Großstadt, weil die Frauenbewegung eine urbane Erscheinung war. Es waren Mediziner dabei, Rassenhygieniker, Regierungsbeamte, auch Studenten und Lehrer, die nicht wollten, dass Frauen ihnen die Plätze wegnehmen.

Was waren die Strategien, mit denen die Antifeminist*innen versuchten, die Feminismuswelle zu stoppen?

Vermeintliche Aufklärung: Sie schrieben ganz viel, reichten Petitionen ein, hatten diesen Verband, gründeten Ortsgruppen, störten Frauenversammlungen. Sie versuchten, informell Einfluss zu nehmen auf die Parteien und Verbände, damit diese keine Frauen zuließen. Die Antifeministen versuchten, emanzipierte Frauen abzuwerten, indem sie ihnen die Weiblichkeit absprachen, weil die Funktion von Frauen ja das Kinderkriegen sei. Viele Frauen der organisierten bürgerlichen Frauenbewegung waren aber Lehrerinnen – die mussten unverheiratet sein, es gab das Lehrerinnenzölibat, übrigens auch in der Weimarer Republik.

Was hat der antifeministische Widerstand mit der Frauenbewegung gemacht?

Nicht viel. Es gab sicherlich verbale Auseinandersetzungen, wenn die Antifeministen zu Frauenveranstaltungen hingegangen sind. Und als der Antifeministenbund gegründet wurde, erschienen in den Frauenzeitschriften ein paar Artikel, aber dann kam ja schon der Krieg, und ab da standen die Antifeministen auf verlorenem Posten. Die bürgerlichen Frauen organisierten sich im nationalen Frauendienst, unterstützten den Krieg und stellten sich als gute Patriotinnen dar. Da konnten die Antifeministen schlecht sagen, dass die Frauen am Herd bleiben sollen,



Antifeministische Karikatur um 1905: die rauchende Frau Juristin als Rabenmutter
Foto: Imago

des Jahrhundert war geradezu besessen davon zu definieren, wie Männer sind und wie Frauen sind.

Warum das denn?

Die bürgerliche Gesellschaft brauchte ein neues Ordnungssystem, nachdem die ständische Ordnung aufgehoben war. Und Geschlecht durchdrang alles, ebenso wie später Klasse und auch Rasse als neue Ordnungskriterien. Selbst die meisten frauenbewegten Frauen glaubten an die Gegensätze der Geschlechter und machten daraus sogar ein Argument: Gerade weil Männer und Frauen fundamental unterschiedlich sind, braucht es beide, etwa in der Politik.

War die Betonung des Dualismus eine erfolgreiche Strategie der Frauenbewegung?

Ja, klar! Sogar bis dahin, dass man sagte: Männer und Frauen sind unterschiedlich, also können Männer auch keine Frauen untersuchen – also brauchen wir Frauenärztinnen. Diese Idee vom weiblichen Kultureinfluss durchzog das komplette Kaiserreich, auch da, wo wir es heute kritisch sehen, zum Beispiel bei den kolonialistischen, imperialistischen Bewegungen. Auch da brauchte es dann den Kultureinfluss der deutschen Frau zur angeblichen Emporbildung der Schwarzen.

Sehen Sie Parallelen zwischen dem Antifeminismus im Kaiserreich und dem aktuellen?

Moderne Antifeministen sammeln sich etwa in der Lebensschutzbewegung, auch die Männerrechtsbewegung fällt darunter, organisierte Incels oder neurechte Siedler. Nach meiner aus dem Kaiserreich abgeleiteten Definition braucht Antifeminismus einen gewissen Organisationsgrad. Oftmals erkenne ich in aktuellen Debatten, auch in der taz, eher eine aktivistische Definition. Aber nicht alles, was eine Frau angreift, ist organisierter Antifeminismus.

Was halten Sie von der Meldestelle Antifeminismus der Amadeu-Antonio-Stiftung?

Im Gegensatz zur erfolgreichen Kaumbeachtung der Antifeministen im Kaiserreich bietet so eine Meldestelle zumindest eine Angriffsfläche, denn man kann das auch als Denunziationsstelle sehen. Die rechte Argumentation ist ja, dass ich jetzt bei der Gender-Polizei gemeldet werde, wenn ich nicht das große I spreche. Ich sehe das Bedürfnis nach so einer Stelle, gerade wenn Aktivistinnen angegriffen werden, aber ob diese Stelle dagegen wirklich hilft oder nicht eher vorhandenen Sympathien für feministische Politik schadet, da bin ich mir unsicher.



Foto: Patric Fouad

Ute Planert

Die Historikerin lehrt an der Universität Köln unter anderem Europäische Geschichte des 18. bis 20. Jahrhunderts. Im Jahr 1998 veröffentlichte sie ihre Dissertation über Antifeminismus im Kaiserreich, 2021 erschien ihr Buch „Napoleons Welt“ bei wgb.

Gemeinsam für Geschlechtergerechtigkeit.

Es ist Zeit.

Bundesstiftung Gleichstellung

www.bundesstiftung-gleichstellung.de
bs.gleichstellung
@BSGleich



„Queers können sich im Netz austauschen“

Podcaster Soufiane Hennani erklärt, wie Marokkaner*innen mit Antifeminismus umgehen

Interview **Mohamed Amjahid**

taz: Soufiane Hennani, in Ihrem Podcast „Machi Rojola“ sprechen Sie mit Ihren Gästen über Feminismus, Netzaktivismus und wie man in Marokko das Patriarchat überwinden kann. Sind solche Gespräche neu in Ihrem Land?

Soufiane Hennani: Ich glaube, dass wir in Marokko immer kritisch über Maskulinität gesprochen haben. Sie prägt immerhin den Alltag von vielen Menschen, von Frauen und Männern. Da geht es um psychische, physische und sexuelle Gesundheit, aber auch um die Sozialisierung von Männern, wie sie untereinander interagieren und allgemein in der Gesellschaft. Es gab vor mir viele Forscher*innen und Autor*innen, die sich mit Feminismus auseinandergesetzt haben. Der Unterschied jetzt liegt vielleicht darin, dass die Inhalte ein breites Publikum erreichen, das so mitsprechen kann. Egal ob in meinem Podcast, in der Musik, im Kino, in traditionellen oder sozialen Medien.

Feministische Ideen erreichen also nun mehr Menschen. Erzeugt das auch im Netz antifeministischen Widerstand?

Auf Facebook bekomme ich oft die Nachricht, dass ich für meine Inhalte bezahlte Werbung schalten soll, während hasserfüllte, antifeministische Plattformen organisch wachsen und mit Reichweite den Tech-Unternehmen Gewinne einbringen. Man müsste die Medienkompetenzen der Menschen ausbauen. Sie sehen die Inhalte eines queerfeindlichen oder antifeministischen Influencers und glauben den Blödsinn. Viel ist zu uns leider aus den USA und Europa geschwappt, da nehmen sich in Marokko einige Leute ein Beispiel an Strategien der Hassrede.

Können Sie uns ein Beispiel nennen?

Jemand hat den US-amerikanischen Podcast eines Incels schlicht kopiert und findet damit ein hasserfülltes Publikum in Marokko. Oder: Es gibt im Netz seit Kurzem eine Gruppe namens „Wenn du ein wahrer Mann bist, darfst du keine Frau heiraten, die arbeiten geht“. Da kommen Incels und Maskulinitäten zusammen, lassen sich

frauen- und queerfeindlich aus und argumentieren dabei vor allem mit „Freiheit“. Sie haben in Europa und Deutschland solche gefährliche Tendenzen.

Wie stark ist der feministische Diskurs in Marokko?

Der erreicht vor allem junge Menschen. Sowohl als Sender*innen als auch als Empfänger*innen. Da drin finden sich dringende Themen: Rassismus in Marokko, die Klimakatastrophe und eben feministische Kämpfe. Solche Debatten haben sich längst aus den elitären Räumen befreit und erreichen alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen. Als wir während der Pandemie kollektiv in den harten Lockdown mussten, gab es viel Hass und Gewalt gegen LGBTQI+ und Feminist*innen. Einige junge Queers waren plötzlich in ihren Elternhäusern gefangen. Ich habe das in meinem Podcast „Machi Rojola“ und auf sozialen Medien thematisiert. Für viele Betroffene war das so zugänglich und hilfreich. Sie konnten sich im Netz zumindest austauschen und gegenseitig stärken.

Viele weiße Feministinnen hier in Deutschland und Europa interessieren sich besonders für das Thema Maskulinität in Nordafrika. Kommt das bei Ihnen an?

Superschön und inspirierend in Marokko ist, dass wir unsere eigene feministische Tradition haben, die schon immer intersektional war. Bei uns kommen ein paar Fetzen dieses weißen Mainstream-Feminismus an, das hat meist negative Auswirkungen auf unseren Alltag. Zum Beispiel diese tief sitzende Transfeindlichkeit. Dabei haben wir eine reiche feministische Tradition mit Stimmen wie der Soziologin Fatima Mernisi oder der Schriftstellerin Malika al-Fassi, die uns zeigen, dass Feminismus eine einflussreiche marokkanische Tradition besitzt. Diese Frauen haben für Selbstbestimmung gekämpft, körperliche und politische. Dass Frauen wählen können, sich scheiden lassen können, ein Kopftuch tragen oder nicht. Daran knüpfe ich in meiner Arbeit im Podcast oder auf sozialen Medien an und das berührt viele Menschen – Queers, Frauen und Männer, sodass sie sich wiederum engagieren.

Wenn staatlicher Antifeminismus Leben kostet

Vor zwei Jahren trat die Türkei aus der Istanbul-Konvention aus. Doch ernst gemeint hat das Land es nie damit, Frauen vor Gewalt zu schützen



Demonstrierende am feministischen Kampftag 2021 in Istanbul Foto: Sedat Suna/epa

Von **Gamze Kafar**



Foto: Mohamed Amjahid

Soufiane Hennani forscht an der Universität in Casablanca im Bereich Health Sciences. Er ist LGBTQI+-Aktivist. Sein politisches Interesse gilt queeren Identitäten und Maskulinität. In seinem Podcast „Machi Rojola“ spricht er über Feminismus in Marokko.

Es ist tragisch: Dass der Europarat heute ein „Übereinkommen zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen“ hat, ist auch den Frauen in der Türkei zu verdanken. Das Übereinkommen heißt im allgemeinen Sprachgebrauch „Istanbul-Konvention“. Und dennoch ist die Türkei vor zwei Jahren aus der Istanbul-Konvention ausgetreten – während Männer im Land im Schnitt jeden Tag einen Femizid begehen.

Um zu verstehen, wie das passieren konnte, lohnt sich ein Blick auf die Geschichte der Konvention. Die Türkei war 2011 Erstunterzeichnerin und hatte sogar erreicht, die Unterzeichnung in Istanbul stattfinden zu lassen. Das war kein Zufall. Denn einer der Gründe für das Zustandekommen des Übereinkommens war ein Fall aus der Türkei.

Am 9. Juni 2009 urteilte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) im Fall Nahide Akgün. Seit den 1990er Jahren hatte sie, damals noch mit Nachnamen Opuz, immer wieder Anzeige gegen ihren Mann erstattet – insgesamt 36-mal. Trotzdem war Akgün weiter seiner systematischen Gewalt ausgesetzt. Hüseyin Opuz bedrohte sie mit dem Tod, fuhr sie mit seinem Auto an, stach auf sie ein. Nur zweimal wurde er zu vergleichsweise geringen Strafen verurteilt. Mehrfach wurden die Anzeigen wegen Mangels an Beweisen fallengelassen. 2002 beschloss Akgüns Mutter Minteha Beybur, mit ihr nach Izmir umzuziehen. Doch Hüseyin Opuz verfolgte den Möbeltransporter und erschoss Beybur auf dem Beifahrersitz.

Im Jahr 2008 wurde Hüseyin Opuz zunächst zu lebenslanger Haft verurteilt. Doch das Gericht reduzierte seine Strafe auf 15 Jahre und 10 Monate sowie eine Geldstrafe von 180 Lira. Der Grund: Opuz' Handeln sei das „Resultat von Provokation“ gewesen, zudem habe er vor Gericht gute Führung gezeigt. Wegen der bereits in Untersuchungshaft verbrachten Zeit und seiner eingelegten Berufung wurde Opuz auf freien Fuß gesetzt.

Der türkische Staat hatte Akgün nicht ausreichend geschützt. Zu diesem Schluss kam der EGMR und sprach damit erstmals einen Staat schuldig, und zwar wegen mangelnden Einsatzes zur Eindämmung häuslicher Gewalt. Ebenfalls zum allerersten Mal urteilte der Gerichtshof, dass geschlechtsspezifische Gewalt gemäß der Europäischen Menschenrechtskonvention eine Form von Diskriminierung ist. Die türkische Regierung musste Nadihe Akgün 36.500 Euro zahlen.

Dieses Urteil sorgte für Aufruhr. Wenig verwunderlich, dass der Türkei daran gelegen war, sich im eigenen Land wie auch international wieder in ein positiveres Licht zu rücken. Doch eine echte Umsetzung des Gewaltschutzes hat es nie gegeben. Das zeigt schon die Anzahl der Femizide im Land – also der Morde an Frauen, weil sie Frauen sind. Einzig und allein im Unterzeichnungsjahr 2011 ging die Zahl zurück.

So lückenhaft der Schutz auch war: Ohne ihn nimmt die Gewalt noch viel rapider zu. Im Jahr des Austritts 2021 wurden nach Angaben der Plattform „Wir werden Femizide stoppen“ 280 Frauen von Männern ermordet. Bei weiteren 271 Todesfälle stand der Verdacht im Raum, dass es sich um Femizide handelte – etwa, wenn Frauen während eines Streits mit dem Partner angeblich „plötzlich“ vom Balkon gesprungen sein sollen.

Nur ein Jahr später waren es bereits 334 Femizide und 245 Verdachtsfälle. Viele dieser ermordeten Frauen wurden von ihren Partnern in ihrem Zuhause getötet, obwohl sie zuvor versucht hatten, Schutz zu bekommen. All diesen Realitäten zum Trotz erklärte der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan: „Unser Kampf gegen Gewalt an Frauen hat nicht mit der Istanbul-Konvention angefangen und endet auch nicht mit dem Rückzug aus dieser Konvention.“

Der Istanbul-Konvention beizutreten war vor allem ein symbolischer Akt. Und so war der Austritt letztlich nur konsequent. Erdoğan gibt inzwischen wenig auf die Zustimmung der Menschen. Immerhin waren 84 Prozent der Bevölkerung gegen den Rückzug aus dem Übereinkommen, darunter auch viele konservative Frauen.

Wichtiger ist der Regierung offenbar der Schulterchluss mit radikalen religiösen und auch nationalistischen Kräften, für die die Gleichberechtigung von Frauen vor allem eine Bedrohung der traditionellen Familie bedeutet. Und nicht zuletzt war der Schritt für Erdoğan eine weitere Machtdemonstration gegenüber einer demokratischen Zivilgesellschaft.

Der türkische Rückzug aus dem Übereinkommen wurde von vielen Demonstrationen flankiert. Die Plattform „Wir werden Femizide stoppen“ stellt klar: „Wir kämpfen für eine Zukunft, in der die Gewalt nicht zunimmt, sondern verschwunden sein wird und in der Frauen frei leben können. Wir werden die Istanbul-Konvention Wirklichkeit werden lassen.“ Doch angesichts der bestehenden Machtverhältnisse ist diese Zukunft in weiter Ferne. Die kommende Präsidentschaftswahl ist somit auch eine über die Rechte von Frauen.



Seit dem Austritt der Türkei aus der Istanbul-Konvention steigt die Zahl der Femizide im Land wieder deutlich an

Anti
ANTIFEMINISMUS

Gegen Antifeminismus

Feminismus hat viel erreicht – und viele Feinde. Ob im Iran oder überall sonst auf der Welt. Unsere **Frauentags-Sonderausgabe** am 7. März widmet sich ganz dem Thema **Antifeminismus**.

Erhältlich am Kiosk oder noch besser im Miniabo: 10 Wochen taz digital + 10 x die gedruckte wochentaz für insgesamt nur 15 Euro, davon gehen 5 Euro an die feministischen Aktivist:innen von **6rang.org***

Jetzt taz lesen!

* Das Abo endet automatisch.

Ins Gegenteil verkehrt

Susan Faludi analysierte schon 1991 in ihrem Buch „Backlash“ antifeministische Strukturen in den USA. Ihre Angebote sind gerade in Krisenzeiten attraktiv

Von Waltraud Schwab

Antifeminismus ist keine Erfindung von heute. Sobald Frauen mehr Rechte einforderten, gab es Gegenbewegungen. Etwa während der französischen Revolution, der Suffragettenbewegung oder den 80ern des letzten Jahrhunderts.

Auch haben Frauen das System Antifeminismus schon früher analysiert. Eine von ihnen ist die Pulitzerpreisträgerin Susan Faludi. 1991 wurde ihr Buch „Backlash“, also Rückschlag, veröffentlicht. Darin untersucht sie die US-amerikanische Politik, Gesellschaft und Kultur im Hinblick darauf, wie feministische Erfolge ins Gegenteil verkehrt werden. Das Buch stand ein Jahr lang unangefochten auf den US-amerikanischen Bestsellerlisten.

Ein Backlash ist mehr als Vergeltung. Er wirft die ganze Gesellschaft zurück

Auf Deutsch trägt es den Titel: „Die Männer schlagen zurück“. Dieser impliziert, dass Frauen zuerst zugeschlagen hätten. Die Befreiung der Frau, so wird insinuiert, sei ein Akt der Aggression gegen Männer. Ein Backlash ist aber mehr als Vergeltung, er wirft die ganze Gesellschaft zurück.

Schon der deutsche Buchtitel ist ein Beispiel für die subtilen Strukturen und Taktiken des Antifeminismus, wie Faludi sie analysiert: Den Gleichheitsanspruch der Frauen ins Gegenteil verkehren, ihn nicht ernst nehmen, falsche Korrelationen herstellen, darin einen Angriff sehen, das sind, so Faludi, antifeministische Vorgehensweisen. Dabei ist die Aggression doch, dass Frauen über Jahrhunderte gleiche Rechte vorenthalten werden.

Die Unterzeile des Buches ist nicht besser. Im Original heißt es: „The undeclared war against American women“. Und in der um-

gedeuteten Übersetzung: „Wie die Siege des Feminismus sich in Niederlagen verwandeln und was Frauen dagegen tun können.“

Sieg, Niederlage – klar, vor 40 Jahren wurde die feministische Bewegung als Geschlechterkampf verstanden. Aber feministische Errungenschaften „verwandeln“ sich nicht in Niederlagen, es ist keine Magie im Spiel. Vielmehr wird feministisches Denken durch die Kultur des Patriarchats, die sich bis heute durch die Gesellschaft zieht, zunichte gemacht – so Faludis Analyse.

Tricks, mit denen Feminismus diffamiert wird, bestehen, meint Faludi, auch darin, patriarchal gefärbten Erhebungen einen neutralen wissenschaftlichen Anstrich zu geben. Oder darin, Feminismus umzukehren, indem gesagt werde, Frauen seien doch emanzipiert und hätten alle Möglichkeiten, da bedürfe es keiner weiteren politischen Intervention für Gleichheit.

Rollenbilder seien eigentlich fluide konservative und neurechte Politik, und nicht nur sie, orientierten sich jedoch an alten Zuschreibungen, die sie als State of the Art begreifen würden. Und die Medien und die Kultur machten sich dabei zu Steigbügelhaltern. Der Backlash sei keine konspirative Verschwörung, die von oben gesteuert werde, schreibt Faludi. Auch seien sich jene, die antifeministische Theorien verbreiten, dessen nicht immer bewusst. Meistens gehe das diffus und chameleonhaft vonstatten, die antifeministischen Codes seien im Denken internalisiert.

Heute ist Faludis Buch schwer zu lesen, da es sich in Detailfülle auf den US-amerikanischen Mainstream vor allem der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts bezieht, der mittlerweile eher wenig zugänglich ist. Ihre Analyse der subtilen Umkehr feministischer Errungenschaften aber hat weiter Gültigkeit. Nur deshalb werden Meinungen wie die, dass die Emanzipationsbewegung Mädchen heute aggressiver mache, oder dass die vielen Lehrerinnen schuld am schlechteren Abschneiden von Jungs in der Schule seien, wie Tatsachen gehandelt. Ein Artikel, der am 7. Februar 2023 in der *Neuen Zürcher Zeitung* stand, zeigt die von Faludi untersuchten subtilen Umkehrungsmechanismen en détail: „Je freier



1989 so aktuell wie heute: Demo in Washington für die Selbstbestimmung von Schwangeren
Foto: Barbara Alper/getty

Frauen bei der Partnerwahl werden, desto mehr Männer bleiben allein. Ist daran unsere Biologie schuld?“ lautet die Überschrift. Im Klartext: Frauenbefreiung macht mehr Männer zu Singles. Das Wort „schuld“ wird benutzt. Im Text geht die negative Wertung der Frauenemanzipation noch weiter, denn in biologistischer Camouflage, die evolutionäre Zusammenhänge aus dem Tierreich auf die Gegenwart überträgt, werden vermeintlich wissenschaftliche Begründungen für das Dilemma der Männer geliefert. Die blieben

bei der Partnerwahl vermehrt auf der Strecke, wenn Frauen selbstbewusster und ökonomisch unabhängiger werden. Sexuell unerfüllte Männer aber seien potenzielle Gefährder. Fazit: Frauenemanzipation ist schlecht für Männer und Gesellschaft.

Der Artikel, der 32 Jahre nach dem Erscheinen von „Backlash“ veröffentlicht wurde, bedient, was Faludi anprangert. Sie hat das Handwerkszeug gezeigt, mit dem solche Texte decodiert werden können. Wir sollten es nutzen.

„Szene mit klarer Agenda“

Mareike Fenja Bauer forscht zu politischen Influencerinnen auf Tiktok

Interview Dinah Riese

taz: Frau Bauer, Sie forschen zu antifeministischen Influencerinnen auf Tiktok. Wenn ich mir das Profil einer solchen Person anschauen: Was sehe ich da?

Mareike Fenja Bauer: Das kann sehr unterschiedlich sein. Ein typisches Beispiel wäre: Die Person filmt sich beim Kochen. Sie ist, mit einem schicken Kleid zurechtgemacht, in der Küche und suggeriert, dass sie hier Einblicke in ihr privates Alltagsleben erlaubt – dabei ist alles hochgradig inszeniert. In der Beschreibung des Posts steht so etwas wie: „Hey, ich bin total gerne Hausfrau und Mutter!“ Das allein wäre noch

nicht unbedingt antifeministisch. Aber dazu kommen subtilere Elemente, etwa ein Hashtag wie #FemininityNotFeminism oder #TradWife. Im Ganzen betrachtet vermittelt der Post ein traditionelles Frauenbild und suggeriert, Weiblichkeit stehe im Gegensatz zu Feminismus.

Wer ist die Zielgruppe?

Tiktok wird vor allem von jungen Leuten bis 25 Jahre genutzt und ist besonders beliebt bei Frauen. Erreicht werden sollen junge Frauen, die sonst gar nicht unbedingt an rechten oder reaktionären Botschaften interessiert wären. Viele antifeministische Influencerinnen versu-

chen auf subtile Art, ihr Publikum mit ihrem Weltbild zu prägen. Es ist eine Art Türöffner, und der Algorithmus spielt ihnen in die Hände.

Inwiefern?

Wenn ich auf Tiktok ein paar solcher Accounts folge, dann rutschen mir automatisch immer mehr davon in den Feed. Nach und nach kommen dann auch Profile mit radikaleren Positionen rein. Die Influencerinnen nutzen die Funktionsweise von Tiktok. Sie gehen auf aktuelle Trends ein wie das Zeigen der angeblich persönlichen Morgenroutine, beliebte Hashtags oder Filter, und der politische Moment passiert versteckt. Es

wird Lifestyle vermarktet – aber der trägt eine politische Message.

Sind das Einzelpersonen?

Wir reden über eine Szene mit einer klaren Agenda, die aber oft nicht offengelegt wird. In vielen Profilen ist zum Beispiel nicht ersichtlich, wenn die Inhaber*innen in rechten Organisationen aktiv sind. Es gibt ganz klare Überschneidungen – ideologisch wie auch personell – mit Pick-up-Artists oder Maskulinisten, aber auch mit organisierten Rechten und extremen Rechten. Die AfD und ihre Jugendorganisation Junge Alternative sind zum Beispiel sehr aktiv auf Tiktok.



Mareike Fenja Bauer promoviert an der European New School of Digital Studies zu antifeministischen Influencerinnen.
Foto: Philipp Plum

Anzeige

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Ausgewählte Publikationen

Gisela Zimmer

Femizide in Deutschland – (k)ein Einzelfall

Fakten und Hintergründe zur Gewalt gegen Frauen



44 Seiten
Broschur
Dezember 2022
ISBN 978-3-948250-54-6

Download und Bestellung unter: www.rosalux.de/publikation/id/49596

Lisa Heizmann, Anna Gräser

Nein heißt Nein – Ja heißt Ja

Zustimmung beim Sex



Bildung leicht gemacht – Broschüre in leichter Sprache, 30 Seiten
Broschur, Dezember 2022
ISBN 978-3-948250-56-0

Download unter: www.rosalux.de/publikation/id/49585

Weitere Publikationen unter www.rosalux.de

Leitfaden zum Umgang mit Fällen sexistischer Gewalt

Eine Erfahrung aus dem Baskenland



20 Seiten, Broschur
Juni 2022

Download und Bestellung unter: www.rosalux.de/publikation/id/46664

Leitfaden zum Umgang mit Fällen sexistischer Gewalt

Eine Erfahrung aus Argentinien



12 Seiten, Broschur
Juni 2022

Download und Bestellung unter: www.rosalux.de/publikation/id/46653



Empowernde Stimmung bei den Bruisers: Rachel Schneider (links) und Mitch Pfeifer beim Training

Schneller Konter gegen Hass

Mehrere große Sportverbände haben jüngst trans Frauen aus dem Frauensport ausgeschlossen. Doch es gibt Widerstand: Bei den Berlin Bruisers spielen Flinta in einer offiziellen Frauenliga Rugby

Von **Alina Schwermer** (Text) und **Doro Zinn** (Foto)

Dass Mitch Pfeifer an einem Tag im August erstmals beim Rugbytraining der Berlin Bruisers landet, ist Zufall: Ein Mitglied des neuen Flinta*-Teams lud Pfeifer ein. Flinta steht für Frauen, Lesben, inter, nicht-binäre, trans und agender Personen. Das Team, im Frühjahr 2022 gegründet, ist das erste deutsche Flinta*-Rugbyteam überhaupt. Mitch Pfeifer ist nicht-binär, ist also weder männlich noch weiblich, und nutzt das Pronomen they. „Teamsport fand ich immer eher einschüchternd. Ich dachte, ich kann das nicht und habe nicht den richtigen Körper dazu.“ Ein Flinta*-Team aber findet they „mega cool“, die Stimmung „voll empowernd“. Nicht unbedingt der Sprachduktus, der sonst in Sportklubs herrscht. Die Bruisers sind die Nische der Nische. Sie wollen Sportkultur anders denken.

„Bei uns im Team wird man die ganze Zeit angefeuert und voll unterstützt“, erzählt Pfeifer. „Mein Trainer im Tennis hat uns angeschnauzt. Das gibt es bei uns nicht. Es gibt keine Körpernormen oder Ideen, wie man sein soll.“ Mitch Pfeifer fühlte sich sofort angenommen. Das Team trägt Flinta nicht nur im Namen, es seien tatsächlich alle Identitäten des Kürzels vertreten.

Seit Herbst spielen die Berlin Bruisers der Regionalliga Nordost, einer offiziellen Frauenliga. Probleme wie Proteste durch andere Vereine gibt es laut Team keine.

Die Bruisers sind ein Projekt zu einer Zeit, in der das Pendel nicht nur im Rugby in die Gegenrichtung schlägt. Es gibt kaum eine Sportart, in der nicht über Körper von inter Personen, hyperandrogynen und trans Frauen diskutiert wird. Es geht um vermeintliche und faktische Vorteile etwa durch Körpergröße und Testosteronwerte. Oft ohne valide Studien – und ohne ein real existierendes Problem: In Wettbewerben sind etwa trans Frauen im Gegenteil stark unterrepräsentiert. Bei der Diskussion handelt es sich um eine sexistische Kontinuität. Seit Beginn des Verbandssports haben Männer solche Frauen, die ihnen als zu „männlich“ galten, von Frauenwettbewerben ausgeschlossen. Verbandssport ist Hüter eines radikal binären Systems. Frauen gelten ihm seit jeher als das unterlegene Geschlecht, das geschützt werden müsse – vor „Männern in Frauenkleidern“.

Diese Kontinuität verbindet sich mit einem transfeindlichen gesellschaftlichen Backlash. Mehrere Weltverbände haben 2022 Verbote beschlossen: Der

Weltschwimmverband Fina, mittlerweile World Aquatics, verbietet trans Frauen die Teilnahme, sofern sie die Geschlechtsangleichung nicht vor der Pubertät vorgenommen haben. World Rugby schließt seit 2022 trans Frauen komplett aus wegen vorgegeblicher Verletzungsgefahr für cis Frauen, obwohl keine Verletzungsfälle bekannt sind.

„Bei uns gibt keine Körpernormen oder Ideen, wie man sein soll“

Mitch Pfeifer, Rugbyspieler*in

Rachel Schneider, Gründerin des Flinta*-Teams der Bruisers, sieht sich im Widerstand zur Regel. Ein Turnier in England, das trans Frauen ausschloss, haben die Berlin Bruisers abgesagt. Sie vernetzen sich, lobbyieren, informieren. Dabei will Schneider das Team nicht als Reaktion auf das Verbot verstanden wissen, eher als proaktives Schaffen eines Raums. „Die meisten Ausschlüsse passieren in England, Wales, Schottland und Irland“, sagt sie. „Es gibt aktuell viel Transphobie in Großbritannien, und das ist in

den Sport geraten. Aber in anderen Rugbyländern sehen wir das nicht.“ In Deutschland gab es vor allem von Frauen großen Protest gegen die Transfeindlichkeit. Sie drängten den männerdominierten Verband DRV, sich kritisch zu positionieren. „Rugby der Frauen war immer ein sehr queerer Ort“, sagt Schneider.

Mitch Pfeifer sagt: „Rugby ist in Deutschland eine Mini-Sportart, deshalb kann man ein bisschen mehr machen, was man will.“ So reagierten die anderen Ligateams freundschaftlich und interessiert auf die Bruisers. Nur mit den Schiris, erzählt Schneider, gebe es manchmal Diskussionen, wenn es zu Ansprachen wie „Hey Mädels“ käme. „Aber generell ist die Erfahrung echt positiv.“

Schwimmen ist vielleicht das Gegenteil von Rugby: olympische Kernsportart und deutscher Massensport, organisiert von oft verkrusteten, männerdominierten Vereinen. Der Deutsche Schwimm-Verband (DSV) steckt in der Krise, auch wegen sexualisierter Gewalt. Bei der Abstimmung zum Transverbot enthielt man sich. Auf den Fragenkatalog der taz antwortet der DSV: „Der Meinungsbildungsprozess im Vorstand samt Austausch mit internen und externen Expert*innen“ dauere an. Es

folgt ein nichtssagendes Sowohl-als-auch: „Chancengleichheit ist schließlich ein existenzieller Grundwert des Sportwettkampfs. Unabhängig davon wird geschlechtliche Vielfalt durch und bei uns im Verband aber willkommen geheißen.“ Seit 2020 könne man sich als divers registrieren lassen.

Auch im Schwimmen gibt es durchaus spezielle Räume für trans und inter Personen, etwa beim Berliner Sportverein SV Seitenwechsel. Aber offenbar keinen breiten Protest, keine Flinta*-Wettkampfteams. Laut DSV gab es im Wettkampfsport keinen gemeldeten Bedarf für eine Einzelfallprüfung. Die große Sorge von Aktivist:innen ist stets, dass das Feuer überspringe und andere Verbände nachziehen. Klubs wie die Bruisers wollen helfen, bestehende Verbote rückgängig zu machen. Derzeit planen sie ein eigenes Flinta*-Turnier und einen offenen Brief an den englischen Rugby-Verband RFU, in dem sie fordern, das Verbot aufzuheben und gemeinsam mit Betroffenen eine inklusive Regelung zu finden. Bei ihnen gilt: in erster Linie Spaß haben. Und in zweiter Linie etwas bewirken. „Es gibt ein politisches Klima, in dem man kämpfen muss“, sagt Mitch Pfeifer. „Das ist natürlich scheiße. Aber uns ist klar, dass wir das machen wollen.“

Was tun bei Trans*feindlichkeit?

Trans*feindlichkeit kann quasi überall passieren. Fünf Handreichungen für den Alltag

Von **Robin Ivy Osterkamp**

Am Frühstückstisch

Wenn Trans*feindlichkeit auftritt, sollten das auch cis Menschen benennen und trans* Personen unterstützen. Auch wenn keine trans* Personen anwesend sind, ist es wichtig, falsche Namen und Pronomen zu korrigieren und sich für Menschenrechte und geschlechtliche Selbstbestimmung einzusetzen.

Diese Aufgaben dürfen nicht allein an Menschen hängen, die Trans*feindlichkeit erfahren. Gerade im persönlichen Umfeld ist für trans* Personen Selbstreflexion darüber zentral, wann genug Energie für eine Auseinandersetzung da ist und wann diese eher belastend und nicht zielführend ist.

Im Internet

Trans*feindliche Kommentare auf Social-Media-Plattformen werden

genutzt, um trans* Personen sowie deren Unterstützer*innen in verletzenden Diskussionen zu verwickeln. Dabei geht es nicht um den Dialog, sondern um die Verbreitung von diskriminierenden Inhalten.

Entscheidend ist, gezielt auf Kommentare zu reagieren, bei denen ein ehrliches Interesse besteht, und Personen mit wenig Vorwissen über Fehlinformationen aufzuklären. Positive Social-Media-Posts und unterstützende Kommentare können helfen, das Thema neu zu besetzen.

In Medien

Wenn ein trans*feindlicher Beitrag in den Medien auffällt, ist es sinnvoll, diesen nicht per Link, sondern als PDF oder Screenshot zu versenden. Hohe Klickzahlen bestärken Redaktionen, erneut trans*feindliche Inhalte zu verfassen. Für cis Men-

schen ist es wichtig zuzuhören, wenn trans* Personen Inhalte als trans*feindlich kritisieren. Mit Leser*innenbriefen kann Kritik an dem Artikel zum Ausdruck gebracht werden. In schwerwiegenden Fällen kann gegebenenfalls auch Beschwerde beim Presserat eingereicht werden.

Auf der Arbeit

Die Intervention bei trans*feindlichen Aussagen oder Verhaltensweisen im Arbeitskontext ist oft ausschlaggebend, wie trans* Personen das Betriebsklima wahrnehmen. Trans* Kolleg*innen sollten von unterschiedlichen Anlaufstellen wie dem Betriebsrat, Gleichstellungs- und Diversitätsbeauftragten unterstützt werden. Expertise von außen entlastet trans* Personen im Betrieb bei der Sensibilisierung des Arbeitsumfelds.

Auf der Straße

Auf der Straße ist es eine besondere Herausforderung, Trans*feindlichkeit gut zu begegnen. Cis Verbündete sollten auf trans* Personen, die beleidigt oder physisch angegriffen werden, zugehen und Unterstützung anbieten. Die Polizei sollte außer in akuten Situationen nicht ohne Einverständnis der gewaltbetroffenen Person kontaktiert werden. Falls die Polizei gerufen wird, kann der trans* Person Beistand geleistet werden, um gegebenenfalls auf Diskriminierung durch die Polizei zu reagieren. Manche Städte haben dafür LSBTI-Ansprechpersonen bei der Polizei.

Robin Ivy Osterkamp ist im Vorstand des Bundesverbands Trans* e. V. und in der Landeskoordination für den Bereich trans* im Queeren Netzwerk Niedersachsen e. V. zuständig.

Russischer Deserteur will Asyl in Deutschland

Als Homosexueller hatte es Sergej K. in Russland ohnehin schwer, dann wurde er für den Krieg zwangsrekrutiert. Ihm gelang die Flucht in die Ukraine

Von **Matthias Meisner**

Es begann mit einer digitalen Romanze. 2020 hatten sich der Fitnesstrainer Sergej K. aus der russischen Provinz und der norddeutsche Verleger Achim Albers im Netz kennengelernt. Sergej K. hatte seine Homosexualität bis dahin vor seiner Familie und überhaupt verheimlicht. Doch mit Albers entspann sich ein Liebesverhältnis, obwohl sich die beiden nie persönlich getroffen hatten. Alle paar Tage tauschten sie E-Mails aus. Sergej, der gut Deutsch spricht, schrieb an seinen „Schatz“, seinen „Engel“. In schmachtender Tonlage kamen bei Frostgraden von unter minus 20 Grad Botschaften wie diese: „Meine Gedanken an dich wärmen mich immer, als ob du ein Feuer in meiner Brust entzündet hättest!“

Die Coronapandemie machte ein Treffen unmöglich. Und dann, nach dem russischen Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022, wurde alles noch komplizierter. Denn jetzt war K. für die russischen Streitkräfte im Krieg gegen die Ukraine ein potenzieller Soldat. Sein Versuch, Russland noch rechtzeitig per Flugzeug in die georgische Hauptstadt Tiflis zu verlassen, scheiterte: Im Mai 2022 wurde am Flughafen von Sankt Petersburg sein Militärausweis verlangt, er hatte keinen. Die Militärpolizei verdächtigte ihn, sich des Militärdienstes zu entziehen. „Jetzt weiß ich nicht, wie ich aus dieser Hölle herauskommen soll“, schrieb er an Achim Albers. „Unser Präsident wird immer verrückter.“ In Russland einen Asylantrag zu stellen, komme wiederum nicht infrage. „Sie werden herausfinden, dass

Kyjiw: SPD kommt auch mal vorbei

SPD-Spitze besucht Ukraine: SPD-Parteichef Lars Klingbeil und SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich sind am Montagmorgen zu einem Besuch in der Ukraine eingetroffen. Die SPD-Fraktion twitterte ein Foto der beiden im Bahnhof von Kyjiw, es folgten politische Gespräche bis zur Abreise am Abend.

Russische Militärbasen bombardiert: Die Ukraine hat nach eigenen Angaben am späten Sonntagabend zwei russische Militärbasen im südkrainischen Melitopol zerstört. „Hunderte“ russische Soldaten könnten bei dem Raketenbeschuss getötet worden sein, hieß es. Bestätigte Angaben gab es vorerst nicht.

Bachmut wird nicht geräumt: Präsident Selenski und die höchsten Generäle der Ukraine haben am Montag beschlossen, das belagerte Bachmut im Donbass zu halten. Sie sprachen sich für „die Fortsetzung der Verteidigungsoperation und die weitere Stärkung unserer Positionen in Bachmut aus“, hieß es offiziell. Der Ostteil von Bachmut jenseits eines Flusses wurde zuvor geräumt. (taz, afp, rtr)

ich schwul bin, und ich könnte als Verräter an meinem Heimatland angesehen werden.“

Im November schließlich wurde Sergej K. zwangsrekrutiert. Er schrieb: „Jetzt muss ich für Putin kämpfen. Aber es ist nicht mein Krieg, Achim, das

Sein Status als ukrainischer Kriegsgefangener erschwert wohl die Ausreise

weiß du sehr gut.“ Sergej K. desertierte. Sein letztes Lebenszeichen ist eine Mail vom 17. Januar 2023. Demnach befand er sich damals in einem Klinikum in der ukrainischen Hauptstadt Kyjiw. Er hatte sich bei der Flucht verletzt. Der 32-Jährige schrieb: „Mein Arm und mein Bauch heilen, aber laut den Ärzten habe

ich immer noch ein Hämatom im Kopf, das durch eine Operation entfernt werden muss.“

Es gibt ein Unterstützernetzwerk, das eine medizinische Evakuierung nach Deutschland organisieren will und diese nach eigenen Angaben auch finanziert hat. Klaus Maresch vom Bonner Buchladen „Bundesamt für magische Wesen“ gehört dazu. Er schreibt einen Brief nach dem anderen, an die Bundesaußenministerin, an den ukrainischen Botschafter in Deutschland, an Bundestagsabgeordnete, an den Ombudsmann für Menschenrechte des ukrainischen Parlaments. Viele blieben unbeantwortet, einige der Adressat:innen setzen sich hinter den Kulissen für ihn ein.

Eine Lösung für Sergej K. ist bisher aber nicht in Sicht. Zwar hat Bundesinnenministerin Nancy Faeser im September erklärt, Deserteure sollten in Deutschland „im Regelfall“

Schutz erhalten. Ende Januar aber wurde klar, dass es keinen Automatismus gibt: Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) lehnte den Asylantrag eines russischen Verweigerers ab. Es hatte Zweifel gegeben, dass er zwangsweise zum Militär eingezogen wurde. Nach ukrainischen Angaben haben sich bisher fast 10.000 russische Kämpfer bei der ukrainischen Hotline namens „Ich will leben“ gemeldet. Weit überwiegend werden sie aber trotzdem in der Ukraine festgehalten, um möglicherweise später Teil eines Gefangenenaustausches mit Russland zu werden.

Die deutsche Botschafterin in Kyjiw, Anka Feldhusen, schaltete sich in den Fall Sergej K. persönlich ein. Aber auch sie kam an ihre Grenzen. „Ich kann Ihren Frust verstehen“, schrieb sie kurz vor Weihnachten an Maresch: „Der Patient dürfte nach geltenden Regeln den Status eines Kriegsgefangenen haben, damit ist eine Ausreise unmöglich.“ Anfang Februar ergänzte sie: „Bisher sind die Erfahrungswerte der einschlägigen Organisationen, dass kein russischer Kriegsgefangener das Land Richtung EU verlassen hat.“ Das Auswärtige Amt ließ eine Anfrage der taz unbeantwortet.

Derweil appellieren die Unterstützer:innen von Sergej K.: „Wir wollen kein trauriges Ende dieser Geschichte, in der wir vom Sterben eines jungen Mannes erzählen müssen, dem grundlos Hilfe verweigert wurde. Eine solche Geschichte würde nur einer gern hören: der Kriegsverbrecher im Kreml und dessen perverse Helfershelfer, die die Ukraine ausradieren wollen.“

„Krieg und Frieden“: ein Tagebuch



Die russische Suche nach „Normalität“ und „Stabilität“

Aus Moskau **Xenia Babich**

Im Januar habe ich mich mit meiner langjährigen Freundin getroffen. Sie lebt jetzt in Ostsibirien. Wir hatten uns acht Jahre nicht gesehen und nur wenig Kontakt. Ich folge ihr kaum in den sozialen Medien und sie mir auch nicht. Bei unserem Treffen sprachen wir zunächst ziemlich angespannt über persönliche Dinge, aber nicht über den Krieg. Natürlich ging es dann trotzdem bald um unsere Haltung zu dem, was gerade passiert. Nachdem wir beide antimilitaristische Ansichten geäußert hatten, sagte sie mit einem Seufzer der Erleichterung: „Puh, ich dachte schon, du seist eine von denen.“ „Und ich dachte, du“, erwiderte ich. Und ich verstand, dass die Leute heute einfach Angst haben zu sagen, was sie denken und was sie am meisten beunruhigt.

Mitte Oktober 2022 haben Soziologen des unabhängigen Projekts „Chronicles“ 1.685 Menschen in Russland befragt und dabei erfahren, dass 89 Prozent der Umfrageteilnehmer keine Verbesserung ihrer materiellen Situation im nächsten halben Jahr erwarten. 52 Prozent der Befragten müssen aufgrund der Preiserhöhungen am Essen sparen, 50 Prozent sagten, dass die Wohnnebenkosten erheblich gestiegen seien. 16 Prozent gaben an, dass wichtige Medikamente nicht mehr verkauft werden, und immerhin 9 Prozent erzählten, dass Familienmitglieder arbeitslos geworden seien oder Verwandte ihren Betrieb aufgeben mussten.

Das betrifft auch mich und meine Freundin aus Sibirien und Millionen weitere Russen. Aufgrund der sich verändernden wirtschaftlichen Lage ändern wir nach und nach unser Leben – und es sind häufig keine Änderungen zum

taz panterstiftung

Besseren. Um mit dem gesellschaftlichen Stress umzugehen und sich mit der öffentlichen Meinung zu befassen, verändern die Moskauer Behörden auch die Stadt ein bisschen. Oft werden im Internet Fotos aus Moskau gepostet, auf denen man die symbolischen Buchstaben „Z“ und „V“ sieht, die die städtischen Beamten an verschiedenen Stellen der Stadt angebracht haben. Aber diese „Kriegssymbolik“ muss man in der Stadt schon ziemlich suchen, sie ist nicht mehr allgegenwärtig. Auf den Reklamebildschirmen in der Metro sieht man sie nicht, die Zeitungskioske haben „patriotische Abzeichen und Schleifen“, die noch im Sommer verkauft wurden, aus den Schaufenstern genommen. Auf den Hauptstraßen im Stadtzentrum (zum Beispiel der Twerskaja) gibt es solche Symbole überhaupt nicht: Die städtischen Beamten machen das vermutlich absichtlich, um das Interesse der Moskower an militärischen Angelegenheiten zu verringern. Als ob die Einwohner der Stadt, wenn es keine Plakate und Symbole gibt, auch gar nicht auf das aufmerksam werden, was passiert, und sich für den wirklichen Stand der Dinge auch nicht interessieren.

Es ist dieses Unbeteiligtsein an den realen Verhältnissen, das den Menschen in Moskau und anderen Städten ein imaginäres Gefühl von „Normalität“ und „Stabilität“ vermittelt.

Aus dem Russischen Gaby Coldewey. Finanziert von der taz Panter Stiftung. Das Tagebuch ist beim Verlag edition.fotoTAPETA als Sammelband erschienen und bei taz.de auf Russisch zu finden

Alltag in der Ukraine Traurige Küsse



In Butscha küsst die 81-jährige Anna Levchenko ein Foto ihres toten Enkels. Er und sieben weitere Ukrainer hatten hier am Anfang des Krieges 2022 eine Straßenblockade errichtet, um den Vormarsch des russischen Militärs auf die Hauptstadt Kyjiw zu bremsen. Foto: Thibault Camus/ap

taz blogs

taz geht auch anders

Die Blogs sind erfrischend, kurz, lang, schräg und eigensinnig. taz.de/blogs



„Nicht genesen“: Protestaktion zur Anerkennung von Corona-Langzeitfolgen vor dem Bundestag Mitte Januar
Foto: Florian Boillot

Der kurzsichtige Umgang mit den Corona-Langzeitfolgen

Laut Schätzung leidet etwa jeder zehnte einst Infizierte an Post-Covid-Symptomen. Doch Mittel dagegen gibt es nicht. Umso größer ist der Forschungsbedarf – doch die Bundesregierung scheint allenfalls halbherzig zu agieren

Von Martin Rücker

long-covid

ange Zeit kannte Anna Brock das Gesundheitssystem vor allem aus der Perspektive einer Medizinerin. Doch in der Coronapandemie, nachdem sie sich selbst mit dem Virus infiziert hatte, ändert sich das schlagartig: Plötzlich wird aus der Ärztin Brock eine Patientin, die dringend Hilfe sucht – und diese nur schwerlich findet.

Doch der Reihe nach: Anfang 2021 steckt sich Brock bei einer Visite in einem Altenheim mit Covid an, 14 Tage lang ist die Internistin aus Filderstadt bei Stuttgart schwer krank. In Woche drei fühlt sie sich erholt, in der vierten Woche sind die Beschwerden wieder da, heftiger als zuvor: Brock ist erschöpft, leidet an Muskelschwäche, hat kognitive Aussetzer. „Ich wusste nicht mehr, dass man ein Messer braucht, um ein Brot zu schmieren“, sagt die 43-Jährige heute.

Als es ihr im Sommer endlich wieder gut geht, kommen die Beschwerden nach einer Corona-Impfung zurück. Es folgt ein monatelanges Auf und – vor allem – Ab. Später ist Brock krankgeschrieben und wird es zehn Monate lang bleiben. Die sonst so sportliche Frau schafft es kaum die Treppe hoch und zeitweise nicht einmal aus dem Bett. Sie erlebt, was viele andere Long-Covid-Patienten (laut Fachzeitschrift *Nature Reviews Microbiology* folgt Long-Covid auf mindestens 10 Prozent der Covid-Infektionen) auch beschreiben: „Ich bin von Arzt zu Arzt gegangen und wurde nicht ernst genommen, nirgendwo mit spezielleren Diagnoseverfahren untersucht.“ Dennoch will sie niemandem einen Vorwurf machen: „Ich war ja auch nicht besser“, sagt Brock, „den Kollegen fehlte einfach das Wissen, die waren komplett hilflos.“

Tatsächlich gibt es für postvirale Erkrankungen weder bewährte Diagnoseverfahren noch Standardtherapien. Zudem ist unklar, was Long Covid oder ähnliche PostVac-Symptome nach einer Impfung auslöst – und vor allem: was dagegen hilft. Andererseits gibt es längst Hinweise auf Krankheitsmechanismen und beinahe etablierte Off-Label-Therapien. Doch weil klinische Studien fehlen, kaum ein Arzt das Risiko einget, stehen sie den wenigsten zur Verfügung. Nicht selten bleiben Schwerkranken hilflos zurück. So

wie Ärztin Brock zunächst. Am Ende ihrer Ärzte-Odyssee findet sie schließlich einen Ansatz. Als sie ihr Blut untersucht, entdeckt sie Autoantikörper, Antikörper also, die sich gegen eigenes Gewebe richten. Sie wagt einen experimentellen Therapieversuch: eine Immunadsorption, die die Autoantikörper aus ihrem Blut wäscht. Nach und nach geht es ihr besser, auch wenn es ein teuer erkaufte Erfolg ist: 13.000 Euro zahlt sie dafür, aus der eigenen Tasche.

Die wenigsten Betroffenen können sich das leisten. Dass die Studien zu Long Covid nur langsam vorankommen, ist aus deren Sicht ein politisches Versäumnis. In den USA hatte eine Regierungsbehörde bereits Anfang 2021 gut 1 Milliarde US-Dollar für die Long-Covid-Forschung angekündigt – Deutschland damals noch nichts.

Seither wird mehr gekleckert als geklotzt. Täglich appellieren Menschen in den sozialen Medien an Forschungsmministerin Bettina Stark-Watzinger, mehr Geld bereitzustellen. Weil die FDP-Politikerin für Grundlagen- und Therapieforchung zuständig ist, fordert die Betroffenenorganisation von ihr „eine massive Forschungsagenda“. Vor allem für biomedizinische Forschung habe der Bund bisher nur „einen sehr geringen Betrag“ bereitgestellt. 14 Millionen Euro sind es. Die ersten 4 Millionen Euro hatte das Bundesforschungs-

Die sonst so sportliche Frau schafft es kaum die Treppe hoch und zeitweise nicht einmal aus dem Bett

ministerium (BMBF) im September 2021 als Teil einer 6,5 Millionen-Euro-Förderung für Long-Covid-Projekte freigegeben. Weitere 10 Millionen Euro folgten im vorigen Jahr – doch erst auf Beschluss des Bundestages, dem einiger öffentlicher Druck voranging.

Umso größer sind nun die Hoffnungen, die auf dieser Förderung ruhen. Sie reicht für sechs klinische Studien, verantwortet an der Berliner Charité. Dazu werden Mittel erprobt, die sich für andere Krankheiten bereits bewährt haben, zum Beispiel ein Medikament gegen Durchblutungsstörungen oder

Mehr Coronafälle durch Karneval

Nach der Karnevals- und Faschingszeit mit vielen Feiern und Veranstaltungen zeigen sich nach Daten des Robert-Koch-Instituts (RKI) mehr Coronanesteckungen. Eine Zunahme der Inzidenzwerte sei „in Regionen mit stärkeren Karnevalsaktivitäten zu beobachten“, heißt es im jüngsten RKI-Wochenbericht. Demnach setzte sich zuletzt ein bundesweiter Inzidenzanstieg auf niedrigem Niveau fort: Er wurde auf plus 14 Prozent im Vergleich zur Woche zuvor beziffert. Besonders stark stiegen die Werte jedoch in Rheinland-Pfalz (36 Prozent), Nordrhein-Westfalen (35 Prozent) und dem Saarland (34 Prozent) sowie in der

Entzündungshemmer wie Cortison. Im Idealfall gibt es im Jahr 2024 Notfallzulassungen für Mittel gegen Long Covid.

Bis dahin muss die Charité herausfinden, welche Arznei für welche der teils sehr verschiedenen Untergruppen von Long Covid geeignet ist – und welche bei der postviralen Multisystemerkrankung ME/CFS. Auch ein Teil der am schwersten an Long Covid Erkrankten erhält diese Diagnose, doch ME/CFS hat schon lange vor der Pandemie zehntausende Menschen in Deutschland zu Pflegefällen gemacht – bis jetzt gibt es keine heilende Therapie und praktisch keine Forschung. Auch die Wirksamkeit der Immunadsorption soll an der Charité erprobt werden – jenes Verfahren, das Anna Brock half, wieder auf die Beine zu kommen. Sie sei grundsätzlich keine Freundin von Off-Label-Therapien, sagt die Internistin. Dennoch hält sie es für sinnvoll, zumindest einige etablierte Ansätze mit gut verträglichen und bei anderen Erkrankungen zugelassenen Medikamenten zu legitimieren, solange die Forschung nicht vorankommt. Vor allem dies müsse sich jedoch schnell ändern, meint sie: „Wir brauchen Therapiestudien an jeder Front.“

Deren Notwendigkeit hat auch die Bundesregierung offensichtlich erkannt. Was aber nicht heißen muss, dass man im Kabinett zwangsläufig an einem Strang zieht, wie ein kleiner Disput kürzlich bei Twitter zeigt: Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD)

Altersgruppe 20 bis 29 Jahre. Diese Angaben beziehen sich nur auf im Labor bestätigte Coronafälle. Viele Feiern und der Straßenkarneval mit Rosenmontagszügen fanden diesmal wieder ohne Schutzvorgaben und Einschränkungen wegen der Coronapandemie statt. Anfang Februar waren bereits Maskenpflichten in Bussen und Bahnen im Fern- und Nahverkehr in ganz Deutschland vorzeitig aufgehoben worden.

Die bundesweite Sieben-Tage-Inzidenz gab das Robert-Koch-Institut am Montag mit 97,8 gemeldeten neuen Fällen pro 100.000 Einwohnern in sieben Tagen an. (taz, dpa)

war mit dem Chef des Start-ups Berlin Cures zusammengetroffen, das den vielversprechenden Wirkstoff BCO07 entwickelt hat.

Nach erfolgreichen Heilversuchen an der Uniklinik Erlangen strebt er die Zulassung als Long-Covid-Medikament an und kämpft um das nötige Geld für klinische Studien. „Werde auf [das] BMBF noch einmal zugehen zur Finanzierung einer Studie mit BCO07“, twitterte Lauterbach nach dem Termin. Die Antwort kam ebenfalls per Tweet: Man habe längst eine Pilotstudie mit BCO07 bewilligt, die nur noch nicht begonnen habe, weil „Berlin Cures den Wirkstoff nicht liefern konnte“, schrieb Forschungsstaatssekretär Jens Brandenburg (FDP). Und fügte süffisant an: „Das kann man bei uns auch vor solchen Terminen erfahren.“

Tatsächlich enthielt das Förderpaket aus dem September 2021 auch 1,2 Millionen Euro für eine „Pilotstudie“ der Uniklinik Erlangen mit BCO07. Nur: Wie sie geplant ist, würde sie nicht ausreichen, um das Produkt anschließend auf den Markt zu bringen – größere Zulassungsstudien müssten folgen. Ging es Lauterbach also um weiteres Geld für eine richtige Zulassungsstudie in Regie des Unternehmens? Sein Sprecher lässt das auf taz-Anfrage offen. Im BMBF heißt es, es liege weder ein Förderantrag von Berlin Cures vor noch eine Anfrage aus dem Gesundheitsministerium. So wirkt das Agieren des Bundes wenig koordiniert und

eher zaghaft. Zwar fließt viel Geld in die Auswertung von Daten über akute Covidverläufe, zudem will das BMBF jetzt neue Technologien für Diagnose und Unterstützung von Long-Covid-Betroffenen mit 6 Millionen Euro und die Ursachenforschung bei ME/CFS mit 2,2 Millionen Euro fördern. Ausgerechnet die Mittel für die teuren klinischen Studien aber bleiben knapp. Dabei sind sie die Voraussetzung für Arzneimittelzulassungen.

Sepp Müller, Unionsfraktionsvize im Bundestag, lobt gegenüber der taz einige gute Ansätze, fordert aber „ein schnelleres Handeln seitens der Bundesregierung“. Gemeinsame Initiativen von Gesundheits- und Forschungsministerium, die sowohl Long Covid als auch ME/CFS in den Fokus nähmen, seien „aktuell nicht erkennbar“. Der CDU-Mann fordert ein parteiübergreifendes Vorgehen.

Bedarf besteht auch in der akuten Versorgung von Long-Covid-Patienten. Die meisten Spezialambulanzen sind überlaufen, viele arbeiten nicht interdisziplinär und nehmen Menschen nicht an, die an den Folgen einer Impfung leiden oder schon vor der Pandemie an ME/CFS erkrankten. Von der Zusage des Koalitionsvertrages, ein Netzwerk von Kompetenzzentren für ME/CFS-Betroffene zu schaffen, war Gesundheitsminister Lauterbach zuletzt abgerückt.

Auch in die Versorgung fließen öffentliche Mittel nur langsam, zäh und oft regional. So bewilligte der Gemeinsame Bundesausschuss der Uniklinik Jena im November 5,8 Millionen Euro für drei Jahre, um 700 Long-Covid-Betroffene wohnortnah zu betreuen, mit Videosprechstunden und einer mobilen Ambulanz. Dass das nicht viel ist, hat auch Lauterbach erkannt. Ende Januar machte er im Interview mit der *Rheinischen Post* überraschend eine Ansage und stellte 100 Millionen Euro in Aussicht, um „das optimale Versorgungskonzept für Menschen mit Long Covid“ zu suchen. Wann und wohin das Geld fließt, ist unklar. Auf taz-Nachfrage wollte das Ministerium keine Details nennen.

Anna Brock ist seit Oktober wieder als Ärztin tätig, zumindest in Teilzeit. Sie arbeitet in einer Privatpraxis im Rheinland – und hat sich unter anderem auf Post-Covid spezialisiert.

Für eine menschenwürdige Unterbringung

Der Bautzener Landrat Udo Witschas (CDU) steckt Geflüchtete fast nur in Sammelunterkünften. Vereine und Linken-Politiker versuchen, die Situation zu verbessern

Von **Rieke Wiemann**

Kaum ein Landkreis in Sachsen hat so große Probleme bei der Unterbringung von Geflüchteten wie Bautzen. „Unsere Kapazitäten sind nahezu erschöpft“, heißt es aus dem CDU-geführten Landratsamt. Das liegt aber nicht daran, dass der erzkonservative Landkreis in Ostsachsen mehr Geflüchtete aufnehmen würde als andere – das macht er nicht –, sondern an der Strategie des Landrats Udo Witschas.

Der CDU-Rechtsaußen, der spätestens seit seiner verwerflichen Weihnachtsbotschaft bundesweit für seine Ressentiments gegenüber Geflüchteten bekannt ist, bringt Asylsuchende überwiegend in Sammelunterkünften unter. Bei denjenigen Geflüchteten, die im Kreis Bautzen überhaupt in Wohnungen leben, handelt es sich vor allem um Menschen, die aus medizinischen Gründen nicht in Sammelunterkünften unterkommen können.

Wie eine Umfrage der taz unter allen 13 sächsischen Landkreisen und kreisfreien Städten zeigt, hat Bautzen die mit Abstand höchste Quote bei der zentralen Unterbringung Schutzsuchender. 80 Prozent der 1.635 Geflüchteten leben hier in Sammelunterkünften (Stand: 31. Januar). Zum Vergleich: Im angrenzenden Landkreis Sächsische Schweiz – Osterzgebirge

bergen gar keine Geflüchteten. Dass die Strategie des Landrats nicht funktioniert, zeigte sich Mitte Dezember: Der Bautzener Kreistag stimmte gegen die Anmietung eines leerstehenden Gebäudes in Hoyerswerda, das Witschas als Sammelunterkunft für 200 Asylbewerber:innen nutzen wollte. Neben der AfD, die die Aufnahme von Geflüchteten generell ablehnt, haben auch Teile der SPD und Linken gegen die Anmietung gestimmt – weil sie eine dezentrale, menschenwürdige Unterbringung fordern. Nach der Abstimmung teilte Witschas frustriert mit, nun auf kommunale

„Durch Massenunterkünfte entstehen Zustände, die maximal für kurze Zeit akzeptabel sind“

Silvio Lang, Linkspartei

Gebäude ausweichen zu müssen, was er eigentlich haben vermeiden wollen. „Wir haben aber derzeit nichts leerstehend vorrätig, worauf wir einfach zugreifen könnten.“ Wenige Tage später sagte er in seiner Weihnachtsbotschaft, dass er noch keine Lösung gefunden habe – er Geflüchtete aber auf keinen

nungen und die Organisation der Betreuung. Sobald weniger als drei Personen je Wohnung unterkämen, sei die dezentrale Unterbringung zudem teuer.

Der Verein „Willkommen in Bautzen“, der sich seit Jahren für Geflüchtete engagiert, kritisiert dieses Kosten-Argument. Auch vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels sollte Witschas „viel mehr dafür tun, eine freundlichere Aufnahmekultur zu schaffen und nicht nur aus der gegenwärtigen finanziellen Situation des Landkreises die Pflichtaufgabe der Unterbringung so billig wie möglich zu lösen“, teilte Geschäftsführerin Astrid Riechmann mit. „Im Heim, bei uns häufig noch weit ab vom Schuss und ohne Busverbindung, bleiben die Menschen inaktiv und warten mehr oder weniger nur auf den nächsten Bescheid.“ In Wohnungen gelinge die Integration viel besser, und der Landkreis habe aktuell ein „ausreichendes Wohnungsangebot“, sagte Riechmann.

Zusammen mit anderen Vereinen und Bündnissen hat der Verein „Willkommen in Bautzen“ den Landrat Anfang Dezember in einem offenen Brief dazu aufgefordert, mehr Geflüchtete dezentral unterzubringen. In Bezug auf die knapp 3.000 Kriegsgeflüchteten aus der Ukraine, die im Landkreis Bautzen fast alle in Wohnungen untergebracht sind, heißt es in

werda, in der die Zustände über einen längeren Zeitraum „miserabel“ gewesen seien. „Das Dach war undicht, Wasser lief von den Wänden, es schimmelte, 50 Menschen teilten sich eine Toilette“, sagte der Linken-Politiker. Inzwischen wurde das Gebäude saniert und wird als Notunterkunft genutzt.

Zusammen mit dem Kamenzener Linken-Stadtrat Alex Theile, der 2022 zur Landratswahl in Bautzen gegen Witschas angetreten ist, plant er ein Treffen mit allen Bürger- und Oberbürgermeister:innen des Kreises, um Lösungen für eine menschenwürdige Unterbringung zu finden. „Wir möchten sie fragen, wie viele Wohnungen sie für Geflüchtete zur Verfügung hätten. In Bischofswerda zum Beispiel gibt es viel Leerstand“, sagte Lang. Die Idee für das Treffen hatten die beiden Linken-Politiker im Dezember, nachdem Witschas mit anderen CDUlern einen Antrag der AfD zur Kürzung von Integrationsleistungen für Geflüchtete zustimmte.

Zu dem Treffen, das vermutlich Anfang April stattfinden soll, wollen Lang und Theile auch die Kreistagsfraktionen bis auf die AfD einladen, Vertreter:innen des Ausländeramts sowie Vereine und Initiativen, die Geflüchtete im Landkreis unterstützen. Landrat Witschas soll lange zuzufolge keine Einladung erhalten, „weil er im Dezember

oberbürgermeister-wetter



Wer wird neuer Oberbürgermeister von Frankfurt am Main? Tja, Grün wird es nicht, so viel steht fest. In drei Wochen gibt's eine Stichwahl zwischen dem CDU-Kandidaten Uwe Becker und SPD-Mann Mike Josef. Die erste Runde der Oberbürgermeisterwahl am Sonntag gewann Becker mit 34,5 Prozent, Josef kam auf 24, die Grünen-Kandidatin Manuela Rottmann auf 21,3 Prozent. Wohin diese Stimmen bei der Stichwahl wandern, darauf kommt es an. Das Wetter in Frankfurt: Spannend! Bedeckt und regnerisch.

Kanzler Scholz setzt auf Zuversicht

Auf der Klausurtagung in Meseberg berät die Ampel große Themen. Konkrete Ergebnisse gibt es nicht

Von **Sabine am Orde**

Als Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) gemeinsam mit Vizekanzler Robert Habeck (Grüne) und Finanzminister Christian Lindner (FDP) mit einer guten halben Stunde Verspätung vor die Presse tritt, bemüht er sich, Optimismus auszustrahlen. „Das war eine sehr gute Kabinettsklausur“, sagt Scholz am Montag – „informativ, instruktiv, konstruktiv“.

Zwei Tage lang hatte sich das Ampelkabinett auf Schloss Meseberg nördlich von Berlin Zeit genommen, um über große Themen zu beraten: „Wirtschaftliche Perspektiven Deutschlands und Europas in der Zeitenwende“ stand am Sonntag auf der Tagesordnung, dazu war EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) zu Gast. Am Montag waren dann Energiewende und kritische Intelligenz die Hauptthemen. Aber natürlich geht es bei solchen Klausuren immer auch um Informelles und Atmosphärisches. Und das ist bei der Ampel auch dringend notwendig. Die Stimmung im Kabinett war gereizt wie lange nicht, es hatte in den vergangenen Wochen, besonders zwischen FDP und Grünen, viel Streit gegeben – vom Autobahnausbau über ein Verbot neuer Öl- und Gasheizungen und das Verbrenner-Aus bis hin zum anstehenden Haushalt für das kommende Jahr.

Nach der Klausur gaben sich Habeck und Lindner, an Redepulten links und rechts vom Kanzler positioniert, versöhnlich. Die Abgeschiedenheit der Klausur in Meseberg habe allen vor Augen geführt, wie sehr man aufeinander angewiesen und wie sehr man dem Land verpflichtet sei, betonte Wirtschaftsminister Habeck. Und Lindner sprach von informellen Gesprächen, in denen Dinge geklärt und Perspektiven erweitert worden seien: „Das hilft.“ Auch der Kanzler selbst betonte die Annäherung in Streitfragen. „Ich kann Ihnen berichten, dass wir auch Fortschritte gemacht haben bei vielen Fragen, die wir im Alltagsgeschäft verhandeln“, so Scholz. Die Ampelkoalition wolle nun „in ganz kurzer Zeit“ verschiedenste Vorhaben zum Abschluss bringen. „Das, was hier stattgefunden hat, ist ein sehr fühlbares Unterhaken und auch die gemeinsame Überzeugung, dass das gelingen wird.“ Von konkreten Einigungen aber berichtete keiner der drei, wahrscheinlich hat es keine gegeben.

Scholz aber betonte noch einmal, was die Koalition im ersten Jahr alles bewirkt habe – von Waffenlieferungen an die Ukraine bis zur Ablösung von russischem Gas. Daraus sei „ein Schwung entstanden für unser Land“, der jetzt mitgenommen werden solle für die Transformation zur Klimaneutralität; die Aufgabe sei groß. „Wir müssen bis 2030 vier bis fünf neue Windräder aufstellen pro Tag und pro Tag ungerechnet mehr als 40 Fußballfelder voller Solaranlagen“, so der Kanzler. Man brauche mehr Tempo – und auch mehr Zuversicht.

„Wir stehen vor großen Herausforderungen, was die Transformation angeht“, sagte auch Habeck. Er wies aber auch darauf hin, dass es vor 20 Jahren noch kaum Ökostrom in Deutschland gegeben habe und seither viel erreicht worden sei. Er sei zuversichtlich, „dass wir aus der Klausur herausgehen und alle Fragen lösen werden.“ Viel Zeit bleibt dafür nicht. Der nächste Koalitionsausschuss tagt in drei Wochen.

meinung + diskussion 18



Auch im früheren „Spreehotel“ in Bautzen sind Geflüchtete untergebracht. Kurz vor der Eröffnung der Unterkunft im Dezember 2022 hatte es einen Brandanschlag gegeben
Foto: Sebastian Kahnert/
picture alliance

sind 30 Prozent der Asylbewerber:innen in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht, im Kreis Zwickau 36 Prozent, im Vogtlandkreis 13 Prozent, in Dresden und Chemnitz je 21 Prozent.

Witschas Strategie hat zur Folge, dass sich die Unterbringung von Geflüchteten auf nur wenige Orte im Landkreis konzentriert. Die acht Sammelunterkünfte, in denen bis zu 400 Menschen zusammenleben, verteilen sich auf die Städte Bautzen, Kamenz und Hoyerswerda. Hier und in fünf weiteren Orten sind zudem 340 Asylsuchende in Wohnungen untergebracht. 49 von 57 Kommunen im Landkreis Bautzen beherr-

schaffen gar keine Geflüchteten. Dass die Strategie des Landrats nicht funktioniert, zeigte sich Mitte Dezember: Der Bautzener Kreistag stimmte gegen die Anmietung eines leerstehenden Gebäudes in Hoyerswerda, das Witschas als Sammelunterkunft für 200 Asylbewerber:innen nutzen wollte. Neben der AfD, die die Aufnahme von Geflüchteten generell ablehnt, haben auch Teile der SPD und Linken gegen die Anmietung gestimmt – weil sie eine dezentrale, menschenwürdige Unterbringung fordern. Nach der Abstimmung teilte Witschas frustriert mit, nun auf kommunale

„Durch Massenunterkünfte entstehen Zustände, die maximal für kurze Zeit akzeptabel sind“

Silvio Lang, Linkspartei

Gebäude ausweichen zu müssen, was er eigentlich haben vermeiden wollen. „Wir haben aber derzeit nichts leerstehend vorrätig, worauf wir einfach zugreifen könnten.“ Wenige Tage später sagte er in seiner Weihnachtsbotschaft, dass er noch keine Lösung gefunden habe – er Geflüchtete aber auf keinen

nungen und die Organisation der Betreuung. Sobald weniger als drei Personen je Wohnung unterkämen, sei die dezentrale Unterbringung zudem teuer. Der Verein „Willkommen in Bautzen“, der sich seit Jahren für Geflüchtete engagiert, kritisiert dieses Kosten-Argument. Auch vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels sollte Witschas „viel mehr dafür tun, eine freundlichere Aufnahmekultur zu schaffen und nicht nur aus der gegenwärtigen finanziellen Situation des Landkreises die Pflichtaufgabe der Unterbringung so billig wie möglich zu lösen“, teilte Geschäftsführerin Astrid Riechmann mit. „Im Heim, bei uns häufig noch weit ab vom Schuss und ohne Busverbindung, bleiben die Menschen inaktiv und warten mehr oder weniger nur auf den nächsten Bescheid.“ In Wohnungen gelinge die Integration viel besser, und der Landkreis habe aktuell ein „ausreichendes Wohnungsangebot“, sagte Riechmann.

Zusammen mit anderen Vereinen und Bündnissen hat der Verein „Willkommen in Bautzen“ den Landrat Anfang Dezember in einem offenen Brief dazu aufgefordert, mehr Geflüchtete dezentral unterzubringen. In Bezug auf die knapp 3.000 Kriegsgeflüchteten aus der Ukraine, die im Landkreis Bautzen fast alle in Wohnungen untergebracht sind, heißt es in

selbst gesagt hat, keine Ideen für die Unterbringung zu haben.“ Vorher noch, am 7. März, trifft sich das Landratsamt mit den Initiativen der Geflüchtetenhilfe, um mit ihnen über die dezentrale Unterbringung und ihren offenen Brief zu sprechen. Neben der Ausländerbeauftragten Anna Piętak-Malinowska, die zu dem Gespräch eingeladen hat, nimmt auch Jörg Szewczyk daran teil. Er ist der erste Beigeordnete des Landkreises und damit zuständig für das Ausländeramt Bautzens.

Es gibt also noch Hoffnung, dass sich die Situation für Geflüchteten im Kreis Bautzen künftig bessert.

Klimaschäden in Deutschland: 900 Milliarden Euro

Vorbeugende Politik und Anpassung an hohe Temperaturen können Kosten laut Studie dämpfen

Von **Hannes Koch**

Viele Leute denken, Klimapolitik sei teuer. Tatsächlich kosten Windräder, E-Autos, Ladesäulen und neue Heizungen Milliarden. Andererseits helfen sie aber auch, viel Geld zu sparen. Denn sie tragen dazu bei, zumindest einige Folgen des Klimawandels zu vermeiden. Steigen die Temperaturen in Deutschland bis 2050 stark, verursacht der Klimawandel laut einer neuen Studie gesamtgesellschaftliche Schäden von bis zu 900 Milliarden Euro. Das haben das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung, die Gesellschaft für Wirtschaftliche Struktur- und die Beratungsfirma Prognos im Auftrag der Bundesministerien für Umwelt und Wirtschaft errechnet. Die danach 30 Milliarden Euro pro Jahr fallen für die Beseitigung der Schäden an und reduzieren den Wohlstand, heißt es in der Untersuchung.

Diese gigantische Summe markiert das teuerste der drei Szenarien, in dem von nun an keine konsequente Klimapolitik stattfinden würde. Hitzeperioden, Dürren und katastrophale Überschwemmungen nähmen dann deutlich zu. Die Folgen wären zum Beispiel große Schäden an Gebäuden wie etwa durch die Flut an der Ahr 2021, Produktionsausfälle in der Landwirtschaft und eine höhere Übersterblichkeit. In einem mittleren Szenario entstehen Schäden von gut 500 Milliarden Euro. Wird dagegen der Kohlendioxidausstoß schnell verringert, halten sich die Folgekosten den Berechnungen zufolge mit nur knapp 300 Milliarden Euro bis 2050 einigermaßen in Grenzen. Die Untersuchung zeige, „dass wir ambitionierten Klimaschutz ernst nehmen müssen“, sagte Stefan Wenzel (Grüne), Parlamentarischer Staatssekretär im Wirtschaftsministerium. Sonst bestehe die Gefahr, „künftigen Generationen hohe Schadenskosten aufzubürden“.

In der positivsten der drei Varianten lassen sich die Klimaschäden ausgleichen. Dafür müssten verstärkt Wälder und Moore geschützt werden, die Kohlendioxid speichern. Die Landwirtschaft sollte rechtzeitig neue Pflanzensorten einführen, die mit Hitze und Trockenheit besser zurechtkommen. In Städten helfen begrünte Quartiere, die gesundheitlichen Folgen des Klimawandels für die Bevölkerung einzudämmen.

Die vorbeugenden Investitionen, um den Klimawandel in Grenzen zu halten, hat die Studie nicht betrachtet – und damit auch nicht die Frage, wie sie sich auf Staat, Unternehmen und Privathaushalte aufteilen. Wohlhabende können sich E-Autos, Ökostrom und neue Heizungen besser leisten als Niedrigverdiener. Klimapolitik tangiert also auch Verteilungsfragen.

Zahl des Tages

58,6 Mrd.

Trotz Klima, Krieg und Krisen – **die Deutschen haben wieder Fernweh**. Sie gaben 2022 doppelt so viel für Reisen aus wie im Pandemievorjahr: **58,6 Milliarden Euro**, laut Deutsche Reiseverband. Das seien immer noch 16 Prozent weniger als vor Corona. Aber die Reiseindustrie ist anlässlich der an diesem Dienstag in Berlin startenden Internationalen Touristikmesse (ITB) optimistisch. Deutschlands zweitgrößter Reiseveranstalter, DER Touristik, etwa erwartet, bereits 2023 würden die Deutschen so viel Geld für Urlaub ausgeben wie vor der Pandemie. Ihr Sicherheitsbedürfnis in diesen unsicheren Zeiten befriedigten sie mit der Pauschalreise, die eine „Renaissance“ erlebe.

Fridays sehen Erfolg

An den großen Demonstrationen für Klimaschutz von Fridays for Future nehmen immer weniger Menschen teil. Die Bewegung will trotzdem daran festhalten

Von **Susanne Schwarz**

Trotz sinkender Aktivist:innenzahlen hält Fridays for Future einen Strategiewechsel nicht für nötig. „Die Zahlen sind weiterhin beachtlich“, sagte Darya Sootoeh, bundesweite Sprecherin der Bewegung, zur taz. Über ganz Deutschland verteilt hatten am vergangenen Freitag nach Angaben von Fridays for Future gut 220.000 Menschen beim zwölften globalen Klimastreik demonstriert. Nach dem elften Klimastreik im vergangenen September hatte die Bewegung noch von deutschlandweit 280.000 Teilnehmenden gesprochen. Im September 2019, auf dem Höhepunkt der Klimastreikbewegung, zählten die Fridays noch 1,4 Millionen.

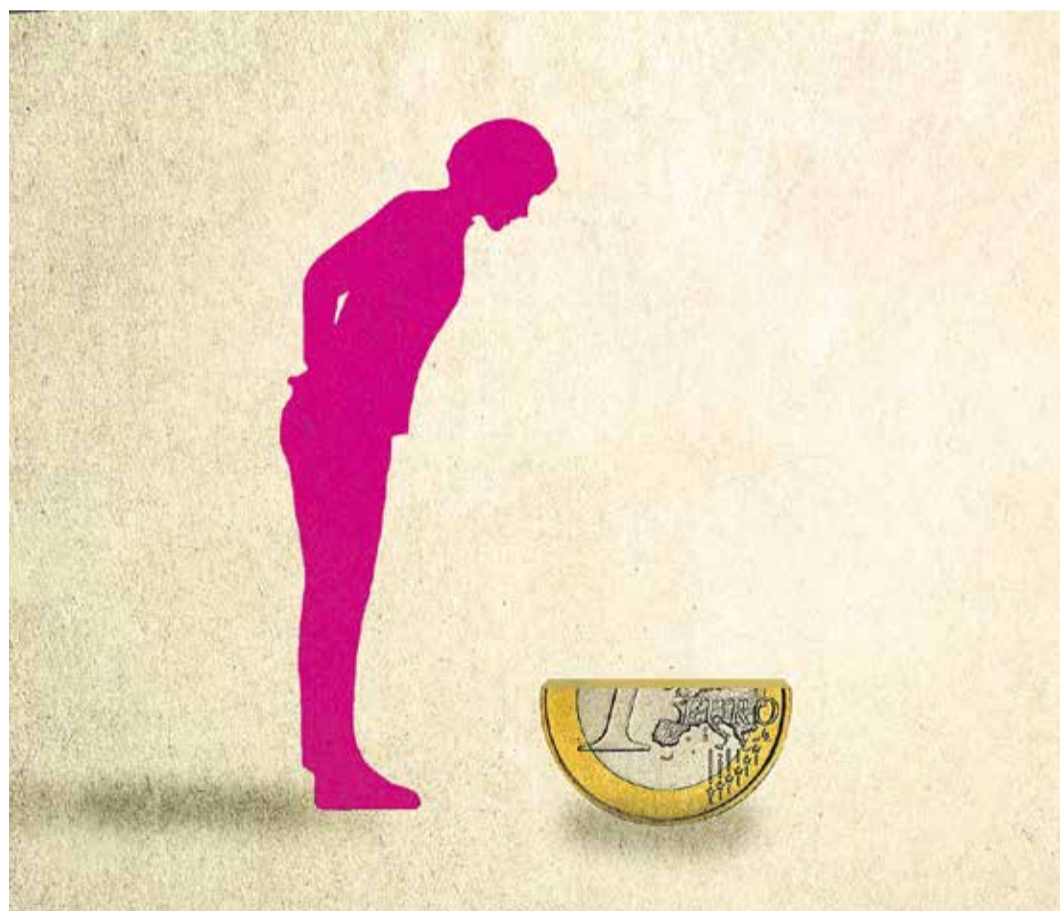
Die Menschheit hat die Erde bereits um 1,2 Grad aufgeheizt,

vor allem durch die Nutzung von Kohle, Öl und Gas zur Energieerzeugung und die damit verbundenen Treibhausgasemissionen. In Deutschland stagnierten diese laut dem Thinktank Agora Energiewende im vergangenen Jahr, statt zu sinken, global sind sie laut Internationaler Energieagentur sogar noch leicht gestiegen.

Das Problem wird also größer, während die Klimastreiks schrumpfen. Schon lange muss sich Fridays for Future deshalb von einigen Mitstreiter:innen anhören, es sei Zeit, auf andere Aktionen zu setzen. Zu diesen Stimmen gehört Tadzio Müller, seit vielen Jahren Teil der Klimabewegung und Mitgründer der Gruppe Ende Gelände. „Ich war am Freitag mit meinem Ehemann auf dem Klimastreik und hatte viel Spaß. Ich

sage auch nicht, dass die Demos nichts bringen“, sagt er der taz. „Ich glaube aber, dass die vielen personellen, kreativen und finanziellen Ressourcen von Fridays for Future woanders effizienter eingesetzt wären, nämlich bei konkreten politischen Projekten.“ Als aktuelles Beispiel sieht er den Protest gegen die Verlängerung der Bundesautobahn 100 in Berlin.

Carla Hinrichs, Sprecherin der Gruppe Letzte Generation, äußerte sich in der vergangenen Woche im Gespräch mit der taz positiv über die Fridays-Streiks. „Der Protest von Fridays for Future zeigt immer wieder, dass es Mehrheiten für Klimaschutz gibt“, sagte sie. Sie selbst wollte die Demo am Freitag nur wegen einer Verletzung nicht besuchen, normalerweise sei sie immer dabei.



Frauen haben weniger Geld, das sie investieren können
Foto: West-end61/imagio

bei Männern sind es 49 Prozent. Letztere behaupten auch, sich gut in Geldfragen auszukennen: Drei Viertel der Männer sehen das so, aber nur knapp die Hälfte der Frauen. Vor allem beim Börsenwissen hapert es: 71 Prozent der Frauen und 52 Prozent der Männer erklärten, keine Ahnung davon zu haben, was an der Börse geschieht.

Die Umfrage offenbart auch, dass viele Geldanlagen und Bankgeschäfte zu kompliziert finden. Das sagt nichts darüber aus, ob Geldanlagen und Bankgeschäfte wirklich schwierig und eher undurchsichtig sind. Das Gefühl könnte aber ein Grund sein, warum viele solche Themen nur ungern oder gar nicht angehen. Vor allem in der Schule und von den Banken wünschen sich alle Befragten mehr Informationen.

Am wichtigsten bei der Geldanlage ist allen Befragten Sicherheit – mit weitem Abstand vor Gewinn und Verfügbarkeit. Im Vergleich zur Umfrage 2019 sind allerdings alle etwas mutiger geworden. Für künftige Geldanlagen können sich 43 Prozent der Männer vorstellen, ein höheres Risiko einzugehen. Frauen sind deutlich zurückhaltender: Bei Ihnen sind es nur 20 Prozent.

Möglicherweise deshalb setzten sie 2023 wie auch schon 2019 am liebsten auf ein Sparbuch (36 Prozent) oder auf Tagesgeld (34 Prozent). Beide Anlageformen brachten in den vergangenen Jahren wegen der Niedrigzinsphase praktisch keine Erträge, hatten aber auch kein Verlustrisiko, anders als Aktien oder Aktienfonds. Und hier zeigt die Umfrage eine deutliche Änderung: „Frauen investieren wesentlich mehr in Aktien als noch 2019. Das ist eine erfreuliche Entwicklung“, sagt Peucker. „Heute besitzen 30 Prozent der Frauen Aktien, Fonds oder andere Wertpapiere – 2019 waren es nur 18 Prozent.“ Bei Männern sind es allerdings 47 Prozent. Wobei auch sie auf Tagesgeld (39 Prozent) und Sparbücher (32 Prozent) setzen.

„Bei Frauen wie bei Männern haben Wertpapiere und Tagesgeld gegenüber 2019 am stärksten zugelegt, wobei fehlende Kenntnisse viele Frauen noch immer vom Wertpapierkauf abhalten“, fasst Bankenverbands-Vizechefin Peucker zusammen. „Wir stellen fest, dass die Distanz zwischen Frauen und Wirtschaft weiterhin groß ist. Nur wer die Vorteile eines Vermögensaufbaus an der Börse versteht, kann jedoch sinnvoll und langfristig vorsorgen.“

Mehr Angst vor Altersarmut

Wie viel Geld haben Frauen zur Verfügung und wie legen sie es an? Laut Bankenverband investieren sie mehr in Aktien als noch 2019

Von **Björn Hartmann**

Für die Altersvorsorge ist sie wichtig, aber wenige wollen oder können sich mit Geldanlage beschäftigen. Vor allem Frauen fühlen sich schlecht informiert, haben deutlich weniger Geld zur Verfügung als Männer und sorgen sich um ihr Auskommen im Alter, wie eine repräsentative Umfrage des Bundesverbands deutscher Banken ergibt. Immerhin: Wenn sie investieren, stecken sie mehr Geld in Aktien, die langfristig mehr Ertrag versprechen als andere Anlagen.

„Ohne finanzielle Unabhängigkeit gibt es keine Freiheit. Denn ohne eigenes Geld fehlt der Spielraum, Entscheidungen selbstbestimmt zu treffen“, sagt Henriette Peucker, Stellvertreterin des Hauptgeschäftsführers beim Bankenverband. „Vor diesem Hintergrund sind die Ergebnisse unserer Studie besonders ernüchternd: Frauen beurteilen ihre wirtschaftli-

che Situation nicht nur weniger gut, sondern haben monatlich im Durchschnitt tatsächlich auch rund 400 Euro weniger zur freien Verfügung als Männer.“ Die Marktforscher von Infas Pro aus Nürnberg befragten für die Studie Anfang Februar bundesweit mehr als 1.300 Personen.

Rund 1.000 Euro können Frauen im Schnitt frei ausgeben. Wobei der Wert durch besonders hohe Einkommen verzerrt ist: 72 Prozent der Befragten gaben an, über weniger als 1.000 Euro verfügen zu können. Und das hat Folgen für die Altersvorsorge: Frauen können weniger zurücklegen. Etwas mehr als ein Viertel der Frauen spart nur bis zu 100 Euro monatlich, bei den Männern ist es ein Fünftel. Mehr als 200 Euro legen 28 Prozent der Frauen zurück, bei den Männern sind es 38 Prozent.

Wer weniger sparen kann, hat später weniger zur Verfügung: Die Hälfte der Frauen erwartet laut der Studie, dass es ih-

nen im Alter nicht so gut gehen wird, bei Männern ist es mehr als ein Drittel. Aber auch diejenigen, die sich finanziell gut oder sehr gut aufgestellt sehen, müssen zum Teil ihren Lebensstil ändern. „71 Prozent der Frauen denken, dass sie sich zur Rente hin deutlich einschränken wer-

Wenn Frauen investieren, dann eher in Aktien, die langfristig mehr Ertrag versprechen

den müssen, von den Männern glauben das von sich lediglich 55 Prozent“, sagt Peucker. „Diese Situation ist nicht hinnehmbar.“

Frauen halten sich beim Sparen möglicherweise auch zurück, weil sie zu wenig über Finanzthemen wissen. 25 Prozent der Frauen interessieren sich stark oder sehr stark für Finanz- und Wirtschaftsthemen,



Aline Lüllmann
taz-Geschäftsführerin

IST HEUTE DER TAG, AN DEM WIR GEMEINSAM ETWAS INS ROLLEN BRINGEN?

Die taz gehört mehr als 22.500 Leser*innen.

Mit einer Einlage ab 500 € können auch Sie taz Genoss*in werden und die Unabhängigkeit der taz sichern.

genossenschaft.taz.de

taz Verlagsgenossenschaft eG, Friedrichstraße 21, 10969 Berlin



Klarer Sieg für Estlands Regierungschefin Kallas

Die siegreiche Partei der Ministerpräsidentin muss sich aber Koalitionspartner suchen. Die unterlegene EKRE-Partei fordert unterdessen eine Untersuchung der Onlinewahl

Aus Tartu **Barbara Oertel**

„Tallinn hat ein klares Zeichen ans Ausland gesandt: Estland kann man vertrauen“, heißt es am Montag auf der estnischen Webseite *Postimees* zum Ausgang der Parlamentswahl vom Sonntag. Klare Siegerin mit 31,2 Prozent der Stimmen ist die rechtsliberale Reformpartei von Ministerpräsidentin Kaja Kallas. Sie wird voraussichtlich 37 der 101 Abgeordneten im Riigikogu stellen. Fünf weitere Parteien ziehen ins Parlament ein: 17 Sitze gehen an die rechtspopulistische EKRE, die 16,1 Prozent erreichte. Klarer Verlierer sind die Zentristen, die bis 2022 an der Regierung beteiligt waren. Sie stürzten von 23,1 auf 15,3 Prozent ab und werden nur noch 16 Abgeordnete haben.

Neben den Sozialdemokraten (9,3 Prozent) und der konservativen Partei Isamaa (Vaterland) übersprang erstmals auch die 2018 gegründete liberale Partei Eesti 200 (Estland 200) die Fünfprozenthürde. Sie erreichte 13,3 Prozent und schickte 14 Abgeordnete ins Parlament. Die Wahlbeteiligung lag mit 63,5 Prozent nur knapp unter der von 2019. Die Est*innen hatten schon seit Montag abstimmen können – auch online. Das nutzten 50,9 Prozent der Wähler*innen.

Die Wahl in dem 1,3-Millionen-Einwohnerstaat – rund 25 Prozent der Bevölkerung sind russischstämmig – stand auch ganz im Zeichen von Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine. Estlands Regierung hat sich von Beginn an klar an der Seite Kyjiws positioniert. Kallas ist eine der lautesten Stimmen, wenn es um die Verschärfung von Sanktionen gegen Moskau geht. Tallinn ist in Sachen Hilflieferungen an die Ukraine mit 1,1 Prozent des BIP Spitzenreiter und stellt Waffen und Muni-



tion zur Verfügung. Gleichzeitig wurde eine Erhöhung der Ausgaben für das eigene Militär um eine Milliarde Euro auf den Weg gebracht.

Den Krieg versuchte auch die EKRE in Stimmen für sich umzumünzen. Die euroskeptische und globalisierungskritische

Die siegreiche Kallas fordert als eine der Lautesten schärfere Sanktionen gegen Moskau

Partei warf der Regierung vor, Estlands Verteidigungsfähigkeit zu gefährden. Sie buhlte mit Stimmungsmache gegen ukrainische Geflüchtete – Estland hat rund 50.000 aufgenommen – auch um Zustim-

mung unter russischstämmigen Wählerinnen. Das Kalkül ging nicht ganz auf.

Noch am Wahlabend kündigte der EKRE-Chef und Spitzenkandidat Martin Helme an, die Ergebnisse der Onlineabstimmung vor Gericht anfechten zu wollen. Es sei Manipulation im Spiel gewesen. Seine Partei hingegen habe alles ehrlich über die Bühne gebracht, „im Gegensatz zu denjenigen, die uns unseren verdienten Sieg gestohlen haben“.

Hoffentlich führten solche Äußerungen nicht zur Erstürmung des Parlaments wie seinerzeit in den USA, bemerkt dazu die estnische Webseite *Postimees*. Doch davon abgesehen, müsse sich die neue Koalition mit denjenigen auseinandersetzen, die für EKRE gestimmt hätten. Und nicht nur mit ihnen, sondern vor allem auch mit der

russischen Minderheit.

So zeigt das Wahlergebnis einmal mehr, dass die Gesellschaft in Estland immer noch stark gespalten ist. So war beispielsweise die Wahlbeteiligung in der östlichen Region Ida-Wirumaa, wo Russischstämmige die Mehrheit stellen, die Wahlbeteiligung mit 53,1 Prozent landesweit am niedrigsten. Die meisten Stimmen gingen hier an den Vertreter der Bewegung der Putin-freundlichen Bewegung Koos (Zusammen.) Aivo Peterson, sowie den ähnlich Moskau-afinen unabhängigen Kandidaten Michail Stalnuchin. Für ein Mandat reichte es bei beiden nicht. Am Montag galt als wahrscheinliche Variante eine Koalition der Reformpartei mit Eesti 200 und den Sozialdemokraten. Letztere sitzen seit 2022 mit in der Regierung.

meinung + diskussion 18

Ministerpräsidentin Kaja Kallas (Mitte) feiert mit Anhänger*innen ihrer Partei am Sonntagabend den Wahlsieg
Foto: Sergei Grits/dpa

Seoul reicht Tokio pragmatischen Olivenzweig

Südkoreas Präsident will den historischen Zwist mit Japan beenden – auch wegen China

Von **Fabian Kretschmer**, Peking

Manche Südkoreaner sprechen von einem „historischen Durchbruch“, andere von „riesiger Schande“. Die konservative Regierung von Präsident Yoon Suk Yeol hat am Montag vorgeschlagen, eine Stiftung zur Entschädigung früherer koreanischer Zwangsarbeiter einzurichten, die im 2. Weltkrieg von japanischen Unternehmen ausgebeutet wurden. Südkoreas Außenminister sprach von einem „neuen und historischen Fenster für eine gemeinsame Zukunft jenseits von Konflikt und Hass zwischen Korea und Japan“.

Das Zugeständnis aus Seoul mag symbolisch scheinen, denn es geht nur noch um 15 Überlebende, die nun Entschädigungen von meist südkoreanischen Firmen erhalten sollen. Doch spaltet der historische Zwist mit Japan Südkorea: Von der linksliberalen Oppositionspartei hagelt es harsche Kritik. Parteichef Lee Jae Jae Myung nannte etwa Yoons Vorstoß als „größten Schandfleck in der Geschichte der Diplomatie“. Die USA begrüßen die Annäherung der Nachbarstaaten, die Yoon am 1. März durch eine Rede einleitete. Der 62-Jährige sagte, dass man Japan nicht mehr als „Aggressor“ sehe, sondern es sich zum „Partner“ entwickelt habe. Dies könnte nun eine Annäherung beider Demokratien bedeuten, die angesichts des erstarkten Chinas schon aus pragmatischen Gründen Sinn ergibt. So wurde Südkorea von Peking schon wirtschaftlich abgestraft: Als Seoul 2016 den Bau eines US-Raketenabwehrsystems genehmigte, stoppte Peking alle Gruppenreisen von China nach Südkorea. Der finanzielle Schaden betrug Milliarden. Es gäbe viele Gründe für engere Kooperation zwischen Seoul und Tokio, wäre da nicht die dunkle Vergangenheit der Japaner. Diese hatten Korea ab 1905 brutal kolonialisiert. Davon zeugen auch die euphemistisch als „Trostrfrauen“ bezeichneten Zwangsprostituierten, die von Japans Militär im 2. Weltkrieg rekrutiert wurden, wie auch der Umgang mit Zwangsarbeitern.

Zum Groll Südkoreas bekannte sich Japans Führung nicht deutlich genug zu ihrer historischen Schuld und entschädigte diese auch nicht angemessen. Tokio verweist hingegen auf einen Vertrag von 1965, der alle Ansprüche nach Zahlung von 500 Millionen Dollar abgegolten hatte. Natürlich ist die Einigung von damals noch gültig, doch ist sie hochproblematisch. Sie traf schließlich Diktator Park Chung-hee ohne demokratische Legitimation. Das Geld kam nie bei den tatsächlichen Opfern an. „Wir können keine angemessene Kooperation aufbauen, indem wir gegenüber Japan einfach nachgeben“, kommentiert Südkoreas linke Zeitung *Hankyoreh*. Doch um sich gegenüber China abzusichern „müssen wir mit Japan zusammenarbeiten.“

brief des tages



Feministische Politik?

„Feminismuscheck im Auswärtigen Amt“, taz vom 28. 2. 23

„In jeder Gesellschaft werden Männer gegenüber Frauen bevorzugt.“ (Yuval Noah Harari). Ich wünsche mir mehr Gleichberechtigung und bin der Überzeugung, dass dies auch den Männern zugutekommen würde. Auch Männer benötigen eine Emanzipation – von Rollenbildern und von Statusorientierung. Meine Kritik an der „feministischen Außenpolitik“ von Annalena Baerbock: Sie reproduziert latent die traditionelle Überheblichkeit des Westens, der die ganze Welt von oben herab betrachtet: „Im Westen gibt es Gleichberechtigung, Partizipation und Nachhaltigkeit, deshalb müssen wir den anderen Ländern ‚helfen‘, ihren ‚Entwicklungsrückstand‘ zu überwinden.“ Die „Helfer“ sind aber selbst nicht immer ganz unschuldig an der „Unterentwicklung“ der anderen gewesen. Eine „feministische Außenpolitik“ benötigt deshalb eine Kritik an hegemonialen Verhältnissen und ihrer Geschichte. Feministisch sollte zunächst die Innenpolitik sein – und Feminismus bedeutet eben nicht nur mehr Frauen an der Spitze, sondern weniger Spitzen. Es geht darum, die Gesellschaft als *Zusammenleben in der Vielfalt* anders zu denken.
 Davide Brocchi, Köln

Schwere Schlappe für die SPÖ

Im österreichischen Kärnten können die Sozialdemokraten trotzdem ihre bisherige Koalition mit der ÖVP fortsetzen. Im früheren Haider-Land ist nach dem Rechtsruck aber auch ein rechtes Dreierbündnis möglich

Aus Wien **Ralf Leonhard**

Unerwartet schwere Verluste hat die Landtagswahl im österreichischen Bundesland Kärnten für die Landeshauptmann-Partei SPÖ gebracht. Die Sozialdemokraten stürzten von stolzen 47,9 Prozent auf 38,9 Prozent ab. Das Wahlziel, über 40 Prozent zu bleiben, wurde knapp verfehlt, gleichwohl blieb die SPÖ klar stärkste Kraft. Doch auf deren Kosten legten alle anderen relevanten Parteien zu: die FPÖ (24,5 Prozent, plus 1,6 Punkte) und die rechtspopulistische Regionalpartei Team Kärnten (10,1 Prozent, plus 4,4) allerdings geringer als erhofft. Am meisten zu feiern hat die konservative ÖVP, die statt der prognostizierten Verluste fast 1,6 Prozentpunkte hinzugewann und mit 17 Prozent dritte Kraft blieb. Den Grünen reichten leichte Zugewinne nicht zum Überspringen der Fünfprozenthürde.

Der 64-jährige Peter Kaiser regiert seit zehn Jahren in dem Bundesland, das wie kein anderes politische Wechselbäder erlebt hat. In den letzten 30 Jah-

ren haben schon ÖVP, FPÖ, BZÖ und SPÖ regiert. Die Ära rechtsnationaler Regierungen endete nicht mit dem Unfalltod von Jörg Haider 2008, sondern erst fünf Jahre später, als ein Großteil seiner Epigonen wegen verschiedener Korruptionsdelikte vor Gericht landete. Sie hinterließen mit der Hypo Alpe Adria eine bankrotte Bank, einen Schuldenberg und eine polarisierte Gesellschaft.

Kaiser, der in seiner nüchternen Art ein Kontrastprogramm zu Haiders polterndem Populismus lebt, wird in den nächsten Tagen Sondierungsgespräche mit den anderen Parteien aufnehmen. Mit jeder von ihnen wäre eine Zweierkoalition möglich. Vieles spricht dafür, dass er die Koalition mit der ÖVP fortsetzt. Abseits von Unstimmigkeiten über den Verkauf des Klagenfurter Flughafens ist diese Allianz ziemlich harmonisch verlaufen. Sie entspricht laut Nachwahlbefragungen auch dem Wunsch der Wähler beider Parteien. Rechnerisch möglich wäre auch eine rechte Dreierkoalition. Doch verzichte-

ten die Spitzenkandidaten vorerst auf eine Kampfansage an die SPÖ.

Kaiser sprach von einem „sehr schmerzlichen“ Ergebnis, für das er die volle Verantwortung übernahm. Er ist ein Opfer des Trends, Regierungsparteien abzustrafen. Obwohl er persönlich hohe Zustimmungsraten genießt, luden die Wähler ihren Unmut über Teuerungen, hohe Energiepreise und zunehmende

Landeshauptmann Kaiser ist ein Opfer des Trends, Regierungsparteien abzustrafen

Unsicherheit in der Welt auf die Verantwortungsträger ab.

Nachhaltiger als erwartet dürfte sich auch die weit verbreitete Kritik an einschränkenden Coronamaßnahmen ausgewirkt haben. Davon profitierte vor allem die FPÖ, wohl auch weil der etwas blasse Spitzenkandidat Erwin Angerer im

Wahlkampf Schützenhilfe des wortgewaltigen Parteichefs Herbert Kickl erhielt.

In manchen Gemeinden korreliert der geringe Impfstatus mit dem Stimmenanteil der FPÖ. Bei der ÖVP dürfte der 39-jährige dynamisch wirkende Vize-Landeshauptmann Martin Gruber für den überraschenden Zuwachs verantwortlich sein.

Kaiser ist in der SPÖ ein Schwergewicht und ein wichtiger Fürsprecher von Parteichefin Pamela Rendi-Wagner, an deren Stuhl schon lange gesägt wird. Der gelernten Medizinerin ist es weder während der Coronakrise noch angesichts der Teuerungen gelungen, sozialdemokratische Alternativen glaubhaft zu machen. Beobachter attestieren der SPÖ einen Selbstzerstörungstrieb, mit dem sie sich selbst nach Wahlerfolgen in Personalfragen zerfleischt. Umso mehr nach Niederlagen. Es ist damit zu rechnen, dass Rendi-Wagners prominentester Widersacher, Burgenlands Landeshauptmann Hans-Peter Doskozil, in den nächsten Tagen wieder die Säge auspackt.



debatte

Orientalische Luftschlösser

Das Problem mit toxischer Männlichkeit wird gern auf Migranten abgewälzt. Dabei ist es ein gesamtgesellschaftliches, das nur mit Feminismus zu lösen ist

Nach der Silvesternacht die Empörung. Deutschland gerät mal wieder aus den Fugen, und die Verantwortlichen sind schnell ausgemacht. Die Debatten über junge Männer aus der vermeintlichen Parallelgesellschaft, die aus der Bildungsferne ins Leben blicken, sind schon immer mühselig gewesen. Auch jetzt wieder. Wenn Friedrich Merz von „kleinen Paschas“ redet, die sich in den Schulen nicht im Griff hätten, Jens Spahn von „kulturell vermittelter toxischer Männlichkeit“ spricht, dann ist eine Intervention notwendig: für eine antirassistische und feministische Neuausrichtung von Männlichkeitsperformance.

Denn die Debatten verlieren sich in der unermüdlichen Wiederholung bekannter Vorwürfe, weißer Ignoranz und bewusstem Desinteresse von Politiker*innen an Lebensrealitäten marginalisierter Menschen in Deutschland. Das Credo

Jeder dritte Mann in Deutschland hat ein geschlossenes sexistisches Weltbild

der Mehrheitsgesellschaft: Manche Männlichkeiten sind einfach nicht dazu gemacht, sich zu verändern. Nicht in der Lage, sich aus ihrer vermeintlich festgefahrenen, antifeministischen Kultur und Religion zu befreien, die ihnen ultimative toxische Männlichkeit vorlebt. Die Debatten nach den Silvesternächten in Berlin oder Köln sind mittlerweile verankerte Politik. Racial Profiling, Rufe nach Law and Order und auch die rassistischen Morde von Hanau zeigen das nur zu deutlich.

So groß das Problem ist, so einfach scheint die Lösung: Toxische Männlichkeit wird in alter deutscher Tradition auf Migrant*innen abgewälzt. Wer so denkt, hat nichts kapiert. Toxische Männlichkeit kann nicht durch Recht und Ordnung „gelöst“ werden, es braucht zunächst ein Eingeständnis: Das Patriarchat betrifft auch Männer, und durch sie viele andere Menschen in ihrem Umfeld, die Gewalt erfahren. Mich macht es müde und wütend, dass das noch immer nicht überall angekommen ist.

Wer Männlichkeit verändern will, muss das als gesamtgesellschaftliches Problem begreifen. Männlichkeitsvorstellungen ändern sich ständig – oft auch zum Guten: Immer mehr Männer sprechen öffentlich über die Auswirkungen von Männlichkeit auf ihre Gesundheit und ihr Umfeld, wie der Fußballer Timo Baumgartl nach seiner Hodenkreiserkrankung. Selbst Bundeskanzler Scholz spricht von sich als Feminist. Vielen Männern scheint auch durch #aufschrei und #MeToo zumindest ein wenig die Augen geöffnet worden zu sein.

Vieles bewegt sich aber auch in eine Richtung, die eigentlich der Vergangenheit angehören sollte. Im März 2022, kurz nach Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine, sprach Tobias Haberl in einem Spiegel-Artikel davon, dass

„Pesto nicht vor Pistolen“ schütze. In den Medien wurden plötzlich Stimmen lauter, man müsse die Wehrpflicht wieder aufleben lassen, denn die Verweigerung würde nicht nur den Männern schaden, im Zweifel auch Deutschland und Europa. Das klingt nach Björn Höckes „Männlichkeit wiederentdecken“, nur in bürgerlich. Misogyne Figuren wie der Influencer Andrew Tate und die Psychologin Jordan Peterson erhalten online viel Zuspruch. Davon profitiert die AfD, die Hort vieler „Männerrechtler“ ist. Und selbst Rapper wie Kollegah gaben „Alpha-Mentoring“-Coachings für verunsicherte Männer.

Die Ergebnisse der Leipziger Autoritarismus-Studien 2022 unterstreichen diese Entwicklung. Jeder dritte Mann in Deutschland hat ein geschlossenes, antifeministisches und sexistisches Weltbild. Kaum Aufregung darüber, im Gegenteil: Einfache Antworten für komplexe Sachverhalte zu finden, ist bequem, denn das heißt: An Männlichkeit muss sich nichts ändern, nur die Männlichkeit nicht-weißer Männer ist ein Problem. Deutschland spricht in kolonialrassistischer Kontinuität oft und gern von Menschen wie mir und dem „Orient“ – als sei er ein Familienmitglied, mit dem ich jeden Tag telefoniere, um zu beraten, wie ich heute Deutschland auf den Sack gehen könnte. Der Orientalismus ist ein Luftschloss, auf das eine weiße Mehrheitsgesellschaft gerne blickt, wenn sie erklären will, warum ich, durch Religion und Kultur gefangen, hinter deren Mauern zu stecken scheine. Männlichkeiten sind auch immer Ergebnis sozialer Bedingungen, aber das scheint wenig zu interessieren. Unsere Männlichkeiten sind lediglich Probleme, die es zu beseitigen gilt.

Als ich zu Männlichkeiten zu schreiben begann, lag für mich der unmögliche Versuch darin, mich als cis hetero türkisch-muslimischer Mann zu begreifen, der trotz und wegen Deutschland zu einer Männlichkeit gedrängt und geformt wurde, die viel Spaß daran hatte, sie zu performen, sie bisweilen zu lieben und Sicherheit darin zu finden. Damit meine ich nicht nur Fußballspielen oder zum 16. Geburtstag Shisha zu rauchen, sondern die Selbstverständlichkeit zu entwickeln, permanent Grenzen zu überschreiten.

Wir brauchen keine neue Männlichkeit, bitte nicht, aber zumindest eine, die in den Spiegel schaut und merkt: Wir stehen vor einem Problem und müssen uns als Gesellschaft verändern. Das heißt aber auch zu realisieren, dass mit Rassismus noch nie feministische Utopien gelungen sind.

Alle Männer, und besonders „migrantische“, müssen verstehen, dass intersektionaler Feminismus auch für sie ein Ausweg sein kann. Weniger Druck verspüren, ständig hart sein zu müssen, weniger gewalttätig zu sein, mehr Zärtlichkeit in sich und mit anderen finden. Gleichzeitig gehört der Kampf gegen Rassismus eben auch dazu und auch, Teil feministischer Kämpfe zu werden.

Unsere Männlichkeiten werden politisiert, das heißt, wir müssen erst recht politisch werden – für eine feministische Zeitenwende, für die Gesellschaft und uns selbst. Gegen Luftschlösser, für eine postmigrantische, feministische Zukunft, die Männlichkeit in die Pflicht nimmt. Denn wir alle haben ein Problem mit dieser Gesellschaft, verändern können wir sie aber nur gemeinsam.



Fikri Anil Altıntaş ist Autor und schreibt über Männlichkeiten und Orientalismus. Sein Debüt „Im Morgen wächst ein Birnbaum“ erscheint im April im btb Verlag.

Jasmin Kalarickal über die Klausurtagung in Meseberg

Ab hier bitte konstruktiv

Zum Abschluss der Klausurtagung in Meseberg hat sich das Trio Scholz, Habeck und Lindner vor die Kameras gestellt und erwartungsgemäß die Botschaft gesendet: Wir haben alles im Griff. Der Kanzler sprach von mehr Fortschritt wagen, mehr Tempo und mehr Zuversicht. Habeck von erneuerbaren Energien, Lindner über privates Kapital. Worte zu den laufenden Auseinandersetzungen? Fehlfrage. Die E-Fuels wurden auf Nachfrage gestreift, mit wenig Erkenntniswert.

Dabei ist die Liste der Uneinigkeiten ja lang: Haushalt, Kindergrundsicherung, Autobahnbau, Gasheizungen ... Dass in Meseberg keine Lösungen präsentiert wurden, ist wenig verwunderlich. Neben Teambuilding war wohl die wichtigste Funktion dieser Tagung die mediale Inszenierung. Und die zielte eben auf Harmonie. Der Einfluss auf den Regierungsalltag dürfte dennoch überschaubar bleiben. Wenn es gut läuft, werden sich Grüne und FDP etwas weniger aneinander abarbeiten und die SPD könnte zuweilen mal durchblicken lassen, ob sie auch eine Meinung hat.

Gleichzeitig wäre es hilfreich, sich aus der medialen Dauerempörung herauszubewegen. Nicht alles ist immer ein neuer Streit. Dass die erste Dreierkoalition auf Bundesebene in dieser Zeit um Entscheidungen ringt, wie man mit dem russischen Angriffskrieg umgeht, die Klimakrise meistert, Armut bekämpft und das Land modernisiert, dürfte eigentlich ziemlich normal sein.

Wichtig ist nur, ob die Ampel jetzt in einen konstruktiven Arbeitsmodus findet, der sich nicht in vergleichsweise unwichtigen Fragen verkämpft. In der Pflicht ist hier vor allem die angeschlagene FDP: Man müsste das Dauerthema Tempolimit nicht wochenweise aufwärmen, wenn der Verkehrsminister glaubhafte Pläne präsentieren könnte, wie sich CO₂ im Verkehr einsparen ließe. Oder: Wenn der Finanzminister kein Geld lockermachen kann für die von allen angestrebte sozial-ökologische Transformation und Finanzierungsvorschläge durch Steuererhöhungen ablehnt, dann muss er Vorschläge machen, wie es anders gelingen kann.

inland 15

Barbara Oertel über die Wahlen in Estland

Klarer Sieg mit klarem Kurs

Dass sich die estnische Ministerpräsidentin Kaja Kallas in den letzten zwei Jahren einen Vertrauensvorsprung erarbeitet hat, war schon vor der Parlamentswahl vom vergangenen Sonntag klar. Doch der haushohe Sieg ihrer rechtsliberalen Reformpartei dürfte die Erwartungen noch übertroffen haben. Eindeutig ist: Angesichts des brutalen Vernichtungskriegs, den Estlands direkter Nachbar Russland seit über einem Jahr in der Ukraine führt, setzen die Menschen auf politische Kontinuität.

Mit ihrem Diktum „Wir könnten die Nächsten sein“ hat sich Kallas ohne Wenn und Aber an der Seite der Ukraine positioniert. In Europa hat sie sich an die Spitze derer gesetzt, die beispielsweise in Sachen Sanktionen gegen Moskau Druck mach(t)en.

Diesen klaren Kurs haben die Wähler*innen offensichtlich goutiert und auch den Rechtspopulisten eine klare Absage erteilt. Das gilt insbesondere für die Partei EKRE. Ihr Euroskeptizismus und Antiglobalismus verfinden genauso wenig wie die plumpe Stimmungsmache gegen Migrant*in-

nen und ukrainische Geflüchtete, mit der EKRE hoffte, bei der russischstämmigen Minderheit punkten zu können. Auch die Vereinigte Linkspartei im Verbund mit der Bewegung Koos, beide nichts anderes als Wladimir Putins nützliche Idioten, blieb eine marginale Größe.

So überzeugend der Sieg der Reformpartei auch ist: Ob er Kallas zu einer weiteren Amtszeit als Regierungschefin verhelfen wird, ist nicht ausgemacht. Es könnte auch ein Déjà-vu geben: Auch 2019 war Kallas Bestplatzierte, musste aber ob politischer Querelen erst mal anderen Parteien den Vortritt lassen, um schließlich 2021 Regierungsverantwortung zu übernehmen.

Wer auch immer die künftige Koalition stellen wird: Nicht zuletzt wird es auch darum gehen, den Angehörigen der russischen Minderheit, die in besonderem Maße von der angespannten Wirtschaftslage mit einer Inflation von 18 Prozent betroffen ist, ein Angebot zu machen. Denn eins ist klar: Auch an dieser Front wird Russlands Krieg weitergehen.

ausland 17

Anna Klöpfer über Jugendliche ohne Schulabschluss

Teure Verluste

Was für eine Verschwendung von Potenzial: 47.500 junge Menschen beendeten 2022 ihre Schullaufbahn ohne Abschlusszeugnis, zeigt die jüngste Bildungserhebung im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung. Das sind 6,2 Prozent dieser Altersgruppe in Deutschland. Zwei Drittel dieser jungen Menschen arbeiten danach als ungelernete Hilfskräfte – sie machen also keine Berufsausbildung nach der Schulzeit. Viele finden auch überhaupt keinen Job, die Arbeitslosenquote bei den 20- bis 34-Jährigen ist sechsmal so hoch wie bei den Gleichaltrigen mit Abschlusszeugnis.

Dabei sind diese jungen Menschen keineswegs ungeeignet für den Arbeitsmarkt, dem es bekanntlich in vielen gesellschaftlich sehr relevanten Bereichen – Pflege, Kitas, Schulen, Handwerker – an ausgebildeten Fachkräften schwer mangelt. Denn was die Gütersloher Studie auch feststellt: Die Leistungen in den bundesweiten Vergleichsarbeiten, die alle Schüler*innen in regelmäßigen Abständen während der Schulzeit schreiben müssen, stimmen nicht überein mit den Zahlen zu

Schüler*innen ohne Abschluss. Mit anderen Worten: Es kann durchaus sein, dass die Mindeststandards im Lesen, Schreiben und Rechnen sitzen, auch ohne Hauptschulzeugnis.

Bitter, dass man die Jugendlichen trotzdem auf dem Weg zum Schulabschluss verliert – denn es liegt ja offenbar nicht an ihnen. Bitter auch, dass sich dieser Befund seit 2011, so weit schaut die Studie zurück, nicht geändert hat. Die zwei wichtigsten Risikofaktoren sind ebenfalls immer dieselben geblieben: Migrationshintergrund und Armut. Jungs sind gefährdeter als Mädchen.

Jugendliche nicht auszubilden, kostet – vor allem die Gesellschaft. Pflegekräfte, die fehlen, Handwerker*innen, die eigentlich Schulen bauen müssten. Fehlen in den Kitas Erzieher*innen, sind es in der Regel die Frauen, die länger zu Hause bei den Kindern bleiben und (zu) lange Teilzeit arbeiten, bis die Altersarmut droht. Was für eine Verschwendung also in den Schulen – tragisch für jede*n Einzelnen. Und obendrein schlecht für die Wirtschaft.

inland 15



18. November 2022: Polnische Grenzwa­che am Zaun zu Belarus
Foto: Attila Husejnow/ ZUMA Wire/ imago

Tear down this wall!

Die Grenze zwischen Polen und Belarus ist militärisches Sperrgebiet. Dort sterben Geflüchtete, die in Europa Schutz suchen. Doch ukrainische Geflüchtete werden warm aufgenommen. Wie kann das sein?

Von Caspar Shaller

Vergangenem Donnerstag verbreitete der polnische Grenzschutz eine brisante Meldung: Eine deutsche Staatsbürgerin werde des Landes verwiesen und dürfe fünf Jahre lang polnischen Boden nicht mehr betreten. Die Ausweisung einer EU-Bürgerin ist ein Novum.

Die polnischen Behörden werfen der Deutschen vor, den Streifen an der Grenze zu Belarus betreten und Pakete durch den dort errichteten Zaun ge­reicht zu haben. Das wollen sie unter allen Umständen verhindern. Humanitäre Hilfe für Geflüchtete soll ein krimineller Akt werden.

Der Fall wirft ein Schlaglicht auf die Tragödie, die sich noch immer an der Grenze zwischen Polen und Belarus abspielt, aber aus den Schlagzeilen verschwunden ist. Als der belarusische Diktator Lukaschenko im

Jahr 2021 Menschen aus dem Nahen Osten den Zugang zu einem Visum erleichterte, flogen Tausende nach Minsk, mit dem Plan, von dort aus die EU zu erreichen. Die Politik im Nachbarland Polen reagierte: Das sei ein Trick Lukaschenkos, um Europa zu zersetzen, dem man begegnen werde – mit allen Mitteln. Geflüchtete, die die polnische Grenze überqueren wollten, trafen auf Gewalt und Repression. Die Behörden zogen einen 186 Kilometer langen Zaun hoch.

Heute ist die Grenze mit allen Schikanen der Überwachungstechnik gesichert. Noch immer versuchen Tausende den Übertritt, doch immer weniger Menschen schaffen es. Zurück können sie nicht, denn die belarusischen Behörden lassen sie nicht zurück ins Land. So stranden unzählige Menschen im Niemandsland, wo sie verhungern, verdursten, erfrieren oder an den Verletzungen sterben, die ihnen polnische oder belarusische Grenzbeamte zugefügt haben.

russische Grenzbeamte zugefügt haben.

Denn laut vielen Berichten ist der polnische Grenzschutz an illegalen Pushbacks beteiligt. Polnische Behörden behaupten, die Grenzübertritte seien widerrechtlich. Doch das sind sie nicht. Laut Genfer Flüchtlingskonvention und EU-Recht ist es jedem Menschen erlaubt, Asyl zu beantragen. Es gibt Berichte, dass Menschen mit Schildern auf Grenzbeamte zugehen, auf denen auf Polnisch steht: „Ich möchte Asyl beantragen.“ Trotzdem werden sie zurück über die Grenze gebracht.

Oft verprügeln die Beamten die Geflüchteten, spritzen sie bei Minusgraden mit Wasserwerfern ab oder werfen sie mit gebrochenen Knochen in den Wald. Davor nehmen sie ihnen all ihre Habseligkeiten ab, ihre Telefone, Wasserflaschen, Essen. Laut der Hilfsorganisation Grupa Granica sind von August 2021 bis Februar 2023 mindes-

tens 37 Menschen an der Grenze gestorben, mehr als 300 werden vermisst. Sie sind fast sicher tot. Immer wieder werden Leichen im Wald gefunden.

Damit starben an der polnisch-belarusischen Grenze in weniger als zwei Jahren mehr Menschen als an der Grenze zwischen der DDR und der BRD in fast 50 Jahren. Man muss es klar sagen: Beamte, die Menschen zurück ins Meer oder in den winterlichen Wald stoßen, sind Mörder. Politiker, die Pushbacks anordnen, sind Mörder. Und eine Gesellschaft, die das zulässt, ist eine Gesellschaft von Mördern.

Diese desaströse Situation und die krassen Menschenrechtsverletzungen des polnischen Staats sind durch den Krieg in der Ukraine aus dem Blick geraten. Geflüchteten aus der Ukraine helfen Polen und Europa gerne und brüsten sich mit ihrer Großzügigkeit und Solidarität. Andere Geflüchtete

töten sie. Ukrainer:innen können für diese schreiend ungleiche Ungleichbehandlung nichts, sie verdienen Schutz und Hilfe. Doch zeigt sich die ganze Scheinheiligkeit Europas dicht beieinander. An einer Grenze präsentieren wir ein freundliches Gesicht, an der anderen eine hasserfüllte Fratze.

Woher diese Ungleichbehandlung? Der offensichtlichste Grund ist Rassismus: Ukrainer:innen sind (meistens) weiß und christlich. Über Belarus versuchen vor allem Menschen aus dem Nahen Osten nach Europa in Sicherheit zu kommen. Doch es gibt auch einen anderen Grund. Am Krieg in der Ukraine ist ganz klar Russland schuld, an der Misere des Nahen Ostens jedoch nicht zuletzt wir selbst. Es ist schwieriger, den Opfern der eigenen Untaten in die Augen zu blicken als den Opfern eines ohnehin verhassten Gegners. Viele derjenigen, die über die Grenze kommen wollen,

um in Europa Asyl zu beantragen, stammen aus Afghanistan oder dem Irak. Damit ist Polen mit den Konsequenzen seiner Taten konfrontiert. Denn Polen war ein begeisterter Partner der USA bei ihren völkerrechtswidrigen Angriffen auf den Irak und auf Afghanistan. Polen hat mitgeholfen, diese Länder zu zerstören und den ganzen Nahen Osten zu destabilisieren. Es ist nicht die einzige bittere Erfahrung: Ein Land, das 50 Jahre hinter dem Eisernen Vorhang verschwunden war, hat nun selbst einen Vorhang heruntergelassen: eine militärisch gesicherte unpassierbare Grenze, tödlicher als das Original. Viele Pol:innen verehren Ronald Reagan dafür, genau diesen Eisernen Vorhang eingerissen zu haben. In Warschau steht sogar ein Denkmal für ihn. Doch vom Geist seines berühmtesten Ausspruchs scheint wenig geblieben zu sein. Darum in seinen Worten: „Andrzej Duda, tear down this wall.“



24. März 2022: Ukrainische Flüchtlinge überqueren die Grenze zu Polen
Foto: Beata Zawrzel/ NurPhoto/ imago



Linde Dercon, Nikita Buldyrski und Leon Pfannenmüller in „Knast“
Foto: Joachim Dette

Leben weggesaugt

Die Zeit, die nicht vergehen will: Im Theaterhaus Jena erzählt das Theaterstück „Knast“ über Alltag, Zermürbung und manchmal mangelnde Einsicht in einer JVA

Von **Katrin Bettina Müller**

Eine Gruppe Schauspieler geht in den Knast, genauer in das Männergefängnis Hohenleuben in Thüringen. Sie wollen wissen, wie es da so ist, wie die Insassen leben, was sie beschäftigt, was sie hoffen lässt. Sie treffen auf die Mitglieder einer Theater-AG und reden. Im November 2022 begann der Prozess des Kennenlernens und der Arbeit an einem Stück: „Knast“. Das hatte letztes Wochenende am Theaterhaus Jena Uraufführung.

Es ist eine bemerkenswert gut gelungene Stückentwicklung, sensibel, witzig und reflektiert. Auf dem Boden der Bühne ist ein halbes Basketballfeld markiert. Zudem nutzt der Bühnenbildner Maarten van Otterdijk die Rückwand des Raums, deren Fenster einen kahlen Baum und gleich dahinter eine Ziegelmauer sehen lassen. Kein Ausblick, nirgends. Das staucht die Unrast und Bewegungswut, mit der die Darsteller (Nikita Bul-

dyrsi, Linde Dercon, Leon Pfannenmüller und Paul Wellenhof) und der Musiker Wilhelm Hinkel ihr Spiel beginnen, dribbelnd, jagend und Körbe werfend. Typischer Gefangenensport, denkt man womöglich, kennt man aus vielen Filmen. Um irgendwann im Verlauf des Stücks zu erfahren, dass es in der JVA Hohenleuben kein Basketball gibt.

„Knast“ wird erzählt wie ein Making-of. Auf der Bühne stehen nur die professionellen, jungen Schauspieler – unter ihnen der Regisseur Leon Pfannenmüller – und erzählen von den Treffen, ihren Aufregungen, den gegenseitigen Spekulationen, den gemeinsamen Überlegungen. Der Text benutzt viele O-Töne der Begegnungen, die Figuren sowohl der Häftlinge als auch der Schauspieler wurden dabei fiktionalisiert. Es ist kein voyeuristischer Blick, oft wird ausprobiert, ob, was an Spielszenen entstanden ist, einer Überprüfung durch die Betroffenen standhält.

Warum sie Theater spielen. In der Vorstellungsrunde nennen die Mitglieder der Theater-AG handfeste soziale Gründe – man sieht andere, man kann sich selbst mal beiseitestellen, man gewinnt an Selbstbewusstsein. Die Profis dagegen geraten bei der Antwort leicht ins tiefgründelnde Schwafeln. So viel Selbstironie muss sein.

Die beiden Gruppen spiegeln sich ineinander – Projektionen werden sichtbar. Das alles wird mit freundlicher Zugewandtheit erzählt, die aber auch die Unsicherheit und den Zweifel nicht ausblendet. Wem steht man da wirklich gegenüber?

In Berlin gibt es das Gefängnistheater aufbruch, das seit 25 Jahren Stücke mit Strafgefangenen inszeniert. Die Zuschauer sind immer wieder angegan von der Intensität des Spiels. Man weiß, man hat es mit Straftätern zu tun, die theatralen Stoffe bieten oft eine Auseinandersetzung mit Schuld, Strafe und Verantwortung. Die Rollen bieten den Mitspielenden die Gelegenheit, gesehen und mit einer Ausdrucksstärke wahrgenommen zu werden, die sie eben nicht auf ihre kriminelle Identität reduziert.

Darum geht es auch in „Knast“, aber mit anderen Mitteln. Einige, sehr reflektierende und teils auch spielerische virtuose Szenen handeln eben genau davon: wie der Alltag in der JVA die Identität im-

mer mehr reduziert auf die eines Häftlings. Wie die veränderte Wahrnehmung der Zeit, die nicht vergehen will, Leben wegsaugt. Wie die sozialen Kontakte nach draußen mehr und mehr verkümmern. Wie mangelhaft die Vorbereitung auf das Leben nach der Entlassung aussieht. Und es geht auch um fehlende Angebote, die eigene Schuld aufzuarbeiten, sich merit mit den Opfern, ihren Ängsten und Traumata auseinanderzusetzen. Diese Szenen beinhalten auch eine Kritik am Strafsystem, das die Wege, die aus einem kriminellen Milieu herausführen könnten, vernachlässigt.

Aber weil „Knast“ das Thema eben auch mit seinen Widersprüchen beleuchten will, steht dem gegenüber eine Szene, hastiger gespielt, in der die Inhaftierten über ihre Taten reden und das Nachdenken über die Opfer einfach weggedrückt wird. Da sagt einer zum Beispiel „Ich bin hier, weil meine Freundin mich angezeigt hat, dass ich sie gewürgt habe“, und nicht, „ich bin hier, weil ich meine Freundin gewürgt habe“. Schwere Körperverletzung ist vielfach das Vergehen, das aber kleingeredet wird durch die Erzählung der Umstände. Nach Einsicht klingt das wenig.

Die Inszenierung hat einen guten Rhythmus. Wofür man alles Anträge schreiben müsse, heißt es in einem Rap-Song, der das Monotone und Ermüdende,

die Wiederholung der Wiederholung in den Prozessen der Bürokratie hervorhebt. Beamtenbashing betreibt das Stück aber nicht; vieles wäre besser, wenn es nicht nur zwei Freizeitbeamte für 262 Gefangene gäbe ...

Mit Herbert Grönemeyers Song „Männer“, vom Musiker Wilhelm Hinkel mit hoher Stimme vorgetragen, nimmt die Inszenierung Männerbilder und männliches Selbstmitleid auf die Schippe. Im Theater, bei der Premiere, war das eine Szene, die beinahe alle zum Lachen brachte. Aber das sei, erzählen der Regisseur Leon Pfannenmüller und die Dramaturgin Hannah Baumann am Tag nach der Premiere, in einer Probeaufführung in der JVA ganz anders gewesen. Dort habe der Song die Zuschauenden wirklich angefasst und schwer gerührt.

Mit der Premiere ist die Arbeit nicht zu Ende, sagt Pfannenmüller. Nicht nur, weil den Aufführungen im Theater ab Herbst auch Termine in der JVA folgen sollen. Sondern auch, weil der Austausch weitergehen soll.

Pfannenmüller ist seit 2018 dem Theaterhaus Jena verbunden. Dort hat er letztes Jahr „Im Tod – in my time of dying“ gemeinsam mit dem indischen Schauspieler Sankar Venkateswaran inszeniert und gespielt, auch das eine offene Stückentwicklung, die bei der Erfahrung des Sterbens seiner Mutter ansetzte und über die vielen Bar-

rieren im Umgang mit Sterbenden erzählte. Dafür hatte er unter anderem viele Gespräche auf einer Palliativstation geführt.

Bei persönlichen Erfahrungen anzusetzen, um gesellschaftliche Spielräume auszuloten, macht viele Stückentwicklungen im Theaterhaus Jena aus. Für Leon Pfannenmüller und Hannah Baumann heißt das auch, die Blase des Theaters überwinden zu wollen. Damit geht das Theaterhaus Jena einen anderen Weg als viele andere Stadttheater. In Jena, einer Universitätsstadt mit einem großen studentischen Publikum, funktioniert das gut. Nicht zuletzt aufgrund eines Kulturtickets, das Studierende für zwei Euro im Semester erwerben können und dann viele Veranstaltungen, wie die im Theaterhaus Jena, mit freiem Eintritt besuchen können.

In „Knast“ steckt das Überraschende und Berührende oft im Detail. In der Schlusszene wird der Brief eines Inhaftierten vorgelesen. Er bittet die Theaterleute, für ihn in ihrem Stück einen Song von Rapper Drake zu performen, „Staying alive“, den er einmal im Fernsehen gesehen hat und nicht mehr aus dem Kopf bekommt. Aber er kann ihn nicht wieder hören, es fehlt an technischem Zugangsmöglichkeiten zur Musik, an Kopfhörern, an CDs. Leon Pfannenmüller singt den Song für ihn, die anderen tanzen dazu.

taz shop

Soli-Shirt gegen Antifeminismus

zeigt nicht nur Haltung und drückt Solidarität mit den feministischen Kämpfen aus, sondern unterstützt mit seinem Solianteil ganz konkret: Pro T-Shirt gehen 5 Euro an Frang, eine Organisation, die sich im Iran für die Rechte von lesbischen und trans Personen einsetzt. Aus 100 % Biobaumwolle. Erhältlich in den Größen S, M, L und XL, unisex.



€ 25,00

taz Shop | taz Verlags- und Vertriebs GmbH | Friedrichstraße 21
10969 Berlin | T (0 30) 25 90 21 38 | tazshop@taz.de | taz.de/shop

unterm strich

Gitarrist Gary Rossington ist gestorben. Die US-Rockband Lynyrd Skynyrd aus Jacksonville in Florida ist bekannt für Songs wie „What’s Your Name“ (1977) und vor allem „Sweet Home Alabama“ (1974). Sie zählte in den 1970er Jahren zu den wichtigsten Vertretern des Southern Rock. Ihr Name war eine Verballhornung eines ehemaligen Sportlehrers der Band, Leonard Skinner. Er habe den Bandmitgliedern die Haare abschneiden wollen. Über die Jahre veränderte sich immer wieder die Besetzung von Lynyrd Skynyrd. Bei einem Flugzeugabsturz 1977 war die halbe

Band ums Leben gekommen. Gitarrist Gary Rossington überlebte den Unfall. Nun ist er als letztes Gründungsmitglied der US-Rockband am Sonntag im Alter von 71 Jahren gestorben. Das bestätigte Lynyrd Skynyrd auf ihrer Facebook-Seite.

Leipziger Buchmesse startet neues Diskussionsformat. Autoren, Wissenschaftler, Politiker und Journalisten sollen im neuen „Forum Offene Gesellschaft“ über Demokratie, Meinungsfreiheit oder soziale Gerechtigkeit diskutieren. Die Messe findet vom 27. bis 30. April in Leipzig statt.

berichtigung

Nicht leicht, nur ein Bild für die Besprechung eines Theaterstücks zu finden. Für „Intervention“ fiel gestern die Wahl auf die Schauspielerin Gabriele Maria Schmeide. Neugierig macht auch die Szene, in der die Figuren „unheilvolle Slapstickbeziehungen“ zu Designerstühlen eingehen oder sie auf besagten Möbeln Grünkohl und Pinkel essen.

Von der Einsamkeit der Menschen

Der Regisseur Sebastian Hartmann inszeniert Schnitzlers „Traumnovelle“ im Schauspiel Frankfurt. Das scheint diesmal eine weniger lustgetriebene Geschichte, sondern vielmehr ein Text, der Traurigkeit und Endzeitstimmung aussendet

Von Shirin Sojitrwalla

Wer den Inszenierungsstil von Sebastian Hartmann beschreiben möchte, findet in Arthur Schnitzlers „Traumnovelle“ das passende Vokabular: gespensterhaft unwirklich, trunken, delirierend, traumverloren. Das Traumhafte charakterisiert Hartmanns Arbeiten. Auch diesmal stellt er Edgar Allan Poes „All that we see or seem is but a dream within a dream“ als Motto voran.

Schnitzlers Erzählung „Traumnovelle“ scheint ohnehin wie gemacht für diesen Regisseur. Die riesige Drehbühne des Frankfurter Schauspielhauses verwandelt er in einen Traumbunker, der unser Unterbewusstsein schluckt wie Müll. In der Mitte eine Kiesgrube, in die eine Traverse mit einer Art Messer daran Muster schneidet. Ein ebenso düsterer wie verlockender Zen-Garten, in dem die Figuren später baden wie in einem Sündenpfuhl.

Schnitzler erzählt in seiner Novelle vom Arzt Fridolin und seiner Gattin Albertine, deren Ehe auf Sand läuft. Erst offen-

Zuweilen nerviert die Inszenierung, dazwischen aber funkeln irrsinnig tolle Theatermomente

baren sie sich ihre geheimen Gelüste, dann erlebt er eine obskure Nacht an der Schnittstelle von Traum und Wirklichkeit. Mittlerweile ist das Ganze als Film bekannter durch Stanley Kubricks „Eyes Wide Shut“.

Hartmann nähert sich Schnitzler in konzentrischen Kreisen. Dass der Begierde die Gier eingeschrieben ist, lehren Kubrick wie Schnitzler. Wie immer erzählt Hartmann keine chronologisch geordnete Geschichte, nimmt keine klare Rollenverteilung vor, alle spielen alles, und der Gang der Handlung folgt einer Traumlogik.

Bei Schnitzler sagt Albertine einmal über ihre Träume: „In Worten lassen sich diese Dinge eigentlich kaum ausdrücken.“

Wohl wahr. In Frankfurt tragen die Männer Frack und Zylinder, die Frauen erscheinen als glitzernde Fabelwesen. Kostümbildnerin Adriana Braga Peretzi hat sie richtig Schale geworfen.

Die Schauspielerin Heidi Ecks etwa sieht aus wie ein zarter Schmetterling. Wie überhaupt Verpuppungen an diesem Abend eine zentrale Rolle spielen. Das neunköpfige Ensemble, darunter die Gäste Christian Kuchenbuch und Holger Stockhaus, mimt Traumgestalten. Fixstern ist Annie Nowak, die sich mutig in die Szenen schmeißt, in Sekundenschnelle von Horror auf Liebreiz schaltet, weite Passagen des Schnitzler-

Textes in atemlosem Schnell-sprech absputzt und dabei lustige, selbstgewisse und über-spannte Akzente setzt. Die nervige Dringlichkeit der Inszenierung mit ihren abrupten Ton- und Stimmungswechseln verkörpert sie perfekt.

Immer wieder rottet sich das Ensemble zusammen, oft wird gesungen, Musik gemacht und eingespielt, von Bowie über die Milliarden bis Bach. Nicht konsequent, sondern assoziativ. Manchmal nimmt das Ensemble vorn an der Rampe Platz, lässt die Beine in die erste Reihe baumeln und spricht leider sehr leise vor sich hin, während dahinter ein weißer mondhafter

Ballon erscheint, bei dem es sich um den Planeten Melancholia handeln könnte.

Schnitzlers Novelle scheint in Frankfurt weniger lustgetrieben als ein wirklich trauriger Text, der Endzeitstimmung verbreitet und von der Einsamkeit der Menschen kündigt und von Dekadenz. Eros prallt bei Hartmann nicht nur auf Thanatos (Gott des Todes), sondern auch auf Zeitgeschichte. Womöglich ist es kein Zufall, dass die Masken, unter denen das Ensemble Totentänze tanzt, an die erschossenen Gesichter der Soldaten im Ersten Weltkrieg erinnern. Die Grube in der Mitte könnte demnach auch ein Bom-

benkrater sein. So oder so, der Krieg scheint anwesend an diesem dunklen Abend.

Gut ankommen tut das nicht, so wenig Applaus ist selten bei einer Frankfurter Premiere, Buhs und Bravos waren auch zu hören. Die Reaktionen erweisen sich als ebenso over the top wie manches an der zuweilen ener-vierenden Inszenierung: wieder Trockennebel, wieder im Kreis rasen, noch ein Lied und noch einmal vorne an der Rampe sitzen. Dazwischen aber funkeln irrsinnig tolle Theatermomente: Einer erklärt Einsteins Teilchentheorie der spukhaften Fernwirkung wie einen Witz, Christoph Pütthoff fällt sagenhaft und im-

mer wieder aus der Rolle, Caroline Dietrich triumphiert eiskalt als Femme fatale, und ja, schon wieder, Annie Nowak tanzt hin-reißend Charleston oder was sie dafür hält. Gegen Ende stolpert, tanzt, ergibt und bäumt sich Holger Stockhaus im knallroten Anzug auf, was aussieht, als kämpfe er mit Dämonen.

Beim Zusehen birgt das lange Weile, am nächsten Morgen indes kommt es einem sofort wie geträumt in den Sinn. Hartmann inszeniert Schnitzlers Novelle in solchen Traumfetzen. Am Ende ergibt das zwar keinen großen Wurf, von der Konsistenz des Traums versteht man aber einmal mehr.



In den konzentrischen Kreisen der „Traumnovelle“ im Schauspielhaus Frankfurt Foto: Birgit Hupfeld



Karina Urbach
Blast From the Past

Die verlorene Ehre von Frau Cäsar oder Warum die Londoner Polizei in Schwierigkeiten ist

Cäsars Frau muss über jeden Verdacht erhaben sein! Mit diesen Worten soll Julius Cäsar erklärt haben, warum er die Scheidung von seiner Frau Pompeia eingereicht hatte. Sie war in einen Gesellschaftsskandal geraten, der seine Karriere und Reputation gefährdete. Der Satz kann auch heute auf Ehepartner und Kinder von Politikern angewendet werden, die sich korrupt oder amoralisch verhalten. Präsident Bidens missratener Sohn Hunter wäre hierfür ein Paradebeispiel. Er ist sowohl in dubiose Geschäfte wie auch in ungetragene Sexgeschichten verwickelt.

Eine etwas andere Auslegung des Satzes erzählt gerade die BBC-Serie „The Gold“. Sie zitiert das Cäsar-Dilemma und fragt: Wenn die Polizei nicht mehr über jeden Verdacht erhaben ist, welchen Schaden nimmt dann der Rest unserer Gesellschaft? Die Antwort ist alles andere als beruhigend.

„The Gold“ beruht auf einem wahren Kriminalfall von 1983. In der Nähe des Londoner Flughafens Heathrow erbeuteten Kriminelle Goldbarren im heutigen Wert von 100 Millionen Euro. Nicht der Überfall steht im Mittelpunkt der Serie, sondern die Frage, wie dieses Gold anschließend gewaschen wurde und wer daran verdiente. Neben Kriminellen aus der Unterschicht waren an der Geldwäsche auch Mitglieder der Oberschicht beteiligt: Banker, Makler und ein Rechtsanwalt. Zwei Welten trafen aufeinander und verstanden sich gut. Bis die Situation eskalierte.

„The Gold“ ist eine fulminant erzählte Geschichte, die nicht nur die Auswüchse der britischen Klassengesellschaft in den Blick nimmt, sondern auch zeigt, wie viele korrupte Polizisten es damals gab. Das ist in-

sofern aktuell, da die englische Polizei gerade mal wieder ein Imageproblem hat. Betroffen ist die Metropolitan Police (Met), die Londoner Polizeibehörde. Bisher spielten bei Polizeiskandalen immer Schmiergelder die Hauptrolle. Aber dieses Mal geht es noch ein paar Stufen tiefer.

Die Met wird beschuldigt, jahrelang eine große Gruppe von Polizisten gedeckt zu haben, die Sexualstraftaten begingen. Ins Rollen kam die Geschichte während des Corona-Lockdowns 2021: Der Met-Polizist Wayne Couzens gehörte einem Elite-Team an, das für den Schutz der ausländischen Botschaften in London zuständig ist und deswegen Waffen tragen darf (nur ein Teil der englischen Polizei ist bewaffnet). Man würde annehmen, dass solche Jobs an mental stabile Charaktere vergeben werden. Aber Couzens war schon 2015 als Exhibitionist aufgefallen. Seine Kollegen hatten die Hinweise gegen ihn jedoch nicht weiterverfolgt. Nachdem er dafür 2020 wieder nicht verhaftet worden war, ging er einen Schritt weiter.

Im März 2021 vergewaltigte und ermordete er die 33-jährige Sarah Eve-

rard auf ihrem Nachhauseweg. Er hatte vorgegeben, sie wegen eines Verstoßes gegen die Coronaregeln zu kontrollieren.

Kurz darauf wurde bekannt, dass ein Kollege von Couzens, der Met-Polizist David Carrick, ein Serienvergewaltiger war. Er hatte über 19 Jahre lang Frauen missbraucht und bekannte sich diesen Januar schuldig, 20 Vergewaltigungen begangen zu haben.

Sein Fall machte auch publik, dass mittlerweile 1.000 Anzeigen wegen sexueller und häuslicher Gewalt gegen 800 Met-Beamte untersucht werden müssen. Mehrere Polizistinnen sagten dabei aus, dass Sexismus an der Tagesordnung gewesen sei. Es habe in der Met eine „Kantinenkultur“ geherrscht, in der männliche Kollegen einander deckten.

Es half dem Image der Londoner Polizei sicher auch nicht, dass zeitgleich „The Gold“ anlief. Darin werden wenige Polizisten den hohen moralischen Ansprüchen Cäsars gerecht.

Der einzige Lichtblick der Serie ist ein Kriminalbeamter namens Brian Boyce (gespielt von Hugh Bonneville). Der unbestechliche Boyce existierte wirklich. Er wurde 1983 mit der Un-

tersuchung des Goldraubs beauftragt, eine undankbare Aufgabe. Boyce musste sowohl gegen korrupte Kollegen kämpfen als auch gegen Kriminelle, die den Investment-Boom der 1980er Jahre nutzten. Ein Teil der Beute floss in die Londoner Docklands, wo gerade Luxusapartments aus dem Boden schossen; ein anderer Teil verlor sich in Panama und Liechtenstein. Das erbeutete Gold tauchte nie mehr auf, aber am Ende bekam Boyce die Männer vor Gericht, die den Überfall ausgeführt hatten. Sie erhielten hohe Haftstrafen und nicht alle starben nach ihrer Entlassung eines natürlichen Todes. Verschiedene Leute hatten noch Rechnungen mit ihnen offen.

Ob die Met es noch einmal schaffen kann, das Vertrauen der Londoner zu gewinnen, ist nach den Skandalen der letzten Jahrzehnte also die entscheidende Frage. Als sie 1829 gegründet wurde, war sie die erste Polizeibehörde der Welt. Vielleicht sollte sie sich an Cäsars Frau und die eigene historische Verantwortung erinnern.

Karina Urbach ist Historikerin an der Universität London.

ARD

- 12.00 Tagesschau
- 12.15 ARD-Buffer
- 13.00 Mittagmagazin
- 14.00 Tagesschau
- 14.10 Rote Rosen
- 15.00 Tagesschau
- 15.10 Sturm der Liebe
- 16.00 Tagesschau
- 16.10 Verrückt nach Meer
- 17.00 Tagesschau
- 17.15 Brisant
- 18.00 Wer weiß denn sowas?
- 18.50 WaPo Elbe: Die geheimnisvolle Insel. D 2022
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Tage, die es nicht gab
- 21.00 In aller Freundschaft
- 21.45 Report Mainz
- 22.15 Tagesthemen
- 22.50 Die Machtmaschine – Wie Facebook und Co. Demokratien gefährden
- 23.35 Die katholische Krise und die Frauen
- 0.20 Tagesschau
- 0.30 Tage, die es nicht gab

ZDF

- 12.00 heute
- 12.10 drehscheibe
- 13.00 Mittagmagazin
- 14.00 heute – in Deutschland
- 14.15 Die Küchenschlacht
- 15.05 Bares für Rares
- 16.00 heute – in Europa
- 16.10 Die Rosenheim-Cops: Der Tod des Grafen. D 2015
- 17.00 heute
- 17.10 hallo deutschland
- 17.45 Leute heute
- 18.00 SOKO Köln: Bukowski auf der Flucht. D 2023
- 19.00 heute
- 19.25 Die Rosenheim-Cops: Ein neuer Italiener. D 2023
- 20.15 Der Schwarm
- 21.45 SOS Ozean – Hilfe für einen bedrohten Lebensraum
- 22.15 heute-journal

- 22.45 Immer auf der Hut – Wanderschäfer*innen in Deutschland
- 23.15 Markus Lanz
- 0.30 heute journal update
- 0.45 A Quiet Place. Horrorfilm, USA 2018

RTL

- 12.00 Punkt 12
- 15.00 Barbara Salesch – Das Strafgericht
- 16.00 Ulrich Wetzels – Das Strafgericht
- 17.07 Explosiv Stories
- 17.30 Unter uns
- 18.00 Explosiv – Das Magazin
- 18.30 Exklusiv – Das Star-Magazin
- 18.45 RTL Aktuell
- 19.05 Alles was zählt
- 19.40 Gute Zeiten, schlechte Zeiten
- 20.15 Auris – Die Frequenz des Todes
- 22.15 RTL Direkt
- 22.35 Extra – Das RTL Magazin
- 0.00 RTL Nachtjournal
- 0.35 Stuntmen made in Germany

SAT.1

- 12.00 Auf Streife
- 13.00 Auf Streife
- 14.00 Klinik am Südring
- 15.00 Klinik am Südring
- 16.00 Volles Haus! Sat. 1 Live
- 19.00 Mein Mann kann
- 19.55 Sat. 1 Nachrichten
- 20.15 Endlich frei! Das SAT.1-Event zum Weltfrauen-tag
- 22.05 Mein Vater, die Demenz und ich. Wie Pflege gelingen kann
- 23.00 Bull: Am Tag, als der Regen kam. USA 2019
- 23.55 Bull: Sechs Löffel Salz. USA 2019
- 0.50 Mein Vater, die Demenz

tagestipp

An der Sprache werdet ihr sie erkennen, denn „Sprache lügt nicht“. Im „Dritten Reich“ war dieser Ansatz noch ein notgedrungen heimlicher. Französische Doku.

„Die Tagebücher von Victor Klemperer“, 23.25 Uhr, Arte



Foto: ARTE France

und ich. Wie Pflege gelingen kann

Pro 7

- 13.55 Two and a Half Men
- 14.50 Young Sheldon
- 15.40 The Big Bang Theory
- 17.00 taff
- 18.00 Newstime
- 18.10 Die Simpsons
- 19.05 Galleo
- 20.15 Mission: Job unknown
- 22.20 Late Night Berlin
- 23.25 TV total
- 0.25 Mission: Job unknown

KI.KA

- 7.45 Sesamstraße
- 8.10 Nö-Nö Schnabeltier
- 8.25 Zigby, das Zebra
- 8.50 Kleine lustige Krabbler
- 9.15 Ene Mene Bu – und dran bist du
- 9.25 Löwenzähnen – Eine Schnüffelnase auf Entdeckungstour
- 9.35 Babar und die Abenteurer von Badou
- 10.15 Der wunderliche Buchladen von Dog und Puck
- 11.00 logo!

- 11.10 Geronimo Stilton
- 12.15 The Garfield Show
- 12.55 Mirette ermittelt
- 13.15 4 ½ Freunde
- 13.40 Die Pfefferkörner
- 14.10 Schloss Einstein
- 15.00 Mako – Einfach Meerjungfrau
- 15.50 Ein Fall für TKKG
- 16.35 Zoom – Der weiße Delfin
- 17.10 Lassie
- 17.55 Shaun das Schaf
- 18.15 Yakari
- 18.50 Unser Sandmännchen
- 19.00 Tom Sawyer
- 19.25 Dein Song 2023
- 19.50 logo!
- 20.00 KiKA Live
- 20.10 Theodosia

ARTE

- 8.10 Stadt Land Kunst
- 9.00 Antarktis – Die Reise der Pinguine
- 10.30 Die geheimnisvollen Krater der Arktis
- 11.25 Dünen – Europas wandernde Landschaften
- 12.10 Notruf Tel Aviv – Im Einsatz sind alle gleich
- 12.45 Stadt Land Kunst
- 14.20 Das Spiel mit dem Feuer. Abenteuerfilm, GB/USA 1957. Regie: Robert Parrish. Mit Rita Hayworth, Robert Mitchum
- 16.55 Kanada – Dem Land verbunden
- 17.50 Wales – Der Wilde Westen Großbritanniens
- 18.35 Irischer Kompass
- 19.20 Arte Journal
- 19.40 Im Islandfieber – Touristenansturm auf die Vulkaninsel
- 20.15 Als der Reichstag brannte
- 21.45 „Blut und Boden“. Nazi-Wissenschaft
- 23.25 Die Sprache lügt nicht – Die Tagebücher von Victor Klemperer

3SAT

- 18.30 nano
- 19.00 heute
- 19.20 Kulturzeit
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Wahrheit oder Lüge
- 21.45 kinokino
- 22.00 ZIB 2
- 22.25 makro
- 22.55 Mütter machen Karriere – Mit Kindern an die Spitze
- 23.40 Treffpunkt Garage – Leben am Rand der Gesellschaft
- 0.15 10vor10

BAYERN

- 18.00 Abendschau
- 18.30 BR24
- 19.00 Gesundheit!
- 19.30 Dahoam is Dahoam
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Tatort: Der frühe Abschied. D 2008
- 21.45 BR24
- 22.00 Der Bozen-Krimi
- 23.30 Herzblatt
- 0.00 Bestes Kabarett!

SWR

- 18.00 SWR Aktuell Rheinland-Pfalz
- 18.15 natürlich!
- 18.45 SWR Landesschau Rheinland-Pfalz
- 19.30 SWR Aktuell Rheinland-Pfalz
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Marktcheck
- 21.00 Was kostet ...
- 21.45 SWR Aktuell Rheinland-Pfalz
- 22.00 Hannes und der Bürgermeister
- 22.30 Freunde in der Mäulesmühle
- 23.00 So lacht der Südwesten
- 23.30 Johannes Kepler, der Himmelsstürmer

HESSEN

- 18.00 Maintower
- 18.25 Brisant
- 18.45 Die Ratgeber
- 19.15 alle wetter
- 19.30 hessenschau
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Urban Farming – Gärtnern fürs Klima
- 21.00 Rummel und Rube
- 21.45 Unser Baby – Alles wird anders
- 22.20 hessenschau
- 22.35 Legal Affairs

WDR

- 18.00 WDR aktuell / Lokalzeit
- 18.15 Servicezeit
- 18.45 Aktuelle Stunde
- 19.30 Lokalzeit
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Tatort: Frühstück für immer. D 2014
- 21.45 WDR aktuell
- 22.15 Rebecka Martinsson: Weiße Nacht (1+2), S 2017
- 23.40 Rebecka Martinsson

NDR

- 18.15 Das Mönchgut – Rügens raues Paradies: Mit dem Pommerscher Frank im Biosphärenreservat
- 18.45 DAS!
- 19.30 Ländermagazine
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 NDR Info extra
- 21.00 Visite
- 21.15 Panorama – die Reporter
- 21.45 NDR Info
- 22.00 Polizeiruf 110: Einer für alle, alle für Rostock. D 2016
- 23.30 Weltbilder

RBB

- 18.00 rbb24
- 18.15 schön + gut

- 18.45 STUDIO 3 – Live aus Babelsberg
- 19.30 rbb24 Abendschau
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Geheimnisvolle Orte
- 21.00 Die Lausitz von oben
- 21.45 rbb24
- 22.00 extra 3
- 22.45 Das große Kleinkunst-festival 2022
- 23.30 Studio Orange

MDR

- 18.10 Brisant
- 19.00 MDR Regional
- 19.30 MDR aktuell
- 19.50 Einfach genial
- 20.15 Umschau
- 21.00 Ein Dorf für Schwester Agnes
- 21.45 MDR aktuell
- 22.10 Das Rote Imperium
- 22.55 Polizeiruf 110: Die verschwundenen Lords. DDR 1974
- 23.55 Morden im Norden: Unter der Haut. D 2019

PHOENIX

- 12.00 phoenix vor ort
- 14.00 phoenix vor ort
- 15.45 phoenix plus
- 16.00 Leben im Krieg – Wie Putins Angriff die Ukraine verändert
- 16.45 Gun Nation – Amerikas tödlicher Waffenwahn
- 17.30 phoenix der tag
- 18.00 planet e.
- 18.30 Jahreszeiten in der Wildnis
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Die Dolomiten – Im Garten der Helden
- 21.00 Das Engadin – Naturwunder der Alpen
- 21.15 Lappland: Rentiere im Stress
- 22.15 phoenix runde
- 23.00 phoenix der tag

Inhalte sind nicht alles

Der „Hörscrip“-Podcast des transcript Verlags will Wissenschaft Reichweite verschaffen. Doch die eigentlich gute Idee scheitert

Von **Johann Voigt**

Da sitzt man als Verlag auf einem riesigen Berg an Wissen, aber kaum jemand bekommt es mit. Viele der veröffentlichten Ideen und Erkenntnisse versanden im Karussell der akademischen Wissensproduktion und werden darüber hinaus kaum wahrgenommen. Das ist deprimierend. Der Bielefelder transcript Verlag will dem Problem nun mit dem Podcast „Hörscrip“ entgegenwirken. Der Slogan: „Wir geben Wissenschaft Reichweite“. Seit 1997 veröffentlicht transcript geisteswissenschaftliche Publikationen – neben Büchern auch Zeitschriften.

Die Idee, Inhalte verständlich aufzubereiten, ist gut. Das publizistische Angebot von transcript ist vielfältig. Eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Zusammenleben von Mensch und dem nach Deutschland zurückkehrenden Wolf, ein Glossar zu „Fat Studies“, die sich mit dem gesellschaftlichen Umgang mit Übergewicht auseinandersetzen, oder ein Essay über die Social-Media-Präsenz des Berliner Rappers Fler in einem Sammelband über Gangster Rap können nebeneinander stattfinden. Und dass die Arbeit von transcript durchaus auch über den Wissenschaftsbetrieb hinaus wahrgenommen wird,

zeigen Rezensionen der Bücher in den Feuilletons. Oder der Essay „Der neue Midcult“ von Moritz Baßler über den Zustand der Gegenwartsliteratur, 2021 veröffentlicht in der verlagseigenen *POP-Zeitschrift*, der damals in allen wichtigen Zeitungen kontrovers diskutiert wurde. Er wird noch heute herangezogen, wenn es um eine Einordnung von Rupi Kauters viel gelesenen Instagram-Gedichten geht. Doch das sind Ausnahmen.

Der Buchtitel „Jom Arbeiterkind zur Professur – Sozialer Aufstieg in der Wissenschaft. Autobiographische Notizen und soziobiographische Analysen“ klingt weniger sexy, auch wenn das Thema relevant ist. Mit den Inhalten des Buchs beschäftigt sich die zweite von aktuell zwei Folgen des „Hörscrip“-Podcasts. Und in der Theorie ist das Konzept gut. Zwei Moderatorinnen sprechen über den Inhalt des

Buches, streuen persönliche Erfahrungen zum Studium als Arbeiterkind ein und interviewen dazu Markus Gamper, einen der Herausgeber der Anthologie. In der Praxis scheitert der Podcast aber an seiner Umsetzung. Die Soundqualität ist unterirdisch, im Hintergrund rauscht und knirscht es permanent. Und die Moderation leitet kein angeregtes Gespräch, sondern wirkt stocksteif, so als würden die Sprechenden das Gesagte von einem Blatt ablesen. Das macht das Zuhören zu einer größeren Herausforderung als die Lektüre des Buches, was schade ist.

Denn Gamper macht viel interessante Punkte zu „universitätsfernen Milieus“ und „First Generation Students“. Er spricht zum Beispiel davon, dass diese Gruppe von Menschen oft eher Studiengänge wählt, die praxisnah und möglichst kurz sind,



Wer nicht lesen will, muss hören Foto: SHOTSHOP/IMAGO

und ordnet die Information ein. Oder über das eigene Scheitern daran, einerseits im universitären Betrieb voranzukommen und andererseits seiner Mutter verständlich zu machen, was er da genau arbeitet. „Man beschämt den anderen mit dem Wissen, das man hat“, sagt er. Die Mischung aus der Vermittlung der Buchinhalte und der eigenen Biografie könnte also durchaus eine Debatte über Klassismus im Wissenschaftsbetrieb

vorantreiben, wären sie gut aufbereitet worden. Es scheint so, als hätten die Macher*innen von „Hörscrip“ ignoriert, dass zum Format Podcast mehr gehört als gute Inhalte. Das wirkt arrogant gegenüber den Zuhörenden und den Inhalten selbst. Es bleibt nur zu hoffen, dass sich die Qualität des Podcasts entwickelt. Die Themen hätten es verdient.

„Hörscrip“ überall, wo es Podcasts gibt

ARD

- 12.00 Tagesschau
- 12.15 ARD-Buffer
- 13.00 Mittagmagazin
- 14.00 Tagesschau
- 14.10 Rote Rosen
- 15.00 Tagesschau
- 15.10 Sturm der Liebe
- 16.00 Tagesschau
- 16.10 Verrückt nach Meer
- 17.00 Tagesschau
- 17.15 Brisant
- 18.00 Wer weiß denn sowas?
- 18.50 Rentnercops: Glamping. D 2022
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Sechzehneichen
- 21.45 Plusminus
- 22.15 Tagesthemen
- 22.50 Die China-Falle: wie erpressbar sind wir?
- 23.35 Meine wilde Reise zu mir selbst – Ein abenteuerlicher Ritt mit Wildpferden von Bayern bis nach Dänemark
- 0.20 Tagesschau
- 0.30 Sechzehneichen

- 23.00 sportstudio UEFA Champions League
- 0.00 Markus Lanz
- 0.45 heute journal update

RTL

- 12.00 Punkt 12
- 15.00 Barbara Salesch – Das Strafgericht
- 16.00 Ulrich Wetzels – Das Strafgericht
- 17.07 Explosiv Stories
- 17.30 Unter uns
- 18.00 Explosiv – Das Magazin
- 18.30 Exklusiv – Das Star-Magazin
- 18.45 RTL Aktuell
- 19.05 Alles was zählt
- 19.40 Gute Zeiten, schlechte Zeiten
- 20.15 Der Bachelor
- 22.15 RTL Direkt
- 22.35 stern TV
- 0.00 RTL Nachtjournal

SAT.1

- 12.00 Auf Streife
- 13.00 Auf Streife
- 14.00 Klinik am Südring
- 15.00 Klinik am Südring
- 16.00 Volles Haus! Sat. 1 Live
- 19.00 Mein Mann kann
- 19.55 Sat. 1 Nachrichten
- 20.15 The Sweet Taste
- 23.40 Promis backen privat
- 0.40 The Sweet Taste

Pro 7

- 12.20 Brooklyn Nine-Nine
- 13.45 Two and a Half Men
- 14.45 Young Sheldon
- 15.35 The Big Bang Theory
- 17.00 taff
- 18.00 Newstime
- 18.10 Die Simpsons
- 19.05 Galleo
- 20.15 TV total
- 21.25 Zervakis & Opdenhövel. Live.

tagestipp

Es singt sich leicht: „Reach out for the medal!“ – aber davor stehen Anpassungs- und Leistungsdruck, ästhetische Normen oder das Erreichen einer Gewichtsklasse.

„Hungern für Gold – Essstörungen im Spitzensport“, 22 Uhr, BR



Foto: Robert Gantner/BR

- 22.10 Unschuldig im Gefängnis? Der Fall Andreas Darsow

KI.KA

- 8.10 Nö-Nö Schnabeltier
- 8.25 Zigby, das Zebra
- 8.50 Kleine lustige Krabbler
- 9.15 Ene Mene Bu – und dran bist du
- 9.25 Löwenzähnen – Eine Schnüffelnase auf Entdeckungstour
- 9.35 Babar und die Abenteurer von Badou

- 10.15 Sir Mouse
- 11.00 logo!
- 11.10 Droners
- 12.15 The Garfield Show
- 12.55 Mirette ermittelt
- 13.15 4 ½ Freunde
- 13.40 Die Pfefferkörner
- 14.10 Schloss Einstein
- 15.00 Mako – Einfach Meerjungfrau
- 15.50 Ein Fall für TKKG
- 16.35 Zoom – Der weiße Delfin
- 17.10 Lassie
- 17.55 Shaun das Schaf
- 18.15 Yakari
- 18.50 Unser Sandmännchen

- 19.00 Tom Sawyer
- 19.25 Dein Song 2023
- 19.50 logo!
- 20.00 KiKA Live
- 20.10 Theodosia

ARTE

- 8.10 Stadt Land Kunst
- 9.50 Am Anfang war das Wir – Die Ursprünge der Zivilisation
- 10.50 Metamorphosen – Die Wildnis kehrt zurück
- 11.35 Soko Gartenschläfer
- 12.20 Im Islandfieber – Touristenansturm auf die Vulkaninsel
- 13.00 Stadt Land Kunst
- 13.45 Stadt Land Kunst
- 14.30 In Wahrheit – Unter Wasser
- 16.00 Naachtun – Verborgene Stadt der Mayas
- 17.50 Wales – Der Wilde Westen Großbritanniens
- 18.33 Irischer Kompass
- 19.20 Arte Journal
- 19.40 Sie sollte sterben – Was tun EU-Länder gegen Frauenmorde?
- 20.15 The Portrait of a Lady. Literaturverfilmung, GB/USA 1996. Regie: Jane Campion. Mit Nicole Kidman, John Malkovich
- 22.30 Jane Campion – Ein anderes Kino
- 0.15 Niemand ist bei den Kälbern. Drama, D 2021

3SAT

- 18.30 nano
- 19.00 heute
- 19.20 Kulturzeit
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Die Unbeugsamen
- 21.50 Bombshell – Das Ende des Schweigens. Drama, CDN/USA 2019. Regie: Jay Roach. Mit Charlize Theron, Nicole Kidman
- 23.35 Die Freischwimmerin

BAYERN

- 18.00 Abendschau
- 18.30 BR24
- 19.00 Heldinnen des Alltags
- 19.30 Dahoam is Dahoam
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Münchner Runde
- 21.15 Kontrovers
- 21.45 BR24
- 22.00 Hungern für Gold – Essstörungen im Spitzensport
- 22.45 Dragon Women – Topmanagerinnen in der Finanzwelt
- 0.05 kinokino

SWR

- 18.00 SWR Aktuell Rheinland-Pfalz
- 18.15 Berufung? Deutschlands wichtigste Jobs
- 18.45 SWR Landesschau Rheinland-Pfalz
- 19.30 SWR Aktuell Rheinland-Pfalz
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 betriff
- 21.00 Bauer gesucht
- 21.45 SWR Aktuell Rheinland-Pfalz
- 22.00 Tatort: Die Zärtlichkeit des Monsters. D 1993
- 23.30 Morden im Norden: Harte Prüfung. D 2022

HESSEN

- 18.00 Maintower
- 18.25 Brisant
- 18.45 Die Ratgeber
- 19.15 alle wetter
- 19.30 hessenschau
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Mex – Das Markt-magazin
- 21.00 Mittendrin – Flughafen Frankfurt
- 21.45 Auf den Spuren der Ku'damm-Raser

- 22.10 hessenschau
- 22.25 Vorstadtweiber
- 23.15 Alive and Kicking
- 23.40 Hype: Seiten auf Null. D 2022
- 0.05 Ich leih' mir eine Familie

WDR

- 18.00 WDR aktuell / Lokalzeit
- 18.15 Servicezeit
- 18.45 Aktuelle Stunde
- 19.30 Lokalzeit
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Markt
- 21.00 Ausgerechnet
- 21.45 WDR aktuell
- 22.15 Drei Frauen, ein Geheimnis
- 22.55 Dragon Women – Topmanagerinnen in der Finanzwelt
- 0.15 Aenne Burda – Die Wirtschaftswunderfrau (1–2/2)

NDR

- 18.00 Ländermagazine
- 18.15 500.000 Menschen täglich – Der Hauptbahnhof zwischen Weichen und Wandelhalle
- 18.45 DAS!
- 19.30 Ländermagazine
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Sommer der Eisbären – Überleben in Kanadas Wildnis
- 21.00 Geheimnisvolle Welten – Nachts in Dschungel und Pampa
- 21.45 NDR Info
- 22.00 extra 3
- 22.45 Reschke Fernsehen
- 23.20 Der Trauerschwindler
- 0.20 extra 3

RBB

- 18.00 rbb24
- 18.15 schön + gut
- 18.45 STUDIO 3 – Live aus Babelsberg

- 19.30 rbb24 Abendschau
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Alice
- 21.45 rbb24
- 22.00 Alice
- 23.30 Die Streitbare – Wer hat Angst vor Alice Schwarzer?

MDR

- 18.10 Brisant
- 19.00 MDR Regional
- 19.30 MDR aktuell
- 19.50 Tierisch, tierisch
- 20.15 Exakt
- 20.45 Spaß beim Sex – Frust bei der Verhütung
- 21.15 Kohlefrauen
- 21.45 MDR aktuell
- 22.10 Polizeiruf 110: Abwärts. D 2014
- 23.40 extra 3

PHOENIX

- 12.00 phoenix vor ort
- 12.45 phoenix runde
- 13.30 phoenix vor ort
- 15.30 Ukraine Krieg nachgehakt
- 15.45 Ukraine Krieg nachgehakt
- 16.00 Der Energieschock – Wie sichern wir unseren Wohlstand?
- 16.45 Heizen mit Öl und Gas: Welche Alternativen gibt es?
- 17.30 phoenix der tag
- 18.00 LNG: Zu viel, zu teuer, schlecht fürs Klima – Ist der Flüssiggas-Boom ein Irrweg?
- 18.30 Die Dolomiten – Im Garten der Helden
- 19.15 Das Engadin – Naturwunder der Alpen
- 20.00 Tagesschau
- 20.1

Cross und knackig

Die Zeit der Frühjahrsklassiker im Radsport bricht an, und beim Mehrtagesrennen Tirreno-Adriatico duellieren sich vor allem die Geländespezialisten Pidcock, van Aert und van der Poel

Aus Follonica **Tom Mustroph**

Gleich drei Crossweltmeister wollen den Tirreno-Adriatico aufmischen, der am Montag unter Sonnenschein an der Mittelmeerküste der Toskana begann. Der Crossweltmeister des letzten Jahres und frischer Sieger des Sandstraßenklassikers Strade Bianche, Tom Pidcock, fordert die beiden anderen Seriensieger im Gelände, Mathieu van der Poel und Wout van Aert, heraus. Der Dreikampf zwischen dem Niederländer van der Poel (fünf Mal Crossweltmeister und sieben große Klassikersiege), dem Belgier van Aert (drei WM-Titel im Cross und fünf Klassikersiege auf der Straße) und dem Briten Pidcock, der neben seinem WM-Titel im Cross auch Mountainbike-Olympiasieger ist sowie zwei Klassiker auf der Straße gewann, verspricht ein Höchstmaß an Spannung. Es ist zugleich ein Zeichen für die weitere Wandlung des Straßenradsports: immer komplexer, immer spannender und immer unberechenbarer.

Gewöhnlich ist die siebentägige Fahrt zwischen dem Tyrrhenischen Meer und der Adria der klassische Vorbereitungskurs der Rundfahrtspezialisten auf Tour de France und Giro d'Italia. Das ist das Rennen auch weiterhin. Giro Sieger Jai Hindley bereitet sich hier auf die Frankreich-Rundfahrt vor. Ambitionen auf einen Gesamtsieg bei der kleinen Rundfahrt in Italien hat er aber nicht. „Ich bin in der Vorbereitung noch nicht weit genug. Für mich ist im Hinblick auf die Tour die Baskenlandrundfahrt (Anfang April) relevanter“, sagt der Australier der taz. Der Bora-Profi hält daher die designierten Giro-Anführer seines Rennstalls – Alexander Vlasov und Leonard Kämna – für prädestinierter. Vlasov wie Kämna haben das Klusment beim Tirreno im Visier – und mit Hindley starke Unterstützung.

Der zweite Grand-Tour-Sieger im Feld, der dreifache Vuelta-König Primoz Roglic, nutzt das Rennen ebenfalls eher zur Orientierung. „Er war gar nicht für den Tirreno geplant. Dann zeigte sich aber, dass er in seiner Vorbereitung weiter ist als gedacht. Jetzt ist er als zusätzliche Unterstützung hier“, erklärt Teamkollege van Aert. Der Belgier lieferte sich vor zwei Jahren mit Dauerrivale van der Poel ei-



Zielsprint bergauf in Siena: Thomas Pidcock gewinnt die Strade Bianche
Foto: AP

nen elektrisierenden Kampf beim Tirreno. Vier der insgesamt sieben Etappen gewann einer der beiden. Ihre Vorstöße sprengten regelmäßig das Peloton. Van der Poel steuerte zudem eine lange Soloflucht ein.

Mit fröhlichen Gesichtern erinnern sich die beiden an diese Show vor zwei Jahren. Sie schränken allerdings ein, dass der Parcours ihnen in diesem Jahr weniger Terrain zum Brillieren zur Verfügung stellt. „Drei Etappen werden wahrscheinlich im Mas-

„Ich bin in der Vorbereitung noch nicht weit genug“

Jai Hindley, Grand-Tour-Experte

sensprint enden. Das Profil ist in diesem Jahr für uns nicht so geeignet“, schätzte van der Poel ein – und van Aert nickte. Etappensiege wollen sie dennoch holen. Wie auch Pidcock. Der zeigte am Samstag bei den Strade Bianche beeindruckende Form. Rivale van der Poel konnte bei seinem entscheidenden Antritt nicht kontern. Van Aert saß im Flugzeug. Er verzichtete auf die Strade Bianche, um sich im Höhentrainingslager mehr

frischen Sauerstoff in die Blutbahnen zu bringen. Beim Tirreno will er sich die Rennhärte für die kommenden großen Klassiker holen. Sucht der Belgier intensiv Rennhärte, konnte in der Vergangenheit meist nur van der Poel mithalten.

Mit Pidcock haben die beiden nun einen ernsthaften neuen Konkurrenten. Seine gute Frühform verdankt der Ineos-Profi einer umstrittenen Entscheidung. Er verzichtete im Februar darauf, seinen Cross-WM-Titel zu verteidigen. „Die WM ist zu nah am Klassikerauftakt“, begründete er – und fing sich Unmut im Lager der Geländefahrer ein. „Wieso fährt er überhaupt Cross im Winter, wenn er die WM auslässt?“, maulte der Titelträger von 2008, Lars Boom. Im Rückblick war das aber eine schlaue Entscheidung. Van Aert klagte, dass die Winterstratzen im Gelände seine Straßenvorbereitung beeinträchtigt hätten. „Die Umstellung fiel mir in diesem Jahr schwerer als erwartet“, sagt er.

Zu den Gesichtern des Tirreno-Adriatico dürfte er dennoch zählen. Interessant wird sein, welche Strategien die richtigen waren: Das Winterprogramm durchziehen oder dosieren? Dass sich solche Fragen stellen, beweist, wie sehr sich der Radsport verändert. Vielseitigkeit ist Trumpf.

Abgewatscht an der Anfield Road

Manchester United versucht, über ein 0:7, erlitten beim FC Liverpool, hinwegzukommen

Nach der 0:7-Rekordniederlage von Manchester United in der Premier League beim FC Liverpool haderten Trainer Erik ten Hag und seine Spieler vor allem mit ihrem Auftritt in den zweiten 45 Minuten. „Die zweite Halbzeit war unprofessionell. Wir haben nicht als Mannschaft gespielt“, zürnte der Niederländer auf der Pressekonferenz und kündigte eine intensive Aufarbeitung an. „Das darf nicht passieren und wir müssen darüber reden.“

Am Sonntagabend kassierte das zuvor in elf Spielen ungeschlagene Team in der englischen Fußball-Meisterschaft gegen Jürgen Klopps Liverpool die höchste Pleite – durch sechs Gegentreffer in der zweiten Halbzeit. Er sei verärgert und überrascht, weil sein Team nichts von der bisherigen Siegermentalität auf den Platz gebracht habe, sagte ten Hag. „Es war die ganze Mannschaft, man hat gesehen, wie elf Ein-

zelspieler den Kopf verloren haben. Das ist nicht Manchester United“, wetterte der Coach.

Innenverteidiger Luke Shaw nannte den Auftritt seines Teams „inakzeptabel“ und „peinlich“. Und weiter: „Die Leistung war eine Blamage. Auf dem Platz habe ich mich für uns Spieler geschämt, für die Fans, die uns unterstützt haben und die zu Hause zuschauen“, sagte der Nationalspieler. Er könne sich für die zweite Halbzeit nur entschuldigen. „Es war vollkommen inakzeptabel. Wir haben keine Persönlichkeit und keine Mentalität gezeigt“, gab er zu und kündigte ebenfalls eine schonungslose Aufarbeitung an.

Am Donnerstag steht für Manchester United in der Europa League das Achtelfinal-Hinspiel gegen Real Betis Sevilla an. Ten Hag: „Wir werden uns erholen. Diese Mannschaft ist stark genug, um sich neu zu formieren.“ (dpa, taz)

was alles nicht fehlt

Ein politisierter Sport: Die ukrainische Tennisspielerin Marta Kostjuk hat nach ihrem ersten Turniersieg auf der WTA-Tour mit einem verweigerten Handschlag für Aufsehen gesorgt. Nach ihrem 6:3, 7:5-Erfolg gegen die Russin Warwara Gratschewa im Finale von Austin verzichtete sie auf die obligatorische Geste am Netz. „Ich möchte diesen Titel der Ukraine und all den Menschen widmen, die momentan kämpfen und sterben“, sagte die 20-Jährige bei der Siegerehrung unter dem Beifall der Zuschauer: „Das ist natürlich ein ganz besonderer Moment.“

Beginn der heißen Phase: In der Deutschen Eishockey Liga (DEL) starten am Dienstag die Pre-Play-offs. Die Düsseldorf EG empfängt die Löwen Frankfurt, außerdem spielen die Fischtown Pinguins

Bremerhaven gegen die Nürnberg Ice Tigers um den Einzug in das Viertelfinale. Los geht es in beiden Hallen um 19.30 Uhr. Zwei Siege reichen zum Weiterkommen. Titelverteidiger Eisbären Berlin hat derweil erstmals seit 22 Jahren die Play-offs verpasst.

Eine Tagung in Indien: Die 140. Session des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) in Mumbai soll vom 15. bis 17. Oktober stattfinden. Zuvor tagt die Exekutive des IOC um Präsident Thomas Bach in der indischen Metropole (12./13. Oktober). Ursprünglich sollte in Mumbai über die Vergabe der Winterspiele 2030 abgestimmt werden. Das IOC verlegte die Entscheidung aber nach einem Report der Vergabekommission auf das Jahr 2024.

press-schlag

Kampf um Kilos

Essstörungen im Leistungssport: Ein Problem, das stärker in den Fokus der Öffentlichkeit gehört



Wer die ARD-Dokumentation „Hungern für Gold“ noch nicht gesehen hat, sollte das schleunigst nachholen. In der Sendung treten die ehemalige Turnerin Kim Bui und die Ex-Biathletin Miriam Gössner auf, die nach Heirat mit dem Alpinen Felix Neureuther den Namen des heutigen ARD-Experten trägt. Sie berichten über ihre Essstörungen während der Sportkarriere. Bui erbrach sich nach Mahlzeiten regelmäßig, litt also an Bulimie, ein Krankheitsbild, das mit der drastischen Bezeichnung Fress- und Kotzsucht wohl besser beschrieben ist. Gössner wurde von Trainern unter Druck gesetzt, beständig Gewicht zu verlieren. Sie konnte erst nach einer schweren Verletzung aus dem Teufelskreis ausbrechen.

Die Doku offenbart, was immer schon ein offenes Geheimnis war: Dass sich Sportlerinnen und Sportler, vor allem im Skispringen, aber auch im Ausdauerbereich und

fast allen Wertungssportarten (Rhythmische Sportgymnastik etc.) bisweilen in kritische Bereiche hungern, nicht selten unter einen Body-Mass-Index von 15. Dass weibliche Leistungssportlerinnen oft jahrelang keine Periode haben. Dass von außen auf die Leichtgewichte eingewirkt wird, noch mehr Kilos zu verlieren. Dass Sportärzte manchmal zu spät reagieren. Dass Heranwachsende zu wenig geschützt werden.

Gewicht machen – das kennen eigentlich alle Sportler. Die Waage fungiert täglich als Scharfrichter über Wohl und Wehe. Das schlechte Gewissen ist beständiger Begleiter. Die einen kochen ab, wie es zum Beispiel bei den Boxern, Judoka oder Ringern heißt, sie verlieren Wasser vor Kämpfen, um noch in eine für sie günstigere Gewichtsklasse zu rutschen, andere schmuggeln Gewichte in Unterhose oder Po, um ihren BMI nach oben zu drücken.

Leistungssport, machen wir uns nichts vor, ist Extremismus. Der Körper wird an Limits getrieben, ausgereizt, was geht. Der Ruderer Bahne Raabe, einst Ruderer des Deutschland-Achters und Olympiagoldmedaillengewinner von 1988 hat seinen Kaloriensteuerungsfimmel mit dem Leben bezahlt. Er starb 2001 an Magersucht. Das zeigt zweierlei: Erstens sind nicht nur Sportlerinnen betroffen (siehe auch Sven Hannawald), zweitens verlaufen Essstörungen nicht selten letal. Zehn Prozent der schwer Betroffenen sterben. Zehn Prozent. Allein diese Zahl sollte wie ein Menetekel an der Wand jeder Umkleidekabine erscheinen, wo sich die Jugendlichen bereit machen für den Drill in der Halle oder auf Tartan.

Sie werden traktiert für ein höheres Ziel, das ihnen zumeist von außen oktroyiert wird.

So langsam bricht etwas auf in der Sportszene – und zwar weltweit: Auch Formel-1-Pilot Valtteri Bottas, die französische Tennisspielerin Caroline Garcia und die Schweizer Biathletin Lena Häcki-Groß machten zuletzt öffentlich, von Essstörungen betroffen zu sein. „Ich habe mich körperlich und geistig krank trainiert“, bekannte Bottas im finnischen Fernsehen. Er habe sich damals vor allem von Brokkoli ernährt. „Es geriet außer Kontrolle und wurde zu einer Sucht.“ Was bei einem Motorsportler noch etwas kurios anmutet, wird er doch chauffiert im PS-starken Boliden, ist bei Ausdauerathletinnen ein sehr ernstes Problem, das die Essgewohnheiten auch nach der Karriere bestimmt. Die Krankheit bleibt ein düsterer Begleiter, der wie ein Schießhund über die Nahrungsaufnahme wacht. Dass Essen nicht nur zum Erhalt der Vitalfunktionen dient, sondern auch purer, wunderbarer Genuss sein kann, ein tägliches Glück, müssen die Betroffenen oft erst wieder lernen.

Der menschliche Körper ist, nun ja, nur dann frei (und gesund), wenn man seine Signale empfängt und das Streben nach Homöostase reguliert. Raubbau am eigenen Körper mag kurzfristige Erfolge möglich machen, langfristig bleiben die Schädigungen durch die Anorexia athletica. In der Öffentlichkeit werden in den kommenden Wochen wohl viele Trainer und Funktionäre auftreten, die Besserung geloben. Es sind nicht selten jene, die Hungerexzesse zum Wohl des Medaillenspiegels geduldet haben.

Markus Völker

taz panterpreis

taz Panter Preis 2023: **Klima für Gerechtigkeit**
Bewerben können sich alle, die sich unter Berücksichtigung sozialer Aspekte gegen die Erderhitzung engagieren, z.B. in den Bereichen Mobilität, Ernährung und Landwirtschaft, Biotop- und Artenschutz, Bauen und Wohnen, technische Lösungen, Bildungsarbeit u.v.m.

Der taz Panter Preis ist ein Projekt der taz Panter Stiftung und mit zweimal 5.000 Euro dotiert.

Wir freuen uns über eine Spende für das Projekt taz Panter Preis: taz.de/spenden

KLIMATIST*IN GESUCHT



Wir danken unseren Sponsoren:



taz Panter Stiftung
Friedrichstr. 21 | 10969 Berlin | taz.de/panter

Kochen mit Knarren

Ein neuer Trend schwappt aus den USA zu uns herüber: Schusswaffen jetzt auch in der Küche

Von **Theobald Fuchs**

Seit einigen Jahren steigt die Zahl der Deutschen, die einen Waffenschein besitzen, stark an. Auch die Hersteller einschlägiger Totmachergerätschaften melden rapide wachsende Umsätze. Bei Heckler & Koch hängen längst vergoldete Wasserhähne in der Werkstoilette, ein dreizehntes Sturmgewehr jährlich und kostenlose Munition („All you can shoot“) für alle Mitarbeiter sind üblich.

Die Politik reagiert mit hilflosen Erklärungsversuchen: „abnehmendes Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung“, „Videospiele machen gewaltstüchtig“ oder „Fahrradfahrer halten sich oft nicht an die Regeln“. Dabei ist die Erklärung simpel. Immer mehr Menschen folgen einem neuen Trend, der aus den USA zu uns „herüber geballert“ ist, wie der renommierte Sozialwissenschaftler Karl-Heinz Kolt von der Universität der Bundeswehr in Neuburg bei München erläutert: „Kochen mit Schusswaffen kommt derzeit ganz groß in Mode.“

Die Einsatzmöglichkeiten der Schießweisen in der zeitgenössischen Küche sind vielfältig und werden dank der Kreativität der Netzgemeinde ständig erweitert. Die Nutzung von Schusswaffen zur Herstellung geschmackvoller Gerichte ist



Ein Topf voller Bleispritzen – so macht Kochen Spaß Foto: reuters

in den USA entsprungen, dem Mutterland des Veganismus. Schon in den neunziger Jahren beschäftigte sich dort die chinesisch-amerikanische Starköchin Meiming Wesson mit dem Problem, dass Fleischnazis, um an ihre Hauptnahrungsquelle, blutiges totgeschossenes Tier, zu gelangen, umstandslos Gebrauch von Pistolen und Gewehren machen können. Veganer hingegen hungern erst monatelang neben Beeten herum und sehen Knollen und Blättern beim Wachsen zu, ehe sie dann stunden- und tagelang in der Küche stehen und Gemüse schnipseln, das sich in den seltensten Fällen kooperativ zeigt,

also sich von selbst zerlegt. Für Meiming Wesson ein ungerechter Vorgang.

Nachdem sie wieder einmal Zoff mit ihrem Geschäftspartner und Lebensgefährten Rowdy Smith hatte, mit ihm betrieb sie in Los Angeles einen landesweit berühmten Gemüse-Ramen-Tofu-Burger-Deli, den „Wesson & Smith's Vegan Super Booth“, riss Meiming Wesson der Geduldtsfaden. Sie griff zur Waffe – die sie, wie sie später in ihrer Autobiografie schrieb, „eh irgendwie immer am Gürtel trug, keine Ahnung“.

Denn sie hatte vier Tage lang am Schneidebrett gestanden und mehrere Tonnen Sa-

latgurken zersäbelt, als Smith in die Küche kam und sie anschnauzte, ob sie jetzt endlich auch mal die gelben Rüben stifeln könnte. Die empathiebefreite Ansprache geriet zu einem Schuss in den Ofen. Meiming Wesson drückte ab und versenkte das komplette Magazin ihrer Fünfundvierziger in einem Haufen Weißkohl, Kohlrabi, Chicorée und Auberginen. Als sich der Rauch verzog und der kreidebleiche Smith die erhobenen Arme langsam wieder sinken ließ, startete er fassungslos auf das Gemetzel.

Es dauerte nur kurz, bis Wesson und Smith gleichzeitig der selbe geniale Gedanke – bildlich gesprochen – durch den Kopf schoss. Die beiden versöhnten sich an Ort und Stelle. Wobei die Frage bleibt, ob menschliche Körpersäfte als vegan gelten dürfen. Nach dem Sex jedenfalls luden sie nach und verarbeiteten mit lediglich ein paar Tausend Schuss den Bedarf einer ganzen Woche.

Die neue, maximal effiziente Methode, Gemüse aller Sorten zu zerkleinern, sprach sich in der veganen Szene Südkaliforniens schneller herum, als eine Pistolenkugel fliegt. Bald schon forderten Vertreter der Republikanischen Partei einen Bewaffnungszwang für ausnahmslos jeden Haushalt, da sich alle Bürger jederzeit mit ungeschnitt-

nem Gemüse konfrontiert sehen könnten und es dann zu spät wäre, um auf staatliche Einsatzkräfte, die Sliced Vegetable Investigative National Executives (SVINE), zu warten.

Das permanente Geballere, das bald landesweit in privaten Küchen und jeglicher Art von Gastronomie anhub, bescherte alsbald der Waffenindustrie einen Wachstumsschub wie zuletzt nur der Zweite Weltkrieg. Das Angebot von speziellen Kugelspritzen für alle möglichen Gemüsesorten explodierte. Es gibt inzwischen speziell angepasste Pistolen für Kohl, MPs für Kartoffeln, Revolver für Blattspinat, MGs für Kürbisse und zahllose weitere neue Produkte auf dem Markt der Küchengeräte, der bald auch den militärisch-industriellen Komplex schluckte – roh und unzerteilt.

Funfact: Der fürchterliche Streit, der in den USA eben noch die Gemüter erhitzt hatte, ob es ökologischer und moralischer sei, mit Gas oder mit Strom zu kochen, verstummte, ehe er sich zur globalen Megakrise erweiterte. Dem gewaltfreien Waffeninsatz von Meiming Wesson und Rowdy Smith sei Dank!

Die beiden Knalltüten werden jetzt als Topp-Kandidaten für den Friedensnobelpreis gehandelt. Wie wir finden: Mehr als verdient!

Kirchen auf Catwalk

Gammel-Poser als Models beim Fotoshooting

Kirchen, ihr alten Gotteshäuser! Ja, Ihr seid gemeint, Ihr verwiterten und nicht mehr ganz taufischen Sakralgebäude, die ihr ohne Sinn und Verstand überall in der Landschaft herumlungert, ihr öden Nichtsnutze! Endlich kommt mal etwas Leben in eure abgetakelten Buden. Wie die christliche Nachrichtenagentur epd am Montag meldete, werden „Originelle Aufnahmen von Kirchen gesucht“. Kirchen, ihr sollt originell sein! Und „kreativ“! Das Dummwort aller modischen Tunichtgute. Denn es werden „kreative und interessante Motive von Kirchen“ gesucht. Eine Jury wird „die drei schönsten Fotos“ auswählen und sie „mit Preisgeldern zwi-

schen 100 und 300 Euro würdigen“. So viele Ocken habt Ihr seit Urzeiten nicht mehr gesehen. Also ran an den Model-Speck! Rauf auf den Kirchen-Catwalk! Werft euch gehörig in Schale und Pose! Lasst euch für das Shooting knipsen und blitzen, bis die Wetterhähne krähen und die Kruzifixe glühen. Den Kirchturm schön gerade halten, die polierten Glocken glänzen lassen und die stumpf gewordenen Fenster bunt anleuchten. Kein leichtes Unterfangen für dröge Gammel-Poser wie euch. Danach könnt ihr dann wieder in euren gewohnten Dämmer Schlaf verfallen und weiter vor euch hin schnorcheln. Kirchen, es ist eure letzte Gelegenheit!

Namenlose Hingabe

Ehefrauen mit eigenem Namen gelten als lieblos

Eine Nachricht nicht aus dem Mittelalter der Geschlechterbeziehungen, sondern aus der Gegenwart der Liebe erreichte uns passend zum internationalen Frauentag: „Ehefrauen mit Geburtsnamen gelten als weniger liebend“, meldete epd am Montag. Bei einer Studie des Wissenschaftszentrums Berlin wurden 500 repräsentativ ausgewählte Personen in den USA gebeten, die Namenswahl von drei fiktiven heterosexuellen Ehepaaren zu bewerten. Bei Paar eins hatte die Frau den Namen des Mannes angenommen, bei Paar zwei hatten die Ehepartner ihre Namen behalten, die Partner von Paar drei trugen Namen mit Bindestrich. Und wir hätten hundertpro auf den bösen Bindestrich getippt. Ist doch die Anhäufung von Doppel- und Dreifachnamen nichts als pseudovernehme Titelsucht von Kleinbürgern. Aber nein! Eigenständigkeit gilt als Lieblosigkeit. Keine Aufgabe, keine Hingabe – so der repräsentative Tenor. Und das gilt übrigens auch für Männer! Neue Namen braucht das Land! Nämlich gar keine. Nur Namenslosigkeit hilft. Ehen sollten nur noch als Herr und Frau Soundso geschlossen werden. Bei Familie Soundso-Dingens kommt die Liebe dann irgendwann dazu.



Paarfoto: epd

TUCHE



Frank Schäfer

Ach & Krach

Es gab natürlich wieder mal Probleme an der Tür. „Ich find dich hier nirgends auf der Gästeliste ... Das wird dann wohl nix, wir sind ja schon seit Wochen sold out!“ Die Dame am Einlass zeigt ihr fröhlichstes Gesicht. Dass sie einen zappeln lassen, gehört zu den Usancen beim Hotel 666, dem einzigen Verein, dem ich je beitreten würde, weil er eine ausreichende Versorgung der Braunschweiger Haushalte mit dem Lebenswichtigen garantiert – Krach.

„Na ja“, versuche ich es erneut, „ich dachte nur, euch wäre es vielleicht nicht ganz unlieb, wenn was über das Festival in der Zeitung stünde“, flötete ich. „Zeitung stünde“, wiederholt sie mit zickig verstellter Stimme. „Sag doch gleich, dass du von der Presse bist, dann musst du hier nicht so lange den Verkehr aufhalten.“

Die vierte Ausgabe des Steel Held High erstrahlt nach der mehrjährigen Seuchenpause in frisch poliertem Schwerterglanz. Die Trve Trve Trve Metaller des Regierungsbezirks ge-

ben sich hier ein Stelldichein. Alle! Gut, Marc ist beruflich verhindert, Till war abends zuvor schon „ganz vorne dabaaa“, wie er zerknirscht einräumt, er muss heute Minnedienste leisten – und, ach, der arme Mattu liegt im Sterben ... Sonst sind alle da, ich habe durchgezählt.

Ich komme gerade richtig zu Iron Fate. „Goslar's finest“, wie mir mein stabiler Nebenmann mit hochohenem Zeigefinger zu verstehen gibt. Und für den Fall, dass ich irgendwelche Widerworte habe, hebt er auch noch den anderen. „Von dicken Sachbearbeitern empfohlen!“

Er muss sich gar nicht so ins Zeug legen. Man kennt und feiert die Truppe. Zu recht. Wenn Goldkehlchen Denis Brosowski die eunuchalen Register höher und höher schraubt, und wir schon in Gedanken auf dem Notenpapier zwei weitere Linien ziehen, damit auch alle Töne draufpassen, dann erzeugt das durchaus Spannung. Platzt er? Nein! Er jubiliert mit einer solchen Entspantheit, die bei Geoff Tate oder Rob Halford für krause Stirne sorgt, weil sie

Angst um ihren Job haben müssen.

Danach kommen die vier Teenage-Mutant-Ninja-Frenchies von Animalize. Sie haben sich schon beim Soundcheck in unsere Herzen gespielt. „Chainsaw ... Chainsaw & Boomstick!“ Beim dritten Mal können wir schon mitsingen. Diese vier Kinder aus Lyon haben gerade ihre Instrumente fertig gelernt und agieren jetzt eine gute Stunde lang an den Grenzen ihrer motorischen Fähigkeiten und weit darüber hinaus. Das klabautert, wie es nur einmal im Leben klabautert – wenn einem Mutti gerade die Gitarre gekauft hat und man überlegt, was das eigentlich soll. Wir nehmen diese Poltergeister von nun an in unsere Gebete auf.

Backlash sind da längst. Enthusiasmiert von ihrem 2017er Auftritt haben sie die Hymne zum Festival geschrieben. „Steel steel held high / Straight on we ride / From ashes we rise.“ Und das tun sie! Dafür dürfen sie jetzt jedes Jahr wiederkommen. Es sei denn, eine Seuche oder ein Weltkrieg verhindern das.



das wetter

Fräulein

Die Arbeit war hart und schmutzig, brotlos war sie nicht. Wer konnte sich denn schon noch heutzutage mit viertaktigen Dreizylindermotoren auf Rapsölbasis aus? Fräulein! Der gelernte Joghurtfeinschmecker hatte sich über all die Jahre und Jahrzehnte eingefuchst in die höchst diffizile Arithmetik der kosmetisch einwandfreien „Motörchen“, wie sie der diplomierte Duisburger auf Nachfrage zärtlich nannte. Keine Maschinenwindung war ihm zu eng, nichts was unlötbar für Fräulein. Tusch und Schluss!

gurke des tages

Hallo Commerzbank! Es geht an, dass du dich mit dem hausesatischen C wie Centrum schreibst, wurdest du doch im Jahr 1870 vom Kaufmann Theodor Wille in Hamburg gegründet. Übrigens in einer sogenannten Hamburger Währung, der damaligen Banco-Mark. Sachen gibt's. Nicht an geht, dass du nun Kunden im Netz mit „Hallo Dax!“ beschimpfst, einen schnuckeligen Dachs zeigt und darunter dichtetst: „Wir freuen uns über unsere Rückkehr in den Dax.“ Würde!

taz die tageszeitung

erscheint tägl. Montag bis Samstag.
Herausgeb.: taz die tageszeitung.
Verlagsgenossenschaft eG

Hausanschrift:
Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Postanschrift:
Postf. 610229, 10923 Berlin
Telefon: 030 | 25 902-0 | www.taz.de
Chefredaktion: Barbara Junge, Ulrike Winkelmann, Katrin Gottschalk (stellv.)
Chefredakteur: Peter Unfried

Lokalredaktionen:
Nord-Hamburg: Stresemannstraße 23,
22769 Hamburg, 040 | 38 90 17-0
Bremen: Pieperstraße 7,
28195 Bremen, 0421 | 96026 0
Berlin: Friedrichstraße 21,
10969 Berlin, 030 | 25 902 0

Verantwortlich i.S. des Pressegesetzes:
Ulrike Winkelmann
LeserInnenbriefseite: Gaby Sohl
Anzeigen Gesamtansgabe: Margit Jöhnk
Berliner Lokalteil: Bert Schulz | alle Berlin
Regionalteil Nord: Jan Kahlecke | Hamburg
LeserInnenbriefe E-Mail: briefe@taz.de
Fax: 030 | 25 902 516

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Die taz und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung in den taz-Ausgaben im Internet, auf DVD sowie in Datenbanken zu.

taz Shop: 030 | 25 902 138

Anzeigenverkauf: Überregional und Berlin taz-Anzeigenabteilung, Friedrichstraße 21
Tel.: 030 | 25 902 314
E-Mail: anzeigen@taz.de

Verlag: taz Verlags- und Vertriebs GmbH
Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Geschäftsführerinnen:
Aline Lüllmann, Andreas Marggraf
Gesellschafter:
taz Verlagsgenossenschaft eG, Berlin

Vorstand:
Pascal Beucker, Redakteur |
Anne Fromm, Redakteurin |
Aline Lüllmann, Kauffrau |
Andreas Marggraf, Kaufmann; |
Anja Mierel, Verlagskauffrau | alle Berlin

Aufsichtsrat:
Jens Pohlmann, Wirtschaftsprüfer/
Steuerberater, Bielefeld |
Hermann-Josef Tenhagen, Journalist, Berlin |
Nina Schoenian, Kauffrau, Berlin

Druck auf PALM Recyclingpapier: A. Beig Druckerei und Verlag GmbH & Co. KG,
25421 Pinneberg | prima Rotationsdruck
Nord GmbH & Co. KG, 19243 Wittenburg |
MDV GmbH & Co. KG, 35390 Gießen

Abo-Service: 030 | 25 902 590
9.00 – 16.00 Uhr | Mo. – Fr.
Fax: 2 59 02-680

E-Mail: abo@taz.de
Abo-Nummer nicht vergessen!
Mtl. Mindestpreis regulär
41,90 €





Moon Day für alle

Der Mond hat einen ähnlichen Zyklus wie die Periode. In der Reinigungsfirma „Queere Haushaltshilfe“ können alle Beschäftigten einen „Moon Day“ nehmen. Er würde sich Nachahmer wünschen, sagt Firmenchef Marius Baumgärtel

Interview **Lea Fiehler**

taz: Herr Baumgärtel, vor zwei Jahren haben Sie die „Moon Days“ in Ihrem Unternehmen eingeführt. Sie sind damit dem Beispiel der Niederländerin Kristel de Groot gefolgt. In ihrer Firma können sich Frauen, die Menstruationsbeschwerden haben, freinehmen. Wie kam das Konzept bei den Mitarbeitenden an?

Marius Baumgärtel: Es gab zu der Zeit keinen Betrieb in Deutschland, der das gemacht hat. Als ich die Idee bei uns vorgestellt habe, war das Team erst mal skeptisch. Da ich aber gerne neue Dinge teste, habe ich vorgeschlagen, das Konzept bis zum Jahresende auszuprobieren. Und tatsächlich wurde es sehr gut angenommen und steht jetzt auch offiziell in unseren Arbeitsverträgen.

Wieso der Begriff Moon Days?

Der Mond hat einen ähnlichen Zyklus wie die Periode, daher passt das gut. Und es ist wichtig, dass man in der Wortwahl betont, dass es nicht um „Menstruationsurlaub“ geht. Urlaub bedeutet, sich von der Arbeit zu erholen. Wer einen Moon Day nimmt, der erholt sich von Schmerzen.

Wieso ist Ihnen das Thema so wichtig?

Ich kann bei Menstruation nicht aus eigener Erfahrung sprechen. Aber ich hatte Menschen hier im Büro, die trotz starker Schmerzen zur Arbeit gekommen sind. Und das wollte ich nicht mehr mit ansehen. Niemand sollte sich für die Menstruation schämen müssen und denken, es sei so Not am Mann, dass Frau sich zur Arbeit quälen muss. Wir haben auch Wärmflaschen im Büro eingeführt. Tampons stehen in allen Größen im Badezimmer, auf Kosten der Firma. Ich will das Thema sichtbar machen.

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) besagt, dass Beschäftigte wegen ihres Geschlechts nicht benachteiligt werden dürfen. Stellen die „Moon Days“ nicht einen Nachteil für Männer dar?

Ob jemand jetzt wegen Regelschmerzen oder wegen Hodenschmerzen zu Hause bleibt, ist mir egal. Bei uns braucht man grundsätzlich erst ab dem zweiten Krankheitstag ein Attest. Der Fairness halber basieren Moon Days und Krankmeldungen auf derselben rechtlichen Grundlage, das Wording ist aber ein anderes. Es soll verdeutlichen: Es ist okay, wenn du zu Hause bleibst, weil du aufgrund deiner Menstruation Schmerzen hast. Mir ist wichtig, dass meine Mitarbeitenden offen und ehrlich kommunizieren können und nicht fürchten müssen, verurteilt zu werden.

Betont das nicht Unterschiede zwischen den Geschlechtern?

Wir haben alle Phasen, in denen wir besonders leistungsfähig oder weniger leistungsfähig sind. Ich finde, das Sichtbarmachen von Unterschieden ist kein Zeichen von Schwäche, es ist ein Zeichen von gegenseitigem Respekt.

Wie hat Ihr Umfeld auf die Idee reagiert?

Meine Freunde und Familie hatten Sorge. Es ist schon eigenartig. Ich habe keinen Applaus bekommen, stattdessen Kommentare, ich würde zu viel geben und dass ich mich ausnutzen ließe. Da sieht man schon die Grundeinstellung der Deutschen, sie sehen überall Feinde (*lacht*). Wir haben ein sehr ungesundes Verhältnis zu unserer Arbeit und unserem Körper in diesem Land. Aber es geht hier um Reinigungskräfte, um körperlich anstrengende Arbeit. Sie haben verdient, dass es ihnen gutgeht. Bei uns bekommt man auch am Geburtstag bezahlt frei. Man geht auch nicht nur arbeiten fürs Geld, man darf auch ein bisschen erfüllt sein. Auch wenn man nur, in Führungszeichen, Putze ist.

Es geht nicht um Menstruations-Urlaub. Wer einen Moon Day nimmt, der erholt sich von Schmerzen

Marius Baumgärtel

Wie wird das Angebot in Ihrem Betrieb genutzt?

Die Moon Days werden genutzt – aber eben nicht ausgenutzt. Die Mehrheit unserer Mitarbeitenden wird entweder weiblich gelesen oder sind Menschen, die menstruierten können. Menschen, die Menstruationsschmerzen haben, müssen nicht immer Frauen sein. Wir haben auch Transpersonen im Betrieb, also kann es auch vorkommen, dass ein Transmann einen Moon Day nimmt. Manche nutzen das Angebot jeden Monat, andere nur ab und zu. Jüngere Mitarbeitende nutzen die Moon Days insgesamt häufiger. Zögerlich sind am Anfang aber alle, einige trauen sich immer noch nicht. Ich denke, das hat viel mit Erziehung und Gewohnheit zu tun. Viele haben verinnerlicht, dass man auch mit Schmerzen zur Arbeit geht – das macht man eben so.

Spanien hat als erstes Land in Europa Menstruationsurlaub sogar im Gesetz festgeschrieben. Können Sie sich vorstellen, dass das auch in Deutschland durchgesetzt wird?

Dazu muss man wissen, dass Spanien ein ganz anderes Sozialsystem hat. In Deutsch-

land gibt es ab dem ersten Krankheitstag eine Lohnfortzahlung, in Spanien ist das nicht so. Wir haben Spanier im Team, die waren völlig geschockt, dass sie krank sein dürfen und trotzdem weiter Gehalt bekommen. Eine gesetzliche Änderung ist in Deutschland daher nicht notwendig. Ich würde mir aber wünschen, dass sich mehr Unternehmen trauen, das Konzept umzusetzen. Die Rolle der Frau in der Arbeitswelt muss mehr in den Fokus rücken. Nach wie vor werden Frauen schlechter bezahlt – für teilweise bessere Leistungen und bessere Qualifizierung. Menstruationsschmerzen dürfen auf keinen Fall ein Hindernis in der Arbeitswelt darstellen.

Protest am Frauenkampftag

7. März: Die ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen ist Thema des Equal Pay Days, dieses Jahr mit dem Fokus auf Ungleichheit in der Kunst- und Kulturwelt. Die Lohnlücke, der Gender-Pay-Gap, liegt in Deutschland bei 18 Prozent, abzüglich von strukturellen Unterschieden wie der höheren Quote von Teilzeitarbeit, immer noch bei 6 Prozent. Vor den Rathäusern in Pankow und Tempelhof-Schöneberg wird feierlich die Equal-Pay-Day-Flagge gehisst. Am Abend wird im Roten Rathaus der Berliner Frauenpreis an Amal Abbass für ihren Einsatz gegen Diskriminierung von Frauen aufgrund von Hautfarbe und geschlechtlicher Identität verliehen. Zuletzt hat sie mit dem Tubman-Network Schwarze Frauen, die aus der Ukraine flüchten mussten, unterstützt. 18 Uhr, Livestream der Senatsverwaltung für Gleichstellung.

8. März: Am Frauenkampftag geht es auf die Straßen. Die wichtigsten Demos im Überblick:

- Die Gewerkschaften Verdi & GEW rufen zur Demo „Feministisch Solidarisch. Gewerkschaftlich“: 13 Uhr, Invalidenpark.
- „Our revolution is coming“ heißt eine „internationalistische“ Demo“, Cis-Männerfrei: Frankfurter Tor, 14 Uhr. Eine Fahrrad-demo dorthin – Purple Ride – startet 12 Uhr am Mariannenplatz.
- Zur Unterstützung der Frauen im Iran protestiert das Woman*life freedom collective: 11.30 Uhr, Rosa-Luxemburg-Platz.
- „Rosen für Clara“ heißt die jährliche Demo vom FrauenNetz Marzahn-Hellersdorf: 13 Uhr, Clara-Zetkin-Park.
- Queerfeministisch und autonom geht es am Abend bei der „Fight by Night“-Demo zu: 18 Uhr, Spreewaldplatz.

Gehört in jeden Arbeitsvertrag: der Mond-Tag
Foto: Florian Boillot/SZ Photo



Marius Baumgärtel (31) ist Inhaber von „Queere Haushaltshilfe“. In dem 2020 gegründeten Fachbetrieb für Reinigungskräfte und Haushaltshilfen sind 25 Menschen beschäftigt. Er bezeichnet sich selbst als die Herrin im Betrieb, als Chef-Fensterputzerin, als Mädchen für alles und als „sozialster Kapitalist, der in dieser Stadt zu finden ist“.

Not-Equal Pay Day

Auch in Berlin verdienen Frauen in fast allen Altersgruppen weniger als Männer. Besonders die älteren

Von **Wio Groeger**

In Sachen Gender-Pay-Gap gibt es wenig Besserung. Das geht aus einer Anfrage hervor, die die Grünen-Abgeordnete Bahar Haghani-pour an die Senatsverwaltung für Wissenschaft und Gleichstellung gerichtet hat. Die Antwort liegt der taz exklusiv vor.

Demnach liegt in Berlin die geschlechtsspezifische Gehaltslücke bei rund 10 Prozent. Frauen verdienen in fast allen Altersgruppen weniger als Männer. Besonders hoch sind die Verdienstunterschiede in den Lebensabschnitten, in denen Familien gegründet und Kinder aufgezogen werden. Frauen im Alter von 45 bis 49 verdienen durchschnittlich 17 Prozent weniger als Männer. Dazu sagt Haghani-pour: „Ungleiche Löhne sind ein strukturelles Versagen, das viel zu häufig Frauen individuell in die Schuhe geschoben wird.“

Bei jüngeren Frauen ist der Verdienstunterschied geringer und liegt bei den 35- bis 39-Jährigen bei 12 Prozent. Frauen unter 25 dagegen haben einen Bruttostundenverdienst von 12,66 Euro und bekommen damit 6 Prozent mehr als Männer mit stündlich 11,98 Euro. Das könnte an tarifgebundenen Ausbildungsgehältern liegen, die annähernd dem Mindestlohn entsprechen. Dennoch sei es „ein Irrglauben, dass junge Menschen der Gender-Pay-Gap nicht betrifft“, sagt Haghani-pour. Diese Frauen blieben in den Folgejahren auf der Strecke. Der Pay-Gap verstärkte sich bis zum Renteneintrittsalter.

Auch das ergibt sich aus der Antwort des Senats: Wer keinen deutschen Pass hat, verdient weniger – unabhängig von Geschlecht und Alter. Im Vergleich zu Männern mit deutscher Staatsangehörigkeit steigt der Gender-Pay-Gap für Frauen ohne deutschen Pass auf circa 17 Prozent. Daten für eine intersektionale Perspektive auf den Pay-Gap lassen sich allerdings nicht aus der Antwort ablesen. Haghani-pour hatte nach der Verdienstlücke von Frauen mit Rassismuserfahrungen, in Care-Verantwortung oder von Transfrauen gefragt. Die Grüne fordert von der künftigen Regierung, diese Zahlen wichtiger zu nehmen: Wer die Wurzel von Lohnungerechtigkeit bei Frauen packen möchte, dürfe nicht beim Geschlecht Halt machen, sagt Haghani-pour. Benötigt würden genauere Daten etwa über Menschen mit Migrationsgeschichte und Behinderung, damit der Gender-Pay-Gap nicht für Marginalisierung blind sei.

Im öffentlichen Dienst wird nach tarifrechtlichen Regelungen bezahlt, die Gehaltsunterschiede sind somit gering. Allerdings sind 25.000 Frauen in Teilzeit angestellt, aber nur 6.000 Männer. Trotz gleichen Stundenlohns bekommen Frauen somit einen geringeren Monatslohn. Diese Lücke wirkt sich direkt auf die Rente aus. Frauen sind zudem seltener verbeamtet. „Der Senat setzt sich für eine gleichberechtigte Erfüllung der Care-Aufgaben ein, mit dem großen Ziel, das Ungleichgewicht von Teilzeitbeschäftigung zu minimieren“, heißt es in der Antwort des Senats.

Gerade soziale Berufe würden „immer noch chronisch unterbezahlt“, so Haghani-pour. „Das hängt auch damit zusammen, wie wir als Gesellschaft Sorgearbeit wertschätzen.“ Es brauche ein Umdenken: „Wir brauchen die strukturelle Aufwertung von sogenannten Frauenberufen, eine verbindliche Quote in den Chef:innenetagen, allgemeine Arbeitszeitverkürzung und eine Umverteilung der unbezahlten Sorgearbeit zu Hause.“

Anzeige



Terminbuchung online möglich!

Genügend Abstand und größte Sorgfalt bei der Beratung und Augenprüfung

BRILLENWERKSTATT

Dircksenstr. 48 Am Hackeschen Markt Oranienstr. 32 Mehringdamm 66
Bowe by Brillenwerkstatt Kaiserdamm 5 www.brillenwerkstatt.de

Uwe Rada zu Stolz und Selbstaufgabe der Hauptstadt-Sozis

Die Sahara Wagenknecht der Berliner SPD

Politik macht sie schon lange nicht mehr für die Linke“, sagte deren Berliner Landeschefin Katina Schubert am Wochenende. „Sie arbeitet auf eigene Rechnung.“ Natürlich sprach Schubert über Sahara Wagenknecht. Ersetzt man im Zitat aber Linkspartei durch SPD, könnte sich auch Franziska Giffey angesprochen fühlen. Die Landeschefin der SPD hat mit ihrer Entscheidung, Juniorpartnerin der CDU sein zu wollen, einen riskanten Kurs eingeschlagen. An dessen Ende könnte ihre Partei auseinanderbrechen.

Die ersten Warnschüsse sind abgefeuert. Giffey Neuköllner Kreisverband votierte, wenn auch knapp, gegen eine Neuauflage der Großen Koalition. In Mariendorf fordert die SPD den Kreisverband Tempelhof-Schöneberg einstimmig auf, „personelle Konsequenzen“ auf Landesebene zu fordern.

Ja, es sind die Parteifunktionäre, die derzeit Stimmung gegen das Wegner-Bündnis machen, und nicht die Parteibasis, die am Ende entscheidet. Allerdings kann es sein, dass die Voten nicht nur die Koalitionsverhandlungen überschatten, die am Donnerstag beginnen. Sie können auch eine Dynamik in Gang setzen, der sich die Parteimitglieder nicht entziehen könnten.

Wie sehr die Parteiführung um Franziska Giffey und Raed Saleh den eigenen Funktionären misstraut, zeigt ein Gerücht, das am Montag die Runde macht. Es könnte sein, heißt es, dass der Landesvorstand auf seiner Sitzung am Montagmorgen entscheidet, das Votum des Mitgliederentscheids nicht mehr durch einen Landesparteitag bestätigen zu lassen. Das wäre Basta-Politik à la Gerhard Schröder, allein mit dem Unterschied, das Schröders Bastas aus einer Position der Stärke kamen, das von Giffey aber ihre Schwäche offenbart.

Seit dem Moment, als Franziska Giffey bei der Fraktionsklausur im Januar 2020 auftauchte und ihre Ambitionen als Landespolitikerin zeigte, ist in der Berliner SPD kaum mehr ein Stein auf dem anderen geblieben. Schritt für Schritt hat sich der debattenfreudige Landesverband ihrer Chefin ausgeliefert. Das Kalkül: Nur Giffey kann verhindern, dass die SPD das Rote Rathaus verliert.

So ist sie 2021 als Spitzenkandidatin in den Wahlkampf gezogen, und so hat sie 2023 bei der Wahlwiederholung krachend verloren. Nun droht der Gang in die einst verhasste Koalition mit der CDU. Nicht wie bei Wowereit als Koch, sondern als Kellnerin.

Noch vor einigen Wochen hat Giffey Co-Landeschef Raed Saleh CDU-Mann Wagner als „einsamen Kai“ verspottet. Nun sind er und Giffey sein Steigbügelhalter. Einsam sind nun andere, auch wenn sie die Abstimmung unter den Mitgliedern gewinnen sollten. Tief gespalten wäre die SPD dann und könnte nicht einmal darauf hoffen, dass Giffey sie in drei Jahren wieder ins Rote Rathaus führt. Denn wer weiß schon, siehe Zitat oben, auf welche eigene Rechnung Giffey dann arbeitet.

Die einzige Chance der Genossinnen und Genossen ist deshalb der Gang in die Opposition. Nur dort kann sich die Berliner SPD wieder berappeln. Ohne Giffey und Saleh.

In vielen öffentlichen Einrichtungen legten am Montag Beschäftigte ihre Arbeit nieder. Auch am Dienstag sind zahlreiche Streiks geplant
Foto: Christian von Polentz

Der Müll bleibt liegen

Zahlreiche Beschäftigte des öffentlichen Dienstes legen ihre Arbeit nieder. Die Frustration unter den Beschäftigten ist groß



Von Timm Kühn

Oranger Rauch aus einem Nebeltopf und viel Gejohle empfängt die etwa 500 Beschäftigten der Berliner Wasserbetriebe. Gerade trifft ihre Streikdemo auf die etwa 300 Kolleg:innen der Berliner Stadtreinigung, die vor der BSR-Hauptverwaltung in der Ringbahnstraße ebenfalls streiken. „Schön, dass ihr da seid!“, ruft ein Redner vom Podium in Richtung des Meeres aus gelben Verdi-Westen, die die Beschäftigten der Wasserbetriebe tragen. Auf dem Fronttransparent des Demozugs ist zu lesen: „Zusammen geht mehr“.

Zahlreiche Beschäftigte von Einrichtungen des öffentlichen Dienstes haben am Montag ihre Arbeit niedergelegt. Auch am Dienstag sind etliche Warnstreiks geplant. Neben den Beschäftigten von BSR und den Wasserbetrieben streikten laut Verdi etwa 1.000 Beschäftigte der kommunalen Kliniken Charité und Vivantes sowie des Jüdischen Krankenhauses im Wedding. Am Platz des Volksaufstandes in Mitte versammelten sich laut Verdi 100 Beschäftigte verschiedener Ministerien, der Bundeswehr und des Robert-Koch-Instituts. Einige Stadtbäder hätten vom frühen Morgen bis in den Vormittag schließen müssen. Ebenfalls ihre Arbeit niedergelegt haben demnach Beschäftigte des Stu-

dierendenwerks und der Hochschule für Technik und Wirtschaft.

Der Landesfachbereichsleiter bei Verdi für Ver- und Entsorgung, Marcus Borck, sagte der taz, am deutlichsten bemerkbar machen werde sich der Streik der BSR. „Heute und morgen wird in der Stadt kein Müll abgeholt, auch die Straßenreinigung fällt flach.“ Am Mittwoch sei dann Feiertag, wo auch nicht gearbeitet werde. „Das wird kaum zu übersehen sein“, so Borck. An den Krankenhäusern wären zahlreiche planbare Operationen verschoben worden, sagte Gewerkschaftssekretärin

Wegen des Streiks werden der Müll nicht abgeholt und die Straßen nicht gereinigt

Gisela Neunhöffer der taz. Am Jüdischen Krankenhaus hätten 3 von 12 Stationen schließen müssen. Sie kritisierte die Geschäftsführung von Vivantes, die trotz der Streikankündigungen von Verdi die Stationen nicht gesperrt habe, sodass Pflegenden kurzfristig von anderen Stationen einspringen mussten.

Der Warnstreik ist ein Muskelzucken der Gewerkschaft in der Auseinandersetzung um

den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes, der derzeit bundesweit ausgehandelt wird. Wegen der überall steigenden Preise fordert Verdi 10,5 Prozent mehr Gehalt, mindestens aber 500 Euro mehr für alle Beschäftigten und 200 Euro mehr für Azubis. Ein erstes Angebot des Bundes lehnte Verdi ab. Die Arbeitgeber hatten 3 Prozent mehr Gehalt zum 1. Oktober 2023, 2 Prozent zum 1. Juni 2024 und zwei einmalige Zahlungen in Höhe von 1.500 Euro im Mai 2023 und 1.000 Euro im Januar 2024 geboten.

„Unsere Arbeitgeber, die Politiker, erhöhen sich laufend die Diäten, aber wir müssen für jeden Inflationsausgleich kämpfen“, sagt ein Beschäftigter der BSR auf der Streikkundgebung wütend. „Essen gehen ist einfach nicht mehr drin. Hauptsächlich ernähre ich mich inzwischen von Nudeln“, erzählt ein Azubi der Wasserbetriebe der taz. Noch schlimmer sei es aber für die Kolleg:innen mit Kindern. Auch um sie zu unterstützen, beteiligt sich der junge Mann am Streik.

Streiken sei bei der Stadtreinigung kein Vergnügen, schließlich müsste man den angestauten Müll auch wieder weg machen, sagt ein Beschäftigter der BSR. Ob er dennoch bereit sei, zur Not auch unbefristet zu streiken? „Keine Frage, sofort“, antwortet er.

Prozess

Student eine Woche entführt

Im Fall eines entführten und eine Woche lang festgehaltenen Studenten hat vor dem Landgericht der Prozess gegen zwei Angeklagte begonnen. Die 21- und 24-jährigen sollen den damals 22-jährigen bis in sein Studentenwohnheim verfolgt, mit Messern bedroht und gezwungen haben, mit ihnen zu einem Geldautomaten zu fahren. Anschließend sollen sie den Studenten in einer Wohnung festgehalten und über Tage hinweg sein Konto geplündert haben. Der 21-jährige gestand am Montag weitgehend. Den Angeklagten wird eine Serie von nächtlichen Raubüberfällen auf Passanten in der Zeit von Mai bis August 2022 zur Last gelegt. Betroffenen waren laut Anklage zwei Frauen und sieben Männer. Unter Drohungen und mit Gewalt hätten die Täter Geld, Mobiltelefone und Taschen erbeutet. In mehreren Fällen seien Opfer gezwungen worden, Geld abzuheben. (dpa)

Bezirksämter

Fraktionen suchen eine Lösung

Die Fraktionen im Abgeordnetenhaus suchen weiter nach einer Lösung für die Frage, wie die Ergebnisse der Wiederholungswahl in den Bezirksämtern abgebildet werden können. In den zwölf Bezirksparlamenten haben sich die Mehrheitsverhältnisse zum Teil deutlich verändert. Bezirksstadträte und Bezirksbürgermeister sind aber bis zum Ende der weiterlaufenden Legislaturperiode 2026 im Amt. Medienberichten zufolge haben sich SPD, Grüne, Linke und CDU inzwischen darauf verständigt, die Neubesetzung der Bezirksämter in einem Gesetz zu regeln, für das die Verfassung nicht geändert werden müsste. Die Fraktionen sind zu den Details in Kontakt mit der Senatsverwaltung für Inneres. Die Innensenatorin sagte, ihr Haus stehe als Verfassungsressort und Bezirksaufsicht beratend zur Seite, um Wege zu finden. (dpa)

Anzeigen



THE REVOLUTION
1848/49
BERLIN
18./19. MÄRZ
2023

AUFTAKT
AN DER
BARRIKADE
FRIEDRICHSTR.
ECKE JÄGERSTR.
18. MÄRZ
11 UHR

BERLINER WOCHENENDE FÜR DIE DEMOKRATIE

Friedhof der Märzgefallenen, Humboldt Forum, Maxim Gorki Theater, Brandenburger Tor, Deutsches Historisches Museum und viele mehr

www.1848.berlin #1848heute

„Viel Porzellan zerschlagen“

Auf einem Parteitag wollen die Grünen heute ihr Wahlergebnis und das Scheitern der Sondierungen mit der SPD diskutieren. Es gab keinen offenen Dissens, so Parteichef Ghirmai

Interview Bert Schulz

taz: Herr Ghirmai, wie ist die Stimmung in der grünen Parteiführung sechs Tage nach dem Aus für Rot-Grün-Rot?

Philmon Ghirmai: Sie war schon mal besser. Wir haben in den vergangenen sechs Jahren in der Regierung gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern und der Zivilgesellschaft Berlin wirklich nach vorne gebracht: etwa den ökologischen Umbau der Stadt, eine bundesweit beispiellose Gesellschaftspolitik, die Mobilitätswende und das Jahrzehnt der Investition. Das hätten wir gerne fortgesetzt.

Was überwiegt: Trauer oder Wut über die Anschuldigungen aus der SPD?

Das unverschämte Verhalten der SPD-Führungsriege um Franziska Giffey verärgert uns natürlich. Sie hat scheinbar an anderen Gesprächen teilgenommen als wir und die Linke. Es hat keinen offenen Dissens gegeben, anders als Giffey und Co es nun darstellen. Ganz im Gegenteil: Es gab die gemeinsame Vereinbarung, auf den ja erst 15 Monate alten Koalitionsvertrag aufzusetzen.

Ist jetzt die Tür zugeschlagen für Rot-Grün-Rot unter Franziska Giffey und Raed Saleh?

Wir Grüne stehen zu unserer Verantwortung für Berlin. Das haben wir in den von unserer Seite und auch von Seiten der Linken ernsthaft geführten Sondierungsgesprächen mit der

SPD deutlich zum Ausdruck gebracht. Die beiden haben aber sehr viel Porzellan zerschlagen, ganz sicher.

Sollten die Verhandlungen zwischen CDU und SPD noch scheitern: Stünden die Grünen für eine CDU-geführte Koalition zur Verfügung?

Wir haben ernsthafte Sondierungsgespräche in beiden Konstellationen geführt, und es waren nicht wir, die am Ende die Tür zugeschlagen haben. Das gilt für beide Optionen. Fakt ist aber auch: Der politische Weg ist für die CDU viel kürzer zur SPD als zu uns. Das spiegelt sich auch in ihrer Entscheidung wider, mit der SPD die politischen Uhren aufs letzte Jahrtausend zurückzudrehen.

An diesem Dienstag haben die Grünen zu einem kleinen Parteitag geladen, auf dem ursprünglich über ein Ja zu Koalitionsverhandlungen diskutiert werden wollte. Worüber wird nun gesprochen?

Wir werden von den Sondierungsgesprächen berichten, aber auch einen Blick nach vorne werfen. Dabei geht es etwa um unseren Fahrplan für die interne Wahlanalyse, aber auch darum, welche Oppositionsarbeit wir leisten wollen. Eine Langfassung steht unter taz.de/berlin

Philmon Ghirmai ist seit Ende 2021 einer der beiden Berliner Landesvorsitzenden der Grünen.



Ein Rahmen ohne Inhalt

CDU und SPD haben sich zwar auf ein „Vergesellschaftungsrahmengesetz“ verständigt. Der Volksentscheid „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“ könnte so aber dennoch sabotiert werden

Von Timm Kühn

Im Sondierungspapier der SPD, in dem die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit der CDU empfohlen wird, findet sich ein Satz, der auf den ersten Blick irritiert: „Dem Volksentscheid ‚Deutsche Wohnen und Co. enteignen‘ wird im Fall eines entsprechenden Votums der Expertenkommission durch die Entwicklung eines Vergesellschaftungsrahmengesetzes Rechnung getragen.“

Wow, ein Enteignungsgesetz, könnte man denken. Das ist ja nun wirklich eine Trendwende für CDU und SPD, deren Parteispitzen Enteignungen vehement ablehnen – jedenfalls wenn es um Immobilienkonzerne und nicht um Grundstücke für Kohlegruben und Autobahnen geht. Sebastian Czaja, Chef der nun außerparlamentarischen Kleinpartei FDP, polterte auch gleich, die CDU knicke „ausgerechnet als Erstes bei Massenenteignungen ein“. Kommt nun also der Sozialismus durch die Hintertür einer schwarz-roten Koalition?

Natürlich nicht, auch wenn zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht bekannt ist, worin genau die Pläne von CDU und SPD bestehen. Vermutlich aber dürfte die Crux in dem unscheinbaren Wortteil Vergesellschaftungs-Rahmengesetz liegen. Denn ein Rahmengesetz ist kein Umsetzungsgesetz. Geregelt wird darin voraussichtlich nicht die Enteignung der Immobilienkonzerne, sondern die spezifische Systematik, wie auf Landesebene überhaupt vergesellschaftet werden kann. Passieren dürfte also zunächst gar nichts, kein Immobilienkonzern müsste um sein Eigentum bangen.

Volksentscheid tot?

Das klingt wieder mal wie ein Spiel auf Zeit: Ein solches Gesetz müsste zunächst geschrieben werden, wobei man sich Zeit lassen könnte, schließlich wird ja juristisches Neuland betreten. Dann müsste das Gesetz nach Karlsruhe zum Bundesverfassungsgericht geschickt werden, wo es wieder für etliche Monate liegen könnte.

Dabei darf bezweifelt werden, dass ein Rahmengesetz überhaupt nötig ist. Denn der Artikel 15 des Grundge-

setzes gibt ja bereits einen Rahmen für Vergesellschaftungen vor. Zudem besteht die Gefahr, dass ein Rahmengesetz die Vergesellschaftung von Immobilienkonzernen effektiv erschweren würde. Als Erstes fallen könnte die von der Initiative gesetzte Grenze von 3.000 Wohnungen, ab der Immobilienkonzerne derzeit als reif für die Enteignung definiert werden.

Ein Rahmengesetz ist kein Umsetzungsgesetz. Passieren dürfte also zunächst gar nichts

Enteignung wäre dann kein Weg in eine Zukunft, in der das Leben der Menschen nicht mehr der Kapitalverwertung unterworfen ist, sondern eine Art Bestrafung für besonders mieter:innenfeindliches Verhalten. Die Kriterien könnten aber auch so eng gefasst werden, dass Vergesellschaftung praktisch unmöglich würde.

Ähnlich erklärte es Linken-Chefin Katina Schubert im taz-Interview. Ein Rahmengesetz sei auch ein Zugeständnis der Linken gewesen, damit es zur zwischenzeitlich gefundenen Einigung von Rot-Grün-Rot bei diesem Thema kommen konnte. Die Linke habe aber laut Schubert auf ein zusätzliches Umsetzungsgesetz bestanden. Auch sie wisse nicht, worauf sich CDU und SPD nun geeinigt haben. Schubert warnte aber: „Wenn sie es so machen, wie es die SPD uns ursprünglich vorgeschlagen hatte, dann wird es zu keiner Vergesellschaftung kommen. Der Volksentscheid wäre faktisch tot.“

Enteignungsinitiative: „Politische Verarsche“

Was ist wahrscheinlicher: dass CDU und SPD ihre Überzeugungen aufgeben oder dass sie sich einer beliebigen Politikform bedienen, bekannt aus dem Umgang mit der Klimakrise: zu wirken, als würde man han-

deln, ohne tatsächlich zu handeln? Nur so ließe sich politisch überleben und etwas verhindern, wofür es einen direkten Auftrag – wenn auch keinen rechtlich bindenden – des höchsten demokratischen Souveräns, des Volkes, gibt: die Vergesellschaftung großer Immobilienkonzerne.

Entsprechend wütend ist die Initiative Deutsche Wohnen & Co. enteignen. „Ein Rahmengesetz für etwas, das schon im Grundgesetz steht: Das ist juristischer Quatsch und politische Verarsche“, sagte Gisèle Bekouche, Sprecherin der Initiative. Jede Regierung habe den konkreten Auftrag zur Vergesellschaftung der Bestände großer Immobilienkonzerne. „Wir lassen uns von CDU und SPD nicht für dumm verkaufen“, so die Kampfansage der Initiative an den wahrscheinlichen künftigen Senat.

In der Tat steht für die linken sozialen Bewegungen mit dem Volksentscheid sehr viel auf dem Spiel. Die Kampagne hatte die gesellschaftliche Linke bundesweit elektrisiert, weil ein realpolitischer Weg gefunden schien, streng legal eine reale Machtverschiebung innerhalb des Kapitalismus durchzusetzen. Ein Erfolg könnte eine Tür hin zu einer Welt öffnen, in der demokratisch darüber entschieden werden kann, welche Bereiche des Lebens vom Diktat privater Profitinteressen bestimmt – und welche demokratisch selbstverwaltet werden.

Dass CDU und SPD dies verhindern wollen, entspricht den von der marxistischen Staatstheorie gut erforschten Mechanismen: dass nämlich elementare Wirtschaftsinteressen im demokratischen Kapitalismus nicht zur Disposition stehen. Ausgerechnet die SPD-Basis könnte dem aber noch einen Strich durch die Rechnung machen, da sie über den fertigen Koalitionsvertrag abstimmen darf. Die Genoss:innen sollten dabei beachten, dass der Koalitionsvertrag dem eigenen Parteitagbeschluss vom Juni 2022 gerecht wird. Darin heißt es: „Im Falle eines positiven Votums für die Möglichkeit einer Vergesellschaftung soll schnellstmöglich ein Gesetz zur Umsetzung erarbeitet werden.“

Kundgebung der Bürgerinitiative „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ vor der SPD-Zentrale im Wedding. Bei der außerordentlichen Sitzung des SPD-Landesvorstands wurden Sondierungen mit der CDU beschlossen
Foto: Florian Boillot



Marie Frank Pöbelmanie

Auf der Law-and-Order-Autobahn (Richtung Klimakatastrophe)

Ich habe in diesem Jahr das erste Mal versucht zu überwintern. In einem warmen Land am anderen Ende der Welt. Keine Lust mehr, mir die Hälfte des Jahres den Hintern in Berlin abzufrieren. Weil ich mir den sechsmonatigen Murmeltier-Lifestyle leider nicht leisten kann, nicht mal in Kuba, wurden es am Ende „nur“ der Januar und Februar. Aber damit würde ich zumindest die schlimmste Zeit überbrücken, dachte ich. Falsch gedacht. Als ich wiederkam, war leider nicht nur immer noch Winter, mit Blick auf die Wahlergebnisse und die voraussichtliche künftige Landesregierung wurde mir auch gleich ganz kalt ums Herz.

Nun soll diese so quirliche, bunte, weltoffene Metropole Berlin, mit all ihrer sozialen und kulturellen Vielfalt und ihren vielen progressiven stadt- und umweltpolitischen Initiativen also von einer Ichfrage-nach-den-Vornamen-von-Straftäter*innen-um-eine-rassistische-Debatte-über-Jugendgewalt-zu-führen-statt-soziale-Probleme-anzugehen-CDU und einer Ich-verrate-alle-sozialdemokratischen-Werte-um-meine-Kumpels-aus-der-Immobilien-und-Autolobby-nicht-zu-verärgern-SPD geführt werden? Angeführt von den Berliner Politversionen von Bilbo Beutlin und Dolores Humbridge? Wäre ich doch in Kuba geblieben!

Eigenes Dach über dem Kopf

Nun ist dort beileibe nicht alles gut, im Gegenteil, es gibt viele Probleme in dem tropischen Paradies. Was es dort aber im Gegensatz zur deutschen Hauptstadt nicht gibt, ist etwa massenhafte Obdach- und Wohnungslosigkeit. Die Leute haben nicht viel, aber sie haben ein eigenes Dach über dem Kopf. Davon können in Berlin Zehntausende Menschen nur träumen – und werden es unter einer schwarz-roten Landesregierung auch weiterhin müssen. Tausende davon nicht mal in einem eigenen Bett, sondern im Schlafsack unter der Brücke. Denn ohne die Vergesellschaftung von privaten, gewinnorientierten Wohnungskonzernen und einen massiven Ausbau von sozialem Wohnungsbau – die es unter der Großen Koalition garantiert nicht geben wird, Wähler*innenwille hin oder her – wird es keinen bezahlbaren Wohnraum geben. Damit bleibt diese Stadt weiterhin in den Händen von kapitalistischen Spekulant*innen, die alteingesessene Mieter*innen rücksichtslos auf die Straße setzen, um immer größere Rendite einzufahren.

Doch nicht nur für die ganz Armen, auch für ganz normale Arbeiter*innen ist diese Regierungskonstellation in jeglicher Hinsicht eine schlechte Nachricht. Auch jenseits des Traums vom eigenen Haus oder zumindest den eigenen vier Wänden innerhalb des S-Bahn-Rings. Zwar kann das an die Peripherie verdrängte Proletariat künftig mit dem Verbrennungsmotor über die A100 zur Arbeit fahren und muss auf der Friedrichstraße keine Rücksicht mehr auf lästige Fahrradfahrer*innen nehmen. Doch der Preis dafür ist höher als die explodierenden Spritkosten. Denn abgesehen von abstrakten Future-Problemen wie der Zerstörung unserer Lebensgrundlage hat der Klimawandel bereits jetzt ganz materielle Auswirkungen auf unsere Gesellschaft. Deren Kosten die Allgemeinheit trägt, während der Profit dieser Überschwemmungen, Erdbeben, Jahrhundertdürren und anderer Umweltkatastrophen verursachenden Wirtschaftsweise in die Taschen einiger weniger fließt.

Alle profitieren davon

Der sozialökologische Umbau dieser Stadt ist also keine Frage einiger weniger mit Sekundenkleber bewaffneter „Klimaterroristen“, denen sich Kai Wegner heroisch als Anwalt der „ganz normalen Arbeiter*innen“ aka Autofahrer*innen entgegenstellt. Wir alle profitieren davon. Gäbe es einen vernünftigen öffentlichen Nahverkehr in die Außenbezirke und ins Brandenburger Umland, wäre nicht nur der Umwelt, sondern auch unserem Geldbeutel geholfen. Von erneuerbaren Energien, die uns unabhängig von kriegstreibenden Diktatoren machen, ganz zu schweigen.

Doch die Überführung von lebensnotwendiger Infrastruktur wie Wohnraum, Straßen oder Energiegewinnung weg von Privatinteressen in das Allgemeinwohl wird es unter Schwarz-Rot nicht geben. Nicht einmal dann, wenn die Berliner*innen sich mehrheitlich in einer demokratischen Wahl dafür aussprechen. Mit SPD und CDU an der Spitze verliert die Arbeiter*innenklasse also auch die demokratische Kontrolle über ihr Verhältnis zur Umwelt.

Was uns stattdessen erwartet? Ich bin keine Hellseherin, aber ich würde sagen, die Silvesterdebatte hat uns einen Vorgeschmack gegeben: Vorurteilsgeladene Scheindebatten, die uns auf der Law-and-Order-Autobahn weit weg von nachhaltigen Lösungen führen. Da hilft selbst ein dreieinhalbjähriger Winterschlaf wenig.

in memoriam ☆

Dr. Natalija Bašić

16. Juli 1968 – 8. März 2013



18 MRZ LAYLA ZOE Quasimodo	12 MAI YAENNIVER Huxleys
19 MRZ MIMI WEBB Hole44	17 MAI BLONDSHELL Privatclub
19 MRZ MIMI BARKS Kantine am Berghain	18 MAI FLOOR JANSEN Huxleys
21 MRZ THE JORDAN Privatclub	19 MAI INGRID ADDRESS Frantz
27 MRZ ALEXA FESER Columbia Theater	23 MAI VERONICA FUSARO Prachtwerk
27 MRZ EMLYN Prachtwerk	27 MAI ELLIE DIXON Maschinenhaus
28 MRZ AVA VEGAS Kantine am Berghain	31 MAI LAUREN SANDERSON Frantz
30 MRZ SAMANTHA FISH Hole44	04 JUN ELOISE Hole44
30 MRZ ALINA PASH Fitzroy	17 JUN EYDÍS EVENSEN Silent Green
31 MRZ CLOUDY JUNE Lido	20 JUN MAGGIE ROGERS Huxleys
14 APR LADYLIKE DIE PODCAST-LIVE-SHOW Columbia Theater	23 JUN JEN CLOHER Privatclub
16 APR LINA Metropol	17 SEP ARLO PARKS Huxleys
17 APR DELTA GOODREM Metropol	15 OKT LINA MALY Heimathafen Neukölln
20 APR LÅPSLEY Privatclub	18 OKT NURA Festsaal Kreuzberg
20 APR SENTA Columbia Theater	26 OKT SOPHIE PASSMANN Admiralspalast
23 APR ILSE DELANGE Tempodrom	01 NOV LARKIN POE Huxleys
26 APR AILBHE REDDY Frantz	05 NOV ALICE PHOEBE LOU Metropol
26 APR SHEA COULÉÉ Hole44	16 NOV STEINER & MADLAINA Columbia Theater
28 APR LYDIA BENECKE Huxleys	14 DEZ LAING Huxleys

▶▶ gender equality today for a sustainable tomorrow ◀◀



Der Regisseur Philippe Quesne ist für seinen spielerischen Umgang mit Objekten bekannt. Szene aus „Fantasmagoria“ Foto: C. Argyroglo

Was fehlt den Zauberlehrlingen?

Das HAU folgt konsequent der Ausweitung performativer Praktiken ins Feld der digitalen Technologien. Doch beim Festival „Geister, Dschinns und Avatare“ mangelte es an ästhetischen Umsetzungen und an Erkenntnissen

Von Tom Mustroph

Auf die Suche nach dem Magischen im Digitalen macht sich das HAU mit dem Festival „Geister, Dschinns und Avatare“, das noch bis 12. März läuft. Das ist ein sehr reizvolles Thema. Der mächtigste Geist, der in den ersten Tagen des Festivals aus den digitalen Systemen in den Räumlichkeiten des HAU herauspukelte, war allerdings ein gänzlich unkuratierter. Er befand sich in der Buchungssoftware an der Kasse.

Beim Versuch, von vier bestellten Karten nur deren drei abzuholen, ging gar nichts mehr. Das System streikte plötzlich und auf dem Gesicht der Kartenverkäuferin gruben sich immer tiefere Falten des Unverständnisses ein. Ihrem Munde entfloßen gar Worte, die sich jenseits der Glascheibe wie Beschwörungsformeln anhörten. Offenbar kommunizierte sie mit dem Geist der Buchungssoftware.

Mit Geistern dieser Art sind wir im Alltag nur zu gut vertraut. Sie tauchen auf, wenn die Bilder auf dem Monitor plötzlich glitichen, wenn der Cursor oben in der Ecke stehen bleibt oder statt der Festplatte nur noch der Ventilator im Computergehäuse surrt. Von flackernden Lichtern oder sich selbsttätig bewegendem Rollos wollen wir gar nicht reden. Nicht recht wissend, was im Inneren dieser Systeme so vor sich geht, greift man wahlweise zu Beschimpfungs- oder Beschwörungsformeln.

Die Methode half auch hier. Nach angemessener Wartezeit spuckte der Drucker genau drei Tickets aus und sogar die richtigen. Das war bereits das einprägsamste Geistererlebnis bei diesem Festival der Geister, Dschinns und Avatare. Die kuratierten Geister konnten es nicht mit dem Geist im Kassenhäuschen aufnehmen.

Die VR-Installation „Data Death“ von Nadezhda Bey etwa unternahm zwar den an sich aparten Versuch, Daten zu beerdigen. Die Zeremonie, der man beiwohnen durfte, war dann aber doch arg statisch. Drei schemenhafte Avatare standen um einen Sarg herum.

Man konnte sie weder bewegen noch Erkenntnisse über die Vergangenheit der verbliebenen Daten gewinnen.

Etwas interaktiver war Danielle Braithwaite-Shirleys Arbeit „Pirating Blackness“. Besucher*innen waren hier eingeladen, auf einem roten Segelboot, das im Obergeschoss des HAU2 angekommen war, Platz zu nehmen. Das Boot war gewissermaßen die Steuerkonsole, um mit einem digitalen Segelboot jene Trips nachzufahren, die vor Jahrhunderten Menschen aus Afrika auf sich nehmen mussten, um dann als Sklaven auf dem amerikanischen Kontinent unter extrem ausbeuterischen Bedingungen Luxusgüter wie Kaffee, Zucker, Rum, Kakao oder Baumwolle für Europäer und Nordamerikaner herzustellen.

Braithwaite-Shirley versuchte, bei dieser Überfahrt die Ereignisse umzuprogrammieren. Kultobjekte aus Afrika etwa kehrten wieder nach Hause zurück. Auch Befreiungsoptionen zeichneten sich am Horizont ab. Die Grafik war allerdings recht simpel, die Interaktionsmöglichkeiten beschränkten sich aufs Drücken von vier roten Knöpfen, die an der Bootswand angebracht waren. Die Bezeichnung Game

Braithwaite-Shirley versuchte, bei dieser Überfahrt die Ereignisse neu zu programmieren. Kultobjekte aus Afrika etwa kehrten wieder nach Hause zurück. Auch Befreiungsoptionen zeichneten sich am Horizont ab

für diese analog erweiterte Videoinstallation war etwas hoch gegriffen. Zudem hätte man sich mehr narrative Virtuosität bei diesem komplexen Thema gewünscht.

Mehr Aufwand betrieb Philippe Quesne. Als Regisseur war er früher durch spielerischen Umgang mit Objekten aufgefallen, der Zuschauerherzen ganz leicht werden ließ. In „Fantasmagoria“ brachte Quesne mehr als ein Dutzend Klaviere auf die Bühne. Mal hob sich hier ein Deckel oder eine Taste wurde hier gespielt, ohne dass eine bewegende Hand zu sehen war. Rauch stieg auf, manchmal züngelten gar Flammen hoch. Es war ein neckisches Maschinentheater, dessen Reiz sich allerdings schnell erschöpfte.

Und der unterforderte Wahrnehmungsschalter des Betrachters wandte sich schließlich der Aufgabe zu, zu ergründen, welche Bewegungen wie gesteuert waren: mechanisch oder hydraulisch? Oder mochte – wie bei den ersten Schachautomaten des 18. Jahrhunderts der Fall – gar ein kleiner Mensch versteckt in den Musikisten sein? Kommt die Frage nach dem Wie und Warum auf, hat sich der magische Moment längst verabschiedet. „Geister, Dschinns und Avatare“ erzeugte mit dem Festivaltitel einen Erwartungshorizont, dem viele der ausgewählten Arbeiten nicht gerecht wurden.

Das HAU ist mit seiner konsequenten Ausweitung performativer Praktiken ins Feld der digitalen Technologien sicher zu loben. Im Kontext der Theaterhäuser ist dieses Produktionshaus tatsächlich ein Vorreiter. Im Kontext der digitalen Künste war „Geister, Dschinns und Avatare“ aber recht schwach bestückt. Das betrifft die Wahl der Mittel und auch die Erzählqualität der Inhalte. Ersteres ist – möglicherweise – eine Geldfrage. Letzteres allerdings betrifft die Kernkompetenz von darstellender Kunst und ist daher besonders enttäuschend.

Das Festival „Geister, Dschinns & Avatare. Über das Magische im digitalen Zeitalter“ geht bis 12. März

berliner szenen

Das reine, pure Vergnügen

Nelich saß ich im Café und schlürfte ein wirklich teures Heißgetränk, als ein dem Anschein nach obdachloser Mann den Raum betrat. Mit einer mir von Kindesbeinen an für solche Situationen eingebläuten Mischung aus Freundlichkeit und distanzierter Desinteresse starrte ich in meinen Milchschaum. Bis besagter Mann sich ein großes Stück sahnigen, saftigen Zitronenkuchen, garniert mit getrockneten Cranberries und Zartbitterstreuseln bestellte und sogleich in drei Happen verschlang. Ich konnte meine Augen nicht von dieser Szene abwenden, die für mich eins verkörperte: absolute, kindliche Glückseligkeit.

Danach strahlte der Mann die Verkäuferin an, ließ sich von ihr erklären, der Schmand sei bio und die Schokolade sowieso. Er sagte, er liebe Zitronenkuchen, das habe er schon immer getan, und er habe sich sehr auf dieses Stück gefreut. Glückliche und satt verabschiedete er sich und stiefelte beschwingt zurück auf den Bürgersteig. Keine einzige Cranberry blieb auf dem Teller zurück, kein Schokoladenstreusel wurde liegen gelassen.

Diese Situation trage ich seitdem in mir und kann sie nicht vergessen. Ich weiß nicht, was mich mehr faszinierte: war es die Tatsache, dass man auch als Mensch ohne Obdach natürlich nicht immer nur Brötchen und dicke Suppe essen möchte, sondern manchmal ein sahniges Stück Biokuchen?

Oder war es das völlige Fehlen von Traurigkeit, als das Stück Kuchen aufgegessen war? Keine Spur von „Hätte ich es nur langsamer gegessen und mehr genossen“ oder „Das werde ich mir erst nächste Woche wieder leisten können“. Nur reines, pures Vergnügen und ein breites Lächeln, das meinen eigenen Hang zu melancholischem Kleben an vergangene Schönen ein wenig geradegerückt hat.

Marie-Sofia Trautmann

verweis

Gender Pay Gap in der Kultur

Am Mittwoch, Weltfrauentag, ist Feiertag in Berlin. Heute aber ist Equal Pay Day. Frauen verdienen in Deutschland im Schnitt 18 Prozent weniger als Männer, in der Kunst und Kultur sind es sogar 30 Prozent weniger. Den strukturellen Ursachen dafür wollen die Autorin Marlen Hobrack und die Professorin für Sozialforschung, Lena Hipp, in Vorträgen und in einem Gespräch nachgehen, im Deutschen Theater Berlin. Um 20 Uhr beginnt die Veranstaltung „Die Kunst der gerechten Bezahlung“. Einen Tag später, am 8. März, fordert dann um 12 Uhr das Bündnis fair share! eine gerechte und angemessene Bezahlung für Künstlerinnen ein vor dem Marie-Elisabeth-Lüders-Haus.